

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Gleich viel Eis für alle ab Seite 8

Interview:
Gefährliche Mischung

Michael Förster über die Konzentration von Vermögen und nötige Maßnahmen

8

Schwerpunkt:
Raus aus dem Teufelskreis

Ungleichheiten haben die Krise verursacht, die Krise hat diese verschärft

12

Schwerpunkt:
Ungleichheitssystem Schule

Warum das Bildungssystem Bildungs-verliererInnen (re)produziert

26



8

© David Paul Barr



16

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



30

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



38

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Schwerpunkt:

Wachstumsbremse Ungleichheit

12

Ungleichheit ist eine Ursache für die Krise. Die Profitlogik gerät dabei in Widerspruch mit dem Wirtschaftswachstum.

Gleichheit ist Glück

14

Gesellschaften mit gerechterer Verteilung sind fast in jeder Beziehung besser, und zwar für alle.

Klassengesellschaft Österreich

16

Die Mehrheit der MillionärInnen gehört einer Minderheit an, eine breite Mitte zwischen Arm und Reich gibt es nicht.

Disziplinierungsverhältnisse

18

Unsichere und atypische Arbeitsverhältnisse werden zur Norm. Das diszipliniert. Auch die Stammebelegschaft.

Kein Wohlstand ohne Mitte

20

Geht's uns allen gut, geht's der Wirtschaft gut! Warum Wohlstand einer breiten gesellschaftlichen Mitte bedarf.

Trend zu noch mehr Ungleichheit

22

Der Wohlstand im Euroraum ist ungleich verteilt. Koordinierte Lohnpolitik und Vermögensteuern könnten dem entgegenwirken.

Ungleichheitssystem Schule

26

Warum viele Kinder von MigrantInnen in Österreich zu den BildungsverliererInnen zählen.

Land ist nicht gleich Land

28

Zwischen Stadt und Land gibt es viele Ungleichheiten. Projekte versuchen den ländlichen Raum attraktiver zu machen.

Hilfe im Gesundheits-Dschungel

30

Ungleichheit macht krank – vor allem MigrantInnen. Projekte wie „MiMi-GesundheitslotsInnen“ schaffen Abhilfe.

Gleichheit mit Vielfalt

32

Ist es möglich, Differenzen zwischen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und dennoch für Gleichheit einzustehen?

Hilfe für die, die es brauchen

34

Wer nicht krankenversichert ist, muss entweder für die Behandlung zahlen oder auf karitative Einrichtungen hoffen.

Alle gleich vor dem Recht?	36	Standards:	
Die Verfahrenshilfe soll sozial Schwachen den Zugang zum Recht erleichtern. Die hohen Gerichtskosten belasten den Mittelstand.		Standpunkt: Solidarische Gemeinschaft?	4
Umweltschädling Ungleichheit	38	Veranstaltung: Fun & Action	5
Ungleichheit kann zu Verzicht zwingen, der zwar ressourcenschonender ist, aber auch ins soziale Aus führen kann.		Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Never Ending Story	40	Historie: Aufklärung der großen Masse	11
Ob Standesunterschiede, Gender Gap oder digitale Kluft: die Ungleichheit im Wandel der Zeit.		Zahlen, Daten, Fakten	24
Interview:		Neues aus der SOZAK	42
Interview mit Michael F. Förster	8	Frisch gebloggt	44
Der OECD-Verteilungsexperte spricht über die Konzentration von Vermögen und seine Erwartungen an die Politik.		Nicht zuletzt – von Renate Anderl	45
		Man kann nicht alles wissen	46
		Erklärungen aller grün markierten Worte.	

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Soziale Gerechtigkeit statt steigender Ungleichheit

Redaktion intern

„Privates Haushaltsvermögen ist wesentlich stärker am oberen Ende konzentriert als Einkommen“, erklärt OECD-Verteilungsexperte Michael Förster im Interview. Um dem entgegenzuwirken, hält er Vermögensbesteuerung für einen sehr interessanten Ansatz. Wir beschäftigen uns in diesem Heft mit unterschiedlichen Fragen rund um Ungleichheit: Welche Auswirkungen hat sie auf die Wirtschaft (S. 12)? Welche Ungleichheiten gibt es am Arbeitsmarkt (S. 18), beim Besitz (S. 22) oder zwischen Stadt und Land (S. 28)? Ist das Konzept der Klassen wirklich schon überholt (S. 16)? Geht Gleich-

heit in einer vielfältigen Gesellschaft (S. 32)? Haben alle Menschen gleichen Zugang zum Recht (S. 36)? Wie lässt sich Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit vereinbaren (S. 38)?

Unsere AutorInnen zeigen auf, dass Gleichheit zu glücklicheren Gesellschaften führt (S. 14) und allen hilft (S. 20). Sie untersuchen die Ursachen von Ungleichheiten in der Bildung (S. 26). Sie verweisen auf Ungleichheiten in der Gesundheit (S. 30, 34). Und sie haben einen Ausflug in die Geschichte gemacht und beleuchten das Thema Ungleichheit im Wandel der Zeit (S. 40).

In „Neues aus der SOZAK“ stellen wir einen Ratgeber für BetriebsrätInnen zum Umgang mit Unternehmenskrisen vor. Renate Anderl ist Autorin der Kolumne „Nicht zuletzt“. Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem Blog blog.arbeit-wirtschaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher

Solidarische Gemeinschaft?

Menschen lassen sich nun mal nicht gerne etwas wegnehmen, worauf sie ein Recht zu haben glauben.“ Diesen Satz las ich kürzlich in einem Beitrag im profil, in dem sich die Autorin polemisch mit dem Sozialstaat Österreich beschäftigte. Dass man ausgerechnet bei jenen die Gelder kürzen will, die ohnehin schon wenig haben, ist verwunderlich. Noch verwunderlicher wird dies, wenn man sich genauer ansieht, wie es um Verteilungsgerechtigkeit in Österreich bestellt ist.

Vermögen bescheiden besteuert

Österreich zählt zu den Ländern, in denen das Vermögen sehr stark in den Händen weniger konzentriert ist: Allein die reichsten zehn Prozent verfügen über zwei Drittel des gesamten Haushaltsvermögens. Die Steuern auf Vermögen hingegen sind in Österreich sehr bescheiden. Dass sich die ÖVP vehement gegen die Einführung von Vermögenssteuern wehrt, könnte man von daher ebenfalls mit dem Kommentar quittieren: Wer hat, gibt eben nicht gerne etwas davon her. Nur gibt es gute Gründe dafür, dass die Vermögenden einen größeren Beitrag leisten. Der wichtigste lautet, dass die ArbeitnehmerInnen schon bisher den Löwenanteil der Krisenkosten übernommen haben, während die Vermögenden einen deutlich geringeren Beitrag geleistet haben.

„Aber Österreich verteilt doch stark um“, wenden nun manche ein. Allerdings sind Einkommen in Österreich nicht so stark konzentriert wie Vermögen.

Die Umverteilung scheint also in erster Linie über die Einkommen stattzufinden, nicht aber über die Vermögen. Genau das aber ist nicht verständlich: Warum sollte ein Einkommen, das auf der aktuellen Arbeitsleistung der jeweiligen Person basiert, stärker besteuert sein als eines, das auf Erbschaften und damit auf die Leistungen von vorherigen Generationen zurückgeht? Grund genug also dafür, dass die Verteilungsdiskussion ganz oben auf die tagespolitische Tagesordnung gehört.

Was die globale Verteilung betrifft, so stellt sich die Frage, inwieweit Österreich als reiches Land seiner Verantwortung im Hinblick auf die weltweite Ungleichheit nachkommt. In der kleinen niederösterreichischen Stadt Traiskirchen kann derzeit die ganze Weltöffentlichkeit beobachten, dass es dieser nicht gerecht wird. 70.000 Flüchtlinge seien „eine sehr hohe Zahl für ein Acht-Millionen-Land“, meinte kürzlich etwa Außenminister Sebastian Kurz.

Nun ist das brennendste Problem im Moment nicht die Anzahl, sondern die Unterbringung dieser Menschen: Während sie in Traiskirchen zur Obdachlosigkeit gezwungen werden, stehen an-

dernorts Unterkünfte leer. Doch auch die Zahl darf für ein reiches Land wie Österreich kein Problem, sondern nur eine Herausforderung sein, die es zu bewältigen gilt. Immerhin sind ÖsterreicherInnen nur per Zufall hier geboren.

Sieht man aber auch hier genauer hin, muss man feststellen: Weltweit gesehen leben neun von zehn Flüchtlingen in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge finden im Übrigen im eigenen Land Zuflucht, die nächstgrößere Gruppe flüchtet ins Nachbarland. So auch im Falle der Syrien-Flüchtlinge: Rund 1,2 Millionen SyrierInnen leben nun im Nachbarland Libanon – dieses hat 5,9 Millionen EinwohnerInnen. Umgerechnet also hat der Libanon fast ein Fünftel der eigenen EinwohnerInnen als Flüchtlinge aufgenommen. Zugleich hat dieses kleine Land mit internen Konflikten zu kämpfen und verfügt bei Weitem nicht über die Wirtschaftskraft Österreichs.

(Ver-)Teilen

Die Unterstützung, die im Moment die Zivilgesellschaft den Flüchtlingen in Traiskirchen zukommen lässt, zeigt vor allem eines: Wer hat, teilt auch gern. Es ist das Konzept der solidarischen Gesellschaft. Diese darf aber nicht vom ehrenamtlichen Engagement oder der Miltätigkeit einzelner abhängen.

Fun & Action

Bereits seit 50 Jahren wird am Jugendsporttag einiges geboten. Das Interesse steigt von Jahr zu Jahr. Die ÖGJ fordert Sportunterricht an allen Berufsschulen.

Mehr als 5.000 Lehrlinge, SchülerInnen und interessierte Jugendliche traten Ende Mai in verschiedenen Disziplinen gegeneinander an. Die sportlichen Highlights reichten von klassischen Sportarten wie Fußball und Volleyball über den Fitnessstrend Zumba bis hin zu Selbstverteidigung oder Slackline. Bereits seit 1966 ist der Jugendsporttag eine fixe Institution am Stundenplan von BerufsschülerInnen, Lehrlingen und natürlich auch bei allen anderen jungen ArbeitnehmerInnen. „Mit dem Jugendsporttag gibt es zumindest einmal im Jahr die Möglich-

keit, während ihrer Lehr- und Arbeitszeit verschiedene Sportarten auszuüben“, sagte Ali Dogan, Vorsitzender der Wiener Gewerkschaftsjugend.

Derzeit gibt es in den Berufsschulen kein Sportangebot und auch die Betriebe setzen nicht ausreichend auf Bewegung. Im Jahr 2014 zeigte eine Studie, dass Lehrlinge häufiger als SchülerInnen körperliche Beschwerden wie Kopf-, Kreuz- oder Rückenschmerzen sowie Erschöpfung und Mattigkeit haben, die oftmals auf die Arbeit zurückzuführen sind. „Sportunterricht muss an allen

Berufsschulen eingeführt werden“, forderte der Wiener ÖGJ-Jugendsekretär Sumit Kumar. „Aber auch die Arbeitgeber sind gefragt: Sie sollten ihren Lehrlingen sportliche Freizeitaktivitäten anbieten.“

Im Sportzentrum des Wiener ASKÖ-Landesverbandes (WAT) in Wien-Briegittenau fanden sich auch zahlreiche Ehrengäste ein: unter ihnen ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl und AK-Präsident Rudi Kaske.

Mehr Infos unter:
www.jugendsporttag.at



„Sport ist nicht nur gut für die Jugendlichen“, sagt Ali Dogan. „Es nützt auch den Unternehmen, wenn die Jugendlichen verschiedene Sportarten ausprobieren können und dadurch motiviert werden, sich fit zu halten.“



Der Jugendsporttag bietet Abwechslung und Außergewöhnliches: Fun-sportstationen waren der „Riesenwuzzler“, Rodeo oder der Flying Fox. Man konnte eine Runde Schwerelosigkeit im Astronautentrainer drehen ...



... oder sich einmal fühlen wie der Schlagmann auf einem Baseball Court. Im Angebot waren auch klassischere Sportarten wie Tennis, Basketball, Beachvolleyball oder Fußball.



Die besten Teams wurden auch prämiert. ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl freute sich mit den Gewinnern. Die Jugendlichen und Lehrlinge haben extra für die Veranstaltung einen freien Tag bekommen.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Bernhard Achitz (Stellvertretender
Vorsitz), Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Thomas Angerer,
Lucia Bauer, Cornelia Breuß, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum,
Georg Feigl, Andreas Gjecaj, Richard Halwax, Karin Hinteregger,
Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar,
Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Philipp Schnell, Georg
Sever, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin
Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreutzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Renate Anderl, Bettina Csoka,
Daniel Flamme, John Evers, Astrid F Adler, Sophia T. Fielhauer-
Resei, Angelika Gruber, Harald Kolerus, Michael Mazohl, Michaela
Moser, Gabriele Müller, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Christian
Resei, Alexandra Rotter, Christa Schlager, Philipp Schnell,
Matthias Schnetzer, Georg Sever, Irene Steindl, Susanne Wolf

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autorin trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

AK und ÖGB:

Masterplan für Industrie nötig

„Investieren statt privatisieren“ fordern AK und ÖGB in einem neuen Positionspapier, das sie im Juni der Regierung übergeben haben.

„Wir brauchen einen Masterplan zur Stärkung des Industriestandorts Österreich. Die Zukunftschancen der heimischen Industrie liegen in qualitativ hochwertiger Produktion und Innovationsförderung und nicht in Lohn- und Sozialdumping auf Kosten der Beschäftigten“, so ÖGB-Präsident Erich Foglar. Gemeinsam mit AK-Präsident Rudi Kaske übergab er am 23. Juni der Regierung ein Positionspapier von AK und ÖGB für eine neue Industriepolitik.

ÖGB und AK wissen als Vertretung der ArbeitnehmerInnen am besten, dass man sich „angesichts der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt und der Herausforderungen, die mit der Industrie 4.0 ins Haus stehen, nicht zurücklehnen kann“, betonte Kaske. Im Masterplan müssen neben Investitionen zur Standortsicherung auch die schulische und berufliche Bildung sowie die Schaffung

eines fairen internationalen Wettbewerbs enthalten sein, also etwa die Bekämpfung des internationalen Steuereurdumpings.

„Notwendig sind etwa Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Forschung und Bildung sowie eine Stärkung strategischen österreichischen Eigentums. So kann der Standort für künftige Generationen gesichert werden“, so Foglar. Im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ forderte Foglar, dass die neue Industrieholding des Bundes, die ÖBIB, keine Privatisierungsagentur sein dürfe: „Wenn wir Schlüsselunternehmen nicht in Österreich halten, werden wir es mit Arbeitsplätzen sehr schwer haben.“ Das Negativbeispiel sei die Telekom, die nicht mehr in österreichischer Hand ist.

Das Papier zum Download:
tinyurl.com/nfvde7q

ERRATUM:

WIR BITTEN UM ENTSCHULDIGUNG!

Aufgrund eines technischen Problems wurde im letzten Heft die falsche Version der „Historie“ abgedruckt. Wir bitten sowohl Sie, liebe LeserInnen, als auch die Autorin Brigitte Pellar um Entschuldigung. Unter anderem wurde darin fälschlicherweise suggeriert, dass Italien nach 1945 noch eine Diktatur gewesen sei. Auch folgende Aussage ist natürlich falsch: „Von freien Gewerkschaften kann aber auch bei Österreichs südlichem Nachbarn bis in die 1970er-Jahre keine Rede sein (...).“

Der richtige Text lautet vielmehr: „Portugal, Spanien, Italien, Griechenland: Europas sonniger Süden und Europas wirtschaftliche Krisenregion. Dieses Doppelimage lässt leicht vergessen, dass die vier Länder viel länger als etwa Österreich und Deutschland unter faschistischen Regimen leben mussten – mit Ausnahme Italiens noch nach 1970 (...).“

Italien konnte zwar, begünstigt durch den Vormarsch der Alliierten gegen das nationalsozialistische Deutschland, nach mehr als 20 Jahren zwischen 1943 und 1945 die faschistische Diktatur beseitigen, aber deren Umgang mit Gewerkschaften wurde nicht nur in Österreich 1934 bis 1938, sondern auch auf der Iberischen Halbinsel und in Griechenland zum Vorbild: Verfolgung und Unterdrückung aller freien, staatsunabhängigen Gewerkschaftsbewegungen sowie Errichtung von regimetreuen Staatsgewerkschaften.“

Die korrekte Version des Artikels wurde sofort, als der Fehler entdeckt wurde, auf der Homepage ersetzt. Sie können den ganzen Artikel unter tinyurl.com/ovar4bm nachlesen.

AK und ÖGB:

Neues Institut an der Wirtschaftsuni erforscht Ungleichheit

Engagierte WissenschaftlerInnen untersuchen vielfältige Fragen von Ungleichheiten aus ökonomischer, ökologischer sowie soziologischer Perspektive.

Die Suche nach den Ursachen und Auswirkungen der steigenden Ungleichverteilung von Arbeits-, Einkommens-, Vermögens- und Lebenschancen hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der bedeutendsten Forschungsgebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entwickelt. Zugleich ist dieser Themenbereich auch in den Fokus internationaler Organisationen wie OECD, IMF und Weltbank gerückt. Der beeindruckende Erfolg von Thomas Pikettys Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ zeigt auch, dass die feinen Unterschiede in unserer Gesellschaft nun auch in der breiten Bevölkerung aufgestiegenes Interesse stoßen.

Doch warum sollte man sich überhaupt aus einer wissenschaftlichen Sichtweise verstärkt mit einem politisch und ideologisch so aufgeladenen Thema beschäftigen? Zum einen erzeugt gerade die hitzige Diskussion, die oft vorschnell entweder als Neiddebatte oder Klassenkampf diskreditiert wird, die Nachfrage nach Analysen und Zahlenmaterial, um Ungleichheit in ihren verschiedenen Facetten und auch Widersprüchlichkeiten zu beschreiben. Es setzt sich aber auch verstärkt die Ansicht durch, dass die ungleiche Verteilung von ökonomischen Ressourcen auch Auswirkungen auf viele andere Bereiche der Gesellschaft hat.

So betonen beispielsweise Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück“ den negativen Zusammenhang von Ungleichheit mit physischer und mentaler Gesundheit, Kriminalität und den Lebensbedingungen von Kindern. Dazu passend zeigt James Heckman, dass die unterschiedliche Förderung von kognitiven und sozialen Kompetenzen im frühkindlichen Alter nur mehr schwer aufzuholen ist und sich im weiteren Leben stark auswirkt.

Und erst kürzlich betonte die OECD, dass – anders als dies bisher

zahlreiche ÖkonomInnen argumentierten – Ungleichheit auch negative Auswirkungen auf die Wachstumspotenziale von entwickelten Gesellschaften haben kann.

All diese Punkte zeigen jedoch auch den großen weiteren Forschungsbedarf zu den Ursachen und Konsequenzen von Ungleichheit auf. Das neue Forschungsinstitut mit dem Namen Economics of Inequality (kurz: INEQ) setzt sich zum Ziel, gesellschaftliche Ungleichheit in ihren vielschichtigen Facetten zu analysieren.

Der inhaltliche Fokus liegt hierbei in der Aufbereitung von Daten und Fakten zu Armut und Reichtum, Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der sozialen Mobilität zwischen den Generationen. Dabei steht der ungleiche Zugang zu Umweltressourcen und -rechten ebenso im Zentrum der Untersuchungen des Instituts wie die Implikationen und Herausforderungen für den öffentlichen Sektor und seine Budgets auf nationaler sowie internationaler Ebene.

INEQ ist ein interdisziplinäres Projekt von volkswirtschaftlichen und sozioökonomischen WissenschaftlerInnen. An beiden Departments wird seit mehreren Jahren Forschung zu ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung betrieben.

Unter der Leitung von Wilfried Altzinger, Sigrid Stagl und Karin Heitzmann forscht ein sechsköpfiges Team, das aus unterschiedlichen Disziplinen und Forschungsbereichen kommt und so einen differenzierten Blick auf das Thema Ungleichheit gewinnen will.

Das Forschungsinstitut wird begleitet durch ein Scientific Board, das die wissenschaftliche Qualität evaluiert, welchem große Namen wie Tony Atkinson, Giacomo Corneo und Josef Zweimüller angehören.



Obwohl das Institut erst kürzlich gegründet wurde, laufen die Forschungsarbeiten bereits auf Hochtouren: Aktuell verwendet die ForscherInnengruppe die Vermögensdaten der Österreichischen Nationalbank, um beispielsweise die Eigenschaften von reichen Haushalten zu analysieren oder die unterschiedlichen Effekte von Steuern auf Arbeit und Kapital auf das Wirtschaftswachstum zu quantifizieren. Parallel dazu werden erstmals die Daten der Sozialversicherung dazu verwendet, die langfristige Einkommensungleichheit zu erforschen. Dieses Forschungsvorhaben dreht sich speziell um die Frage, ob jüngere Generationen höhere Einkommensungleichheit aufweisen als ältere.

Im Allgemeinen setzt sich das Team des Forschungsinstituts zum Ziel, durch verstärkte nationale und internationale Forschungsk Kooperationen sowie durch einschlägige Fachveranstaltungen ein Forschungsnetzwerk für soziale, wirtschaftliche und ökologische Ungleichheiten in Österreich zu etablieren. Ein besonderes Interesse gilt dabei der breiten Diskussion der Forschungsergebnisse mit der interessierten Öffentlichkeit.

Das Institut wird am 18. September um 14 Uhr im Festsaal 2 der WU eröffnet.

Mehr Infos unter:
wu.ac.at/ineq

Wenn Vermögen eine Hypothese ist

Der OECD-Verteilungsexperte Michael Förster über die gefährliche Mischung schlechte Bildung und Ungleichheit und seine Erwartungen an die Politik.

ZUR PERSON

Michael F. Förster



ist Verteilungsexperte im OECD-Sozialpolitikreferat. Er ist u. a. Autor der kürzlich erschienenen Studie „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“ (OECD Publishing, Paris, 300 S., tinyurl.com/ppovctc). Die Publikation analysiert u. a. die Auswirkungen des Konjunkturrückgangs, die Veränderungen am Arbeitsmarkt und die Entwicklung von Armut in den 34 OECD-Mitgliedsländern. Förster arbeitet seit 1986 für die OECD und untersucht seither Ungleichheiten im OECD-Raum.

Arbeit&Wirtschaft: Ungleichheit ist das Thema unserer Zeit. Seit wann entwickelt sich die Schere zwischen Arm und Reich so stark auseinander?

Michael F. Förster: Die Entwicklungen haben in verschiedenen Ländern in unterschiedlichen Zeiträumen stattgefunden. Über den Zeitraum der letzten drei bis vier Jahrzehnte betrachtet, haben die Ungleichheiten beim Einkommen in rund vier Fünftel der OECD-Länder zugenommen. Doch das verführt zum Trugschluss, es gäbe einen kontinuierlichen Trendanstieg, der für alle Länder gleich ist.

Wo haben die Entwicklungen begonnen?

In den angelsächsischen Ländern, vor allem in den USA Ende der 70er- und in Großbritannien Anfang der 80er-Jahre. Zu der Zeit war es in Kontinentaleuropa noch eher stabil. Dann haben Ungleichheiten auch in Europa zugenommen, in-

teressanterweise auch in den nordischen Ländern. In manchen Ländern geht die Schere erst seit der Krise stark auseinander, etwa in Frankreich. Wir arbeiten seit mehr als 25 Jahren an dem Thema Ungleichheit, und Frankreich war lange Zeit eine Ausnahme. In Deutschland nahmen Ungleichheiten im Zuge der Wiedervereinigung und vor allem in den 2000er-Jahren zu, seit ca. 2007 ist es wieder stabil – doch langfristig gab es einen signifikanten Anstieg. In manch südlichem Land gab es zeitweise sogar Rückgänge, zum Beispiel in den 80er-Jahren in Griechenland und Spanien, doch seit der Krise sind die Ungleichheiten wieder hinaufgeschwollen.

Warum verlaufen diese Entwicklungen in einer globalisierten Welt so unterschiedlich?

Das beweist, dass Ungleichheiten nicht nur von der Globalisierung, sondern auch von hausgemachter Politik abhängen. Es geht auch darum, wie die Politik auf den Druck der Globalisierung reagiert.

In welchen Ländern sind die Ungleichheiten besonders extrem?

In Südamerika zum Beispiel, obwohl in diesen Ländern im letzten Jahrzehnt eine Reduktion stattgefunden hat, allerdings von einem extrem hohen auf ein hohes Niveau. Die beiden südamerikanischen OECD-Mitgliedsländer Chile und Mexiko spielen in der OECD quasi in einer eigenen Liga: Das Durchschnittseinkommen der reichsten zehn Prozent ist fast 30-mal so hoch wie das der ärmsten

zehn Prozent. Der OECD-Schnitt liegt bei zehnmal. In den USA, Israel und der Türkei ist das Durchschnittseinkommen der reichsten zehn Prozent 15- bis 20-mal höher als das der ärmsten zehn Prozent. Die USA sind das einzige Land, wo die Ungleichheit kontinuierlich angestiegen ist.

Wie steht es um Griechenland?

Natürlich sind die Krisenländer sehr gefährdet: Griechenland, Spanien, zum Teil auch Italien. Da geht es nicht nur um relative Ungleichheit wie in den nordischen Ländern, wo das reale Einkommen seit 2008 trotz allem leicht zugelegt hat. In Griechenland sind die Realeinkommen um acht Prozent pro Jahr gesunken, bei den Ärmern sogar um zwölf Prozent. In den Ländern, wo relative zu absoluten Einkommensunterschieden hinzukommen, ist **imminente** Aktion angebracht.

Gibt es auch positive Beispiele?

Schweden war lange auf einem äußerst niedrigen Niveau, doch die Einkommensungleichheit ist in den letzten 20 Jahren relativ gesehen noch stärker gestiegen als in vielen anderen Ländern: um 30 bis 40 Prozent. Es liegt noch unter dem OECD-Schnitt, entwickelt sich aber in Richtung Schnitt. Natürlich ist Schweden eine egalitärere Gesellschaft, als es die angelsächsischen Länder sind, aber es verliert zunehmend seinen Status als **Showcase**. Schweden liegt bei der Einkommensungleichheit nur mehr knapp vor Österreich.

„40 Prozent der Bevölkerung können nur von Vermögen träumen, abgesehen von Dingen wie einem Auto etc.“

Statistisch steht Österreich im OECD-Schnitt bei der Einkommensungleichheit im ersten Drittel.

Ja, aber am Ende des ersten Drittels: auf Platz zehn der 34 Mitgliedsländer. Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre gab es einen leichten Anstieg an Einkommensungleichheiten, aber seitdem ist das etwa gleich geblieben. Man sollte betonen, dass es bei diesen Zahlen nicht um individuelle Löhne und Gehälter, sondern um Haushaltseinkommen geht: Die ersteren sind in Österreich auch ungleicher verteilt, aber es gibt ein Umverteilungssystem, das zwar nicht sehr zielgerichtet, aber breit angelegt ist. Dadurch sind die Einkommen gleicher verteilt als Bruttolöhne und Gehälter.

Wie stellt sich das Bild beim Vermögen dar?

Wir stehen da noch am Anfang: Vor einem Vierteljahrhundert waren wir bei der vergleichenden Einkommensmessung ungefähr auf dem Stand, wo heute die Vermögensmessung ist. Die Schätzungen beruhen auf Befragungsdaten: Löhne und Gehälter werden durch Befragungen gut abgebildet – die Ergebnisse stimmen zu 90 bis 95 Prozent mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überein. Bei Kapitaleinkommen sind es nur noch 50 bis 70 Prozent. Bei Vermögen ist es noch schwieriger. Wir konnten aber immerhin schon 18 OECD-Länder miteinander in unserer letzten Studie vergleichen.

Welche Aussagen können Sie über die Vermögensverteilung treffen?

Privates Haushaltsvermögen ist wesentlich stärker am oberen Ende konzentriert als Einkommen. Im OECD-Schnitt geht ein Viertel der Einkommen zu den reichsten zehn Prozent, aber die Hälfte des Privatvermögens wird von den reichsten zehn Prozent gehalten. Fast die ganze zweite Hälfte wird von den nächstreichsten 50 Prozent gehalten. Das heißt: Für 40 Prozent der Bevölkerung ist Vermögen praktisch eine Hypothese – sie können nur davon träumen, abgesehen von Dingen wie einem Auto etc. Bei Vermögenstiteln wie Häusern, Wohnungen und vor allem Finanztiteln gibt es eine große Konzentration – und diese ist nach derzeitigem Wissen in Österreich, auch in Deutschland und den Niederlanden höher als in vielen anderen Ländern, abgesehen von den Vereinigten Staaten. Das ist interessant, denn in diesen Ländern ist die Konzentration bei der Einkommensverteilung nicht so ausgeprägt.

Wie ist diese Diskrepanz zu erklären?

Es gibt mehrere Erklärungen. Die pragmatische ist, dass im Unterschied zu südlichen Ländern weniger Menschen Häuser und Wohnungen besitzen. Die zweite stammt von dem holländischen Ökonomen Bas van Bavel, der sagt: Es könnte sein, dass es auch an den Umverteilungsmechanismen in diesen Ländern liegt, welche sich besonders auf Markteinkommen konzentrieren, jedoch bezüglich Vermögen, Erbschaft usw. nicht so **stringent** sind oder nicht existieren. Ich lebe in Frankreich: Hier ist die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zum Beispiel wesentlich höher. Ich finde diesen Ansatz

sehr interessant. Sobald wir genügend Datensätze für mehrere Jahre zur Verfügung haben, werde ich dieser Frage nachgehen.

Wie entstehen Ungleichheiten?

Ein entscheidender Bereich sind strukturelle Änderungen am Arbeitsmarkt. Das spiegelt auch die Wirkung der Globalisierung wider. Einerseits kam es zur Beschäftigungspolarisierung, das heißt: Am unteren und oberen Ende der Skala gibt es Zuwächse, aber nicht im mittleren Bereich, also bei den „Standardjobs“ wie zum Beispiel Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Gerade hier sind Nine-to-five-Jobs die Regel. In Deutschland hat man gesehen, dass das gesamte Beschäftigungswachstum bis zur Krise ausschließlich atypische Jobs waren, während Standardjobs weniger wurden.

Wer außer FacharbeiterInnen ist noch betroffen?

Man muss auch nach der Jobqualität von Minijobs und befristeten Arbeitsverhältnissen, also atypischen Jobs, fragen: Es gibt weniger Ausbildungsmöglichkeiten und mehr Stress. Das wäre kein Grund zur Besorgnis, wenn diese Jobs dazu dienen würden, in den regulären Arbeitsmarkt zu gelangen, also wenn es Jobs mit Aussicht wären. Das ist nur teilweise der Fall. Oft dienen die Jobs nur als Sprungbrett für Personen, die es vielleicht gar nicht nötig hätten: ältere ArbeitnehmerInnen, Männer, Leute mit höheren Qualifikationen. Aber gerade bei jüngeren Menschen, Frauen und Menschen mit geringer Qualifikation ist das anders: Da laufen befristete

Arbeitsverhältnisse oft so ab, dass die Person zum Beispiel sechs Monate einen Job hat, dann drei Monate arbeitslos ist, dann wieder arbeitet usw. Für junge Menschen ist das besonders tragisch, denn sie verlieren so potenzielles künftiges Einkommen. Es reicht aber nicht, all das zu beklagen. Es ist nicht vom Schicksal gegeben, sondern die Politik ist gefordert, atypische Jobverhältnisse so zu gestalten, dass sie als Karrieresprungbrett dienen.

Was, wenn das verabsäumt wird?

Das kann zu Armut führen. Allerdings: Das Armutsrisiko liegt für atypisch Beschäftigte, die mit regulären Beschäftigten zusammenleben, bei drei bis vier Prozent. Das ist sogar niedriger als für die gesamte Bevölkerung im Erwerbsalter im OECD-Schnitt, der bei zehn Prozent liegt. Aber man muss immer an den Haushaltskontext denken: Das große Problem existiert für atypisch Beschäftigte, die allein oder mit anderen atypisch Beschäftigten zusammenleben. Bei ihnen liegt das Armutsrisiko bei rund 22 Prozent. Die Hälfte aller atypisch Beschäftigten sind Hauptverdiener, und wiederum die Hälfte davon sind für Kinder verantwortlich. Diese atypisch Beschäftigten sind zum Großteil Frauen.

Welche Rolle kommt Frauen in Bezug auf Ungleichheiten zu?

Bis jetzt gab es noch keinen Konsens darüber, was die zunehmende Arbeitsmarktbeteiligung und ökonomische Aktivität von Frauen in den letzten 20 Jahren für die Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene bedeutet hat. Es gab auch Argumentationen, das hätte die Ungleichheit erhöht. Es gibt das Phänomen des „assortative matings“, das heißt, dass sich Familien mit gleichem Background finden, salopp gesagt ein Arzt nicht eine Pflegerin, sondern eine Ärztin heiratet. Jene Menschen mit gleichem Bildungshintergrund finden zueinander, sowohl am oberen als auch am unteren Ende. Wir haben uns all das angesehen und auch die Änderungen in der Struktur der Frauenbeschäftigung. Und wenn man all das zusammen analysiert, stellt man fest, dass die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen der Ungleichheit zwischen den Haushalten ent-

gegengewirkt hat, und zwar signifikant. Die Ungleichheit im OECD-Schnitt ist in den letzten 25 bis 30 Jahren um drei Gini-Punkte angestiegen – konkret ist der Gini-Koeffizient bei der Einkommensungleichheit von 29 auf 32 Punkte angestiegen. Wenn wir bei der Frauenbeschäftigung am gleichen Stand von damals wären und auch die Lohnstruktur gleich wäre, wäre es noch ein Punkt mehr gewesen. Das ist eine wichtige Conclusio für die Politik: Eine der Bremsen für die zunehmende Ungleichheit liegt bei der zunehmenden Frauenaktivität – diese ist also unterstützenswert.

Wie hat sich die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen verändert?

Langfristig gesehen haben sich die Unterschiede wie das Gender Pay Gap und das Employment Gap verbessert, vor allem in den eher weit zurückgebliebenen Ländern. In asiatischen Ländern wie Japan und Korea sind die Ungleichheiten noch relativ stark vorhanden. Wichtig war uns bei dem Thema für unsere Studie „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“, dass es dabei mehrere Aspekte gibt: Beschäftigungsraten, Arbeitsmarktzugang, Löhne, aber auch der schon erwähnte Haushaltsaspekt und eine Lohnspreizung innerhalb der Geschlechter.

Ungleichheiten wirken sich in vielen Bereichen aus, auch auf Sozialleistungen, Gesundheit oder den Zugang zu Bildung. Welche Erkenntnisse hat die OECD hier gewonnen?

Prinzipiell wirken stärkere Ungleichheiten wachstumshemmend. Dafür gibt es mehrere Erklärungsansätze. Wir haben uns den Bildungsansatz näher angeschaut. Bei hohen und zunehmenden Ungleichheiten kann ein guter Teil der Bevölkerung nicht ausreichend in Bildung investieren. Zum Beispiel werden die Kinder schnell auf den Arbeitsmarkt geschickt, damit das Haushaltseinkommen gesichert ist. Hohe Ungleichheiten sind somit eine Verschwendung von Ressourcen. Wir haben ehemalige Schülerinnen und Schüler in jene unterteilt, die aus favorisierten, defavorisierten und mittel favorisierten Familien kommen: Als favorisiert gelten jene, wo mindestens ein Elternteil Akademiker ist,

als defavorisiert jene, wo kein Elternteil die höhere Sekundarschule absolviert hat. Dann haben wir Indikatoren wie die Länge der Schulzeit oder die Mathematik- und Sprachfähigkeiten dieser Personen verglichen. Das Ergebnis: Für jene mit favorisiertem Hintergrund ist die Höhe der Ungleichheit in einem Land egal. Sie haben auf jeden Fall höhere Werte, sowohl was die Länge der Schulbildung betrifft als auch ihre Performance. Hingegen spielen Ungleichheiten für jene, die aus defavorisiertem Hintergrund kommen, eine große Rolle. Das heißt: Je höher die Ungleichheit eines Landes, desto schlechter fallen die Bildungsindikatoren aus, allerdings nur für Personen mit defavorisiertem Hintergrund. Das erhöht ihr Risiko, nicht am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

Welche Empfehlungen gibt die OECD?

Für alle Länder gilt, dass sie bei der Steuerpolitik keine Ausnahmen machen sollen. Dabei geht es weniger darum, Steuerregulierungen zu ändern, als die bestehenden durchzusetzen. Es gibt zu viele Schlupflöcher – entweder durch die Regulierung selbst oder durch die Möglichkeiten der Steuerflucht. Wichtig ist als Nächstes die Inklusion von Frauen in Erwerbstätigkeit und ins Arbeits- und Wirtschaftsleben im Allgemeinen. Das kann auf verschiedene Arten getan werden. In Österreich wäre vor allem das Zur-Verfügung-Stellen von Betreuungs- und Pflegeplätzen für Kinder und ältere Personen wichtig. Näheres dazu enthält der OECD-Bericht für Österreich, wo ein Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt wurde. Des Weiteren sollte Arbeitsmarktpolitik nicht nur auf Jobquantität, sondern auch auf Jobqualität ausgerichtet sein. Schlussendlich sollten Reformen bei Sozialleistungen – monetäre wie auch Sachleistungen – auf deren Umverteilungsfunktion hin überprüft werden.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Alexandra Rotter für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Aufklärung der großen Masse

Die frühen Arbeiterbildungsvereine sahen in der Vermittlung von Bildung die Basis für den Kampf um eine gerechte Gesellschaft.

Die junge österreichische Arbeiterbewegung der 1860er-Jahre war ein bunter Haufen und die ersten gewerkschaftlichen Fachvereine bildeten da keine Ausnahme. Sie hatten sehr unterschiedliche Ideen darüber, wie eine gerechtere Gesellschaft erreicht werden könne. In einem aber waren sich alle einig: Sie hielten die Ungleichheit beim Zugang zu Bildung, das Vorenthalten von Bildungschancen für ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg dorthin. Arbeiterbildungsvereine versuchten diese Barriere, die für die überwiegende Mehrheit der Menschen bestand, zu durchbrechen. Im Vorwort zum ersten Jahresbericht des 1869 gegründeten Linzer Arbeiterbildungsvereins hieß es dazu:

Seit Jahrhunderten liegt die Arbeit in den ... Banden der Unwissenheit ... Die Schule, ... ist der Mehrzahl der Arbeiter verschlossen, muss ja doch schon das kaum dem zartesten Kindesalter entwachsene Arbeiterkind dafür sorgen, seinen Eltern das zum Leben Nötigste verdienen zu helfen; in einem Alter, wo das Gemüt, das Herz so weich, so bildsam ist, dass jeder äußere Eindruck sich dauernd einprägt, wird es zur Maschine hingestellt, um selbst Maschine zu werden; ... Da hat des Arbeiters Kind keine Gelegenheit, sich Kenntnisse anzueignen, wenn es durch die Not gezwungen ist, statt zur Schule zur schweren Arbeit zu gehen, da hat es keine Zeit, sich Bildung anzueignen, wenn es nach hartem Tagwerk todmüde gebetzt heimkommt, denn es verlangt da die Natur ihr gebietarisches Recht, den Schlaf ...

Wohl ist es nicht das Schicksal aller Arbeiterkinder, aber doch des größten Teils derselben ...; es gibt Kinder der arbeitenden Klasse, die es bis zu höchsten Ehrenstellen des Staates gebracht, aber umso trauriger, wenn an den Schwellen der Paläste solcher aus der Arbeiter-Klasse hervorgegangenen Würdenträger die weniger vom Glück begünstigte Menge des Volkes vergebens den Ruf nach Gleichberechtigung, nach Bildung erschallen lassen muss

Aber wenn auch die Verhältnisse des Arbeiterstandes heute noch sich in Nichts gebessert haben, so hat sich doch in dem die Situation geklärt, dass der Arbeiter zum Bewusstsein seiner Menschenwürde, zum Bewusstsein seiner Lage gekommen ist, ... Gleich, als die ersten freiheitlichen Morgenstrahlen nach langer Nacht auf unser Vaterland fielen, da begannen aller Orts Gründungen von Arbeiter-Bildungsvereinen; die Arbeiter, einsehend, dass sie ein fest zusammenhängendes Ganzes bilden müssten, um ihr Ziel zu erringen, scharten sich zusammen, um in sich selbst jenen Halt zu finden, den sie bei den höher stehenden Schichten nicht gefunden. ... Es ist jetzt dem Arbeiter die Gelegenheit geworden, sich jenen Grad der Bildung anzueignen, den die bevorzugten Stände bisher vor ihm voraus hatten, ...

Und ob nun diese Vereine die Prinzipien Lassalles oder Schulze-Delitzschs zu den



© AK Österreich

Die Mitglieder aller Arbeiterbildungsvereine des Kaiserreichs, die mit dem Wiener Bildungsverein verbunden waren, trugen dieses weiß-gelbe Abzeichen. Der Hammer symbolisiert die ArbeiterInnen-schaft, der Handschlag ist das Symbol der Solidarität.

ihrigen gemacht, ob die Parteien sich Lassalleaner im Allgemeinen oder Schweizerianer, Hatzfeldtianer, und wie sie sonst heißen mögen, ... nennen; sie alle verfolgen nur ein Ziel: die Freimachung des Arbeiterstandes von den Fesseln des Großkapitals, die Aufklärung der großen Masse.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Wachstumsbremse Ungleichheit

Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist eine Ursache für die aktuelle Krise. Die Profitlogik gerät dabei in Widerspruch mit dem Wirtschaftswachstum.

Matthias Schnetzer

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

Henry Ford II, der Enkel des gleichnamigen Autofabrikanten und Firmengründers, soll einst den Gewerkschaftsführer Walter Reuther durch seine neu automatisierte Fabrik geführt haben. Der Unternehmer fragte provokant: „Und, Walter, wie bringst du all die Roboter jetzt in die Gewerkschaft?“ Der Gewerkschafter konterte: „Henry, wie bringst du sie denn dazu, dass sie deine Autos kaufen?“ Sein Großvater Henry Ford – umstritten durch seine antisemitischen Schriften und Verbindungen zu den deutschen Nationalsozialisten – bewies mehr Verständnis für den Wirtschaftskreislauf. Er war der Überzeugung, dass nur eine große Nachfrage nach seinen Autos Geld ins Unternehmen spült. Ford hob die Löhne an, um den Arbeitern den Kauf der vom Fließband rollenden Neuwagen zu ermöglichen. Ford wurde damit zum Namensgeber für die blühende Phase des Kapitalismus der Nachkriegszeit, die von Massenproduktion und -konsum geprägt war: dem Fordismus. Die Nachfrage nach Konsumgütern trieb den schöpferischen Kreislauf von Produktion, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungszunahme und Einkommenszuwachs an, der den Lebensstandard breiter Bevölkerungsteile sicherstellte.

Realwirtschaft schwächelt

Wenn der Konsum bei sinkenden oder gar wegbrechenden Einkommen allerdings rückläufig ist, gerät der Wirt-

schaftsmotor ins Stocken. Die Anekdote vom Autofabrikanten und dem Gewerkschafter zeigt, dass beispielsweise die Ablöse menschlicher durch maschinelle Arbeitskraft einen Einkommens- und Nachfragerückgang bewirken kann. Aber auch ein aggressives Profitstreben von Unternehmen und starker Druck auf die Löhne von ArbeitnehmerInnen wirken sich negativ auf die Konsummöglichkeiten der breiten Bevölkerung aus. Beanspruchen die UnternehmerInnen ein zu großes Stück des Kuchens für sich, berauben sie sich dadurch auch der eigenen Absatzmöglichkeiten.

Sinkende Lohnquote

Nichtsdestotrotz wird das Kuchenstück auch für österreichische ArbeitnehmerInnen seit den 1980er-Jahren immer kleiner, die Lohnquote sinkt im langfristigen Trend. Zudem wächst die Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen zwischen einigen wenigen SpitzenverdienerInnen und der großen Mehrheit.

Vor allem Personen in Teilzeit oder prekärer Beschäftigung mussten im vergangenen Jahrzehnt sogar Reallohn einbußen hinnehmen. Es wird somit für viele Menschen immer schwieriger, ihren Lebensstandard durch ihr laufendes Einkommen zu halten oder sogar auszubauen. Wenn aber durch die steigende Ungleichheit die Kaufkraft großer Bevölkerungsteile schwindet, drohen die Unternehmen auf ihren Produkten sitzen zu bleiben. Die Profitlogik, die auf niedrige Löhne pocht, steht im Widerspruch zu einem Wirtschaftswachstum, das auf Massenkonsum basiert.

Um diesem Nachfragemangel zu begegnen, verfolgte die Wirtschaftspolitik zwei Strategien, die sich in den vergangenen Jahren aber als nicht nachhaltig herausstellten. Zum einen wurde versucht, mittels großzügiger Kreditvergabe die sinkende Kaufkraft über erhöhte Verschuldung auszugleichen. Vor allem die USA gelten als Beispiel, wie die Nachfrage der privaten Haushalte und damit das Wirtschaftswachstum über die Aufnahme von Schulden vorübergehend stabilisiert wurde. Allerdings zeigten sich die Auswirkungen dieses Wachstumsmodells an der massiven Überschuldung vieler Haushalte in der aktuellen Krise.

Als alternative Lösung vernachlässigte die Wirtschaftspolitik in einigen Ländern weitgehend die heimische Nachfrage und setzte auf den Konsum des Auslands. Dieses exportgetriebene Wachstumsmodell verfolgten Deutschland und eingeschränkt auch Österreich, die sich durch Lohnzurückhaltung und Nachfrageschwäche im Inland auszeichneten. Auch dieses Modell wurde durch die Krise auf die Probe gestellt, denn die ausgeprägte Exportorientierung trägt eine Teilschuld an den starken Ungleichgewichten zwischen den europäischen Staaten.

Finanzmärkte boomen

Vor diesem Hintergrund der schwachen Nachfrage der lohnarbeitenden Mittelschicht treffen große Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen, denn ihr Kapital soll möglichst profitabel eingesetzt werden. Die kriselnden Absatzmärkte lassen eine Investition an den Finanz-



Henry Ford hob die Löhne seiner ArbeiterInnen an, um ihnen den Kauf der vom Fließband rollenden Neuwagen zu ermöglichen.

märkten oft lukrativer erscheinen als die traditionelle Güterproduktion. So betreiben Industriegiganten wie Volkswagen oder Siemens Finanzsparten erstaunlicher Größe und erhöhen die Gewinne abseits ihres Kerngeschäfts in der Realwirtschaft. Die in wenigen Händen konzentrierten Finanzvermögen von Hedgefonds und Superreichen, die an den Kapitalmärkten Renditen jagen, fallen aber deutlich mehr ins Gewicht.

Die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie die explosionsartige Verbreitung neuer Finanzinstrumente bezeugen die rasch zunehmende Bedeutung der Kapitalmärkte für Spekulation, große Bankenpleiten sind die Mahnmale der darauffolgenden Finanzkrise. Denn die Begleiterscheinungen dieser zügellosen Suche nach Profiten sind Instabilität und Blasenbildung an den Finanzmärkten, die sich jüngst mit voller Wucht auf die Realwirtschaft durchgeschlagen haben. Es waren die stark konzentrierten Finanzvermögen und nicht die kleinen SchuldnerInnen, die in der jüngsten Krise den großen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet haben.

Verschärfte Verteilungssituation

Die tiefe Krise hat zu einer zusätzlichen Verschärfung der Verteilungssituation beigetragen, die einen Aufschwung erschwert. Denn während die ArbeitnehmerInnen die Auswirkungen steigender Arbeitslosigkeit, niedriger Einkommen und drohender Einsparungen im Wohlfahrtsstaat spüren, werden die großen Vermögen nur unzureichend zur Finan-

zierung der Krisenbewältigung herangezogen. Die angespannte Wirtschaftslage, gepaart mit dem Verteilungsproblem, beunruhigt viele. „Die Zukunfts- und Jobsorgen der privaten Haushalte sorgen weiterhin für Konsumzurückhaltung, Unternehmen investieren wenig und auch die Staaten zügeln ihre Ausgaben“, stellt der Verteilungsexperte Stefan Humer vom WU-Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ fest.

Umorientierung nötig

Wenn nun also Ungleichheit zu Wachstumsschwäche führt, kann der Kampf gegen Ungleichheit das Wirtschaftswachstum antreiben? Diese Frage ist in der Wirtschaftswissenschaft umstritten. Die neoliberale Mainstream-Ökonomie pflegt das Argument, dass Umverteilung von oben nach unten die Anreize für Investitionen und Beschäftigung verringert und damit schädlich für Wachstum ist.

In den vergangenen Jahren werden aber Stimmen in der OECD und sogar im Internationalen Währungsfonds (IWF) lauter, die Umverteilung und Wachstum nicht im Widerspruch sehen. „Alles in allem zeigen unsere Resultate, dass die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen schlecht für Wachstum ist und dass Umverteilung im schlimmsten Fall neutral auf Wirtschaftswachstum wirkt“, heißt es im neuen OECD-Bericht „In It Together: Why Less Inequality Benefits All“.

Folgt man diesen Ausführungen, sind eine gleichere Verteilung und Wirtschaftswachstum mittels sinnvoller Steu-

er- und Transferpolitik gemeinsam erreichbar. Während manche ÖkonomInnen eine Rückkehr in das fordistische Zeitalter für möglich halten, bleiben andere skeptisch, ob der industrielle Kapitalismus nochmals eine blühende Phase erleben wird. Denn das auf Massenkonsument basierende Wirtschaftssystem florierte in Europa in einer außergewöhnlichen historischen Periode, der die massive Zerstörung der Weltkriege voranging.

Neue Wertigkeiten

Heute stellt sich die Frage, ob Wirtschaftswachstum im Spannungsfeld von ökologischen und sozialen Konsequenzen überhaupt im Zentrum der Wirtschaftspolitik stehen soll. Es geht nicht um die Debatte „Wachstum ja oder nein“, sondern um eine Umorientierung der Wertigkeiten in der Gesellschaft. Deshalb ist eine gerechtere Verteilung der ökonomischen Ressourcen nicht vorrangig als Bedingung für Wirtschaftswachstum, sondern als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gute Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung zu sehen.

Internet:

OECD-Studie

„In It Together: Why Less Inequality Benefits All“:
tinyurl.com/ppovctc

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

matthias.schnetzler@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Gleichheit ist Glück

Gesellschaften mit gerechter Verteilung sind fast in jeder Beziehung besser, und zwar für alle.

Michaela Moser

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ilse Artl
Institut für Soziale Inklusionsforschung

Wie viel Geld Sie einmal verdienen werden, welche Bildung und – falls überhaupt – welche Jobs Sie einmal bekommen werden, wie gesund Sie sein und wie lange Sie leben werden: All das stand zu einem ganz großen Teil schon bei Ihrer Geburt fest. Dass dem so ist, hat nichts mit Schicksalsglauben oder Wahrsagekünsten zu tun. Vielmehr liegt es allein daran, dass die eigene Herkunft und dabei vor allem die Staatsangehörigkeit und das Einkommen der Eltern in unserer Gesellschaft entscheidend für die Lebensmöglichkeiten von Menschen sind. Dazu kommen Faktoren wie Geschlecht oder Hautfarbe, die mit über unser Leben bestimmen.

Wer am Start schon benachteiligt ist, die oder den werden auch Anstrengung und Fleiß im restlichen Leben nur wenig weiterbringen. Die Nachteile nämlich können auch durch den stärksten Sprint kaum mehr ausgeglichen werden. Ausnahmen, also Menschen, die es tatsächlich vom sprichwörtlichen Tellerwäscher zum Millionär bringen, bestätigen auch hier nur die Regel. Armut vererbt sich wie Reichtum. Aus armen Kindern werden im Normalfall arme Eltern, aus reichen Kindern reiche Eltern. Das ist auch in Österreich so.

Die Schere geht auf

Die Unterschiede zwischen Arm und Reich haben sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. So ist der Lohnanteil der am wenig-

sten verdienenden 20 Prozent der Bevölkerung um acht Prozent gesunken, während die obersten 20 Prozent der ArbeitnehmerInnen um weitere sechs Prozent mehr vom Lohnkuchen bekommen. Besonders krass ist die Ungleichverteilung beim Vermögen, also beim Besitz von Sachvermögen wie Immobilien und Autos sowie beim Finanzvermögen wie Aktien, Anleihen, Firmenbeteiligungen.

Wäre Österreich ein Land mit 1.000 EinwohnerInnen, würde einem davon ganz allein mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens gehören, während sich die restlichen 999 den Rest teilen müssten. Und auch unter ihnen gibt es gravierende Unterschiede. Denn die ärmere Hälfte, also immer noch 500 Personen, besitzt miteinander weniger als drei Prozent des gesamten Vermögens. Das ärmste Drittel, über 300 Leute, hat sogar gar kein Vermögen, auch kein Sparbuch mit einem Reservetausender für den Notfall. Fast die Hälfte von ihnen muss auch mit einem Einkommen auskommen, das unter der Armutsgrenze liegt. Das bedeutet für mindestens 50 von ihnen – also für jene fünf Prozent, die von manifester Armut betroffen sind –, dass sie mit massiven Einschränkungen im Alltag leben müssen, also dass sie etwa in einer kleinen, schlechten, oft sogar gesundheitsschädigenden Wohnung wohnen, sich im Winter das Aufdrehen der Heizung nicht leisten können, kein Obst für die Schuljause haben, den nötigen Zahnarztbesuch immer wieder verschieben müssen oder mit der Miete in gefährlichen Rückstand kommen. Es bedeutet auch, immer mehr an Kontakten zu verlieren, weil man sich für die eigene Situation schämt und es

BUCHTIPP

Richard Wilkinson,
Kate Pickett:

Gleichheit ist Glück

Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind
Haffmans Verlag,
368 Seiten, 2013, € 19,90
ISBN: 978-3-942989-38-1



Bestellung:

www.besserewelt.at

sich zudem nicht mehr leisten kann, Verwandte oder FreundInnen gelegentlich zu sich nach Hause einzuladen und zu bewirten¹.

Ungleichheit ist kein Naturereignis

Die ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und damit Lebenschancen ist jedoch kein Naturereignis. Sie ist menschengemacht, und sie zu verändern, liegt in reichen Ländern wie Österreich allein am politischen Willen der EntscheidungsträgerInnen. Was sozioökonomische Ungleichheit aber mit einer Naturkatastrophe gemein hat, ist der massive Schaden, den sie anrichtet. Ein Schaden, der – ähnlich wie ein Wirbelsturm oder eine Überschwemmung – nicht nur die Ärmsten trifft, sondern ganze Gesellschaften zerstört. Kriminalität, Drogenkonsum, Teenager-Schwangerschaften, Depressionen, Fettsucht, all diese und weitere Probleme nehmen zu, je ungleicher die ökonomische und soziale Lage in einem Land ist. Das haben

¹ Quellen: www.jahoda-bauer-institut.at; www.armutskonferenz.at



Gesellschaften mit gerechter Verteilung sind fast in jeder Beziehung besser, denn dort sind die Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle gegeben.

unzählige Studien der letzten Jahrzehnte bewiesen. Die britischen Ungleichheits- und GesundheitsexpertInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett haben die Ergebnisse vor einigen Jahren in einem Buch zusammengefasst und kommen in ihren Analysen zu dem Schluss, dass Gesellschaften mit gerechter Verteilung fast in jeder Beziehung besser sind. Denn Wirtschaftswachstum und die Zunahme an Reichtum bringen wenig, wenn dieser Reichtum nicht gerecht verteilt wird. Je größer die Einkommensdifferenzen zwischen dem obersten und dem untersten Fünftel der Gesellschaft, desto größer die AnalphabetInnenrate und die Kriminalität. Depressionserkrankungen sind in den USA dreimal so häufig wie im sozial weit weniger gespaltenen Belgien, in Großbritannien sind Teenager-Schwangerschaften fünfmal so häufig wie in Schweden oder den Niederlanden.

Das gilt auch für Zeiten der Krise, auch wenn mit Verweis auf fehlendes Wirtschaftswachstum und zunehmende Krisenszenarien von PolitikerInnen und Medien hartnäckig darauf verwiesen wird, dass wir uns höhere Steuern und noch mehr Sozialausgaben schlicht nicht mehr leisten könnten und sparen müssten. Ein Blick auf Studien und Erfahrungen, gerade auch im Umgang mit Krisen, zeigt deutlich, dass Einsparungen im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und im Infrastrukturbereich auch und gerade in Zeiten der Krise kontraproduktiv wirken, nicht zuletzt deshalb, weil sie die Ungleichheit verschärfen.

Erhebungen zu Lebensqualität und Wohlergehen von Menschen belegen, dass die Zunahme an Reichtum ab einer gewissen Grenze das eigene Lebensglück

kaum mehr erhöhen kann. Im Gegenteil mehren sich sogar die Zeichen, die deutlich machen, dass eine bestimmte Art des Überflusses unglücklich und krank macht. „Affluenza“ nennt der britische Bestsellerautor Oliver James diesen „Virus“, den er als Ausfluss eines egoistischen Kapitalismus sieht, der sich in übersteigerter Bedeutung von Geld, Besitz, Erscheinungsbild und Status äußert. Wohlfühlen und Lebensglück – das bestätigen wohl auch unsere eigenen Erfahrungen – haben hingegen mehr mit Zufriedenheit denn mit Überfluss oder gar der Gier nach immer mehr zu tun.

Möglichkeiten und Bedingungen

Die notwendigen materiellen Grundlagen für ein Leben in Würde und Freiheit müssen freilich gegeben sein, also etwa existenzsichernde Mindestlöhne und Sozialleistungen, gute und leistbare Wohnungen, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und -vorsorge, öffentlicher Verkehr, qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen. Dabei geht es letztlich nicht darum, was Menschen haben, sondern vielmehr darum, was sie tun und sein können. Es geht also um unsere Möglichkeiten und um die Bedingungen, die es braucht, um diese Möglichkeiten auch in die Realität umsetzen zu können. Auch eine gleiche Startposition bringt nicht viel, wenn der weitere Lebenslauf voller Hindernisse ist und uns z. B. im Schulsystem und am Arbeitsmarkt gravierende Ungleichheiten erwarten.

Materielle Grundlagen wie die oben genannten sind eine wichtige Voraussetzung für ein gelingendes, glückliches Leben, es geht aber auch um Anerkennung,

Gestaltungsmöglichkeiten und Zugehörigkeit. Es geht um die Möglichkeit, für sich selbst zu sprechen, politische und ökonomische Rahmenbedingungen und damit auch das gesellschaftliche Miteinander mitzubestimmen, um Gelegenheit für Erholung, für Sport, Spiel und Muße und nicht zuletzt um Zeit für Beziehungspflege und die Möglichkeiten, achtsam und gut miteinander zu leben und füreinander zu sorgen.

Studien zeigen, dass all dies in Gesellschaften mit gleicher Verteilung besser funktioniert. Sie machen deutlich, dass nicht nur die untersten Einkommenschichten profitieren, sondern es auch den Mittelschichten und der Gesellschaft insgesamt besser geht, je gleicher Einkommen und Vermögen verteilt werden. Bildungsergebnisse und Lebenserwartung sind in den Gesellschaften mit gerechter Verteilung sogar für die obersten Einkommenschichten besser. Umwelt- und Klimabelastungen sind niedriger, Stressbelastung und Depressionen geringer, das Vertrauen zueinander deutlich höher. Kurz: Es sind die Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle gegeben.

Internet:

Weitere Informationen zu Armut, Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit:

www.armutskonferenz.at
www.wege-aus-der-krise.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
michaela.moser@fhstp.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Klassengesellschaft Österreich

Nicht nur bei Angriffen auf die Gewerkschaften taucht der Klassenbegriff in Österreich wieder auf. Auch die Sozialwissenschaft gibt neue Einblicke.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

In ihrer Broschüre „Reichtum, Armut & Umverteilung in Österreich. Fakten und Mythen“ verweist die Industriellenvereinigung Fakten wie die Einkommensschere oder sinkende Reallöhne ins Reich gewerkschaftlicher Fantasien. Gleich auf dem Titelblatt der Publikation geht es mit einem Zitat von Abraham Lincoln sehr grundsätzlich – und in Wahrheit polemisch – zur Sache: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem Ihr die Starken schwächt (...). Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem Ihr Klassenhass schürt (...).“ Lincolns Zitat stammt bemerkenswerterweise aus einer Zeit, in der bereits wichtige Teile der ArbeiterInnenbewegung den Klassenbegriff für sich „entdeckt“ hatten.

Klassenkampf?

Über die Erkenntnis, welche unterschiedlichen Interessen aus der Lohnabhängigkeit bzw. aus dem Besitz von Produktionsmitteln resultieren, wurden schließlich moderne Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut. Mit dem Vorwurf, durch Verteilungsdiskussionen im Kapitalismus künstlich „Klassenhass“ zu schüren, wurde immer wieder versucht, die Legitimität gewerkschaftlichen Handelns infrage zu stellen. Die Propagandaschrift der Industriellenvereinigung fällt in eine Periode, in der sich der ÖGB massiv mit dem Vorwurf auseinandersetzen muss, durch die Forderung nach Vermögenssteuern den „Klassenkampf“ wieder aus der Mottenkiste zu holen. Tatsächlich galt allein die Vorstellung

der Existenz von „Klassen“, also von unterschiedlichen Menschengruppen mit stark festgefügt, gemeinsamen sozialen Merkmalen, bis vor wenigen Jahren in Europa als überholt. Steigender Wohlstand und Reformen im Bildungssystem schienen vor allem in den 1970ern auch in Österreich den Aufstieg für alle zu ermöglichen. Die Deindustrialisierung Europas, Veränderungen am Arbeitsmarkt und die neoliberale Offensive in den 1980ern und 1990ern schwächten nicht nur traditionelle „Klasseninstitutionen“. Nach dem Sieg von Margaret Thatcher über die Gewerkschaften begannen sich schließlich sogar große Teile der traditionsbewussten ArbeiterInnen Großbritanniens nicht mehr als Teil einer gemeinsamen Klasse zu fühlen. Doch die Idee einer in vielfältige Milieus und Individuen zersplitterten Gesellschaft hat spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und ihren Folgen einen deutlichen Rückschlag erlebt. Themen wie die Verteilung von Besitz und Vermögen sowie vor allem die Abkoppelung der Eliten stehen seitdem stark im Fokus öffentlicher Debatten.

In ihrem Artikel „Klassenlagen und Vermögensbildung“ setzen die Autorinnen Julia Hofmann und Hilde Weiss das Thema Vermögen in Österreich in einen Zusammenhang zur jeweiligen beruflichen Tätigkeit bzw. Position. Sie unterscheiden dabei sieben soziale Klassenlagen österreichischer Haushalte, je nach dem dort vorhandenen höchsten beruflichen Status: unqualifizierte manuell Arbeitende; qualifizierte manuell Arbeitende; einfache Angestellte und BeamtInnen; Selbstständige mit niedrigerer Qualifikation und ohne Beschäftigte; Angestellte

und BeamtInnen mit mittlerer Qualifikation (untere Dienstklasse); höhere und leitende Angestellte und BeamtInnen mit hoher Qualifikation; Top-ManagerInnen, UnternehmerInnen und LandwirtInnen mit Beschäftigten. Bemerkenswert dabei ist: Trotz dieses „vielschichtigen“ Klassenschemas sind auch die „klassischen“ Unterschiede zwischen „Oben“ und „Unten“ im österreichischen Kapitalismus erkennbar. So konzentrieren sich hohe Vermögenswerte nicht einfach nur auf relativ kleine Teile der Bevölkerung, sondern auf eine bzw. zwei ganz bestimmte Klasse(n). Um es mit Weiss und Hofmann zu sagen: Fast ein Drittel der UnternehmerInnen mit Beschäftigten bzw. Top-ManagerInnen verfügt über ein Netto-Vermögen von über einer Million Euro. Bei den UnternehmerInnen ohne Beschäftigte sind es 13,1 Prozent.

MillionärInnen in der „Minderheit“

In allen anderen fünf „Klassenlagen“ in Österreich – also den unselbstständig Beschäftigten – stellen die MillionärInnen einen Anteil von unter fünf Prozent. In Zahlen: Insgesamt gibt es rund 140.000 Berufstätige mit einem Nettovermögen von mehr als einer Million Euro. Davon sind 79.000 Personen aus den beiden Selbstständigen-Klassen und stellen damit die Mehrheit gegenüber den rund 61.000 Millionären aus den fünf „Klassen“ der unselbstständig Beschäftigten. Anders ausgedrückt: Die Mehrheit der (berufstätigen) MillionärInnen ist bei der Minderheit der UnternehmerInnen bzw. ManagerInnen zu finden. Noch dazu verfügt nur in dieser Klasse die absolute Mehrheit über ein Ver-



Die österreichische Gesellschaft ist keineswegs wie eine Zwiebel strukturiert, die von einer breiten „Mitte“ getragen wird. Diese „Mitte“ gibt es nämlich nicht. Oben und unten sind stark polarisiert.

mögen von über 250.000 Euro. Auch wenn sich die Klassenzusammensetzung bei den unselbstständig Beschäftigten vor allem durch den Rückgang der manuell Arbeitenden stark verändert hat, ist die österreichische Gesellschaft also keineswegs wie eine **Zwiebel** strukturiert, die von einer breiten „Mitte“ getragen wird. Eben diese breite Mitte gibt es in Österreich nämlich nicht. Auch Segmente, die man bisher als Brücke zwischen „Oben“ und „Unten“ betrachtete, erweisen sich als stark polarisiert. So sind zwar bei den kleinen Selbstständigen, also jenen ohne Beschäftigte, die MillionärInnen stark vertreten. Allerdings besitzt fast ein Drittel in dieser „Klasse“ weniger als 80.000 Euro und gehört somit zum unteren Rand. Ebenso signalisiert die Position der FacharbeiterInnen heute weder Aufstieg noch Übergang zur „Mitte“: Gemeinsam mit den unqualifizierten ArbeiterInnen, gefolgt von den einfachen Angestellten und BeamtInnen gehören sie zu den untersten Klassenlagen. Bei dieser – zusammengerechnet – größten Gruppe besitzen rund 60 Prozent ebenfalls nicht einmal 80.000 Euro an Finanz- oder Sachvermögen und bewohnen in der Regel z. B. weder ein eigenes Haus noch eine eigene Wohnung als Hauptwohnsitz.

Trotz des Vorhandenseins solch eindeutiger Klassenlagen finden diese insbesondere im Bereich der Vermögensforschung momentan wenig Beachtung, lautet der Befund von Hofmann und Weiss. Dies sei umso bedauerlicher, weil sich „die beiden gesellschaftlichen Rand-

bereiche (Armut und Reichtum) gegenseitig bedingen“. Dass Niedriglöhne und Superreichtum letztlich Symptome klassengesellschaftlicher Verhältnisse sind, deckt sich auch mit den Wahrnehmungen von GewerkschafterInnen. So betont Senad Lacevic, Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrates der VHS Wien: „Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte und auf das Sozial-, Pensions- und Bildungssystem sind nichts anderes als ein von oben geführter Klassenkampf.“

Kämpferische Gewerkschaft wichtig

Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt sich ein Projekt der Marx-Engels-Stiftung mit solchen Fragen, nämlich der „Klassenanalyse“ der deutschen Gesellschaft¹. Gesammelt werden hier nicht nur genauere Daten zur Klassenzusammensetzung in Deutschland. Ebenso diskutieren ForscherInnen und GewerkschafterInnen laufend die entsprechenden politischen Konsequenzen: Welche Machtverschiebungen ergeben sich, wenn „prekäre“ Arbeitsverhältnisse auskömmliche Beschäftigung mehr und mehr ersetzen, Vollerwerbsstellen nicht mehr zum Leben ausreichen und eventuell auch noch die Arbeitslosigkeit steigt? Die so entstehende alte, neue Unsicherheit empfindet auch Irene Mötzl vom Betriebsrat Wohnservice Wien als allgemeine Stimmungslage in der „Klasse“: „Marx' Definition der ArbeiterInnenklasse als Menschen, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, wird heute wieder in der großen Angst vieler KollegInnen vor Jobverlust deutlich.“ Ebenso nimmt Mötzl wahr, welche Schwierigkeiten sich daraus für selbstbewusstes Handeln von Beschäf-

tigten in Österreich ergeben können: „Aufgrund dieser starken Abhängigkeit werden oft auch Arbeitsrechtsverletzungen und schlechte Löhne hingenommen. Um das zu verhindern, müssen wir uns organisieren und brauchen dafür kämpferische Gewerkschaften.“ Die Erkenntnis, dass aus wieder deutlicheren Klassenlagen somit widersprüchliche Schlussfolgerungen gezogen werden können, ist gerade für die Beteiligten des Projekts Klassenanalyse nicht neu. Einer von dessen Vertretern meint daher, dass die „reale Klasse“ im Grunde nur die „mobilisierte Klasse“ wäre, und plädiert für ein „organisiertes Zentrum der Gegenmacht“². Haben also ÖGB und AK – in dieser Diktion – durch ihre Kampagnen für Vermögenssteuern dazu beigetragen, dass die „Klasse“ in einer sie betreffenden Frage geistig mobilisiert wurde? Zumindest die hohen Zustimmungswerte in der (arbeitenden) Bevölkerung für diese Forderung weisen jedenfalls darauf hin. Der Vorwurf der Gegenseite an die Gewerkschaften, hier „Klassenkampf“ zu betreiben, scheint aus einer solchen Perspektive demgegenüber verkraftbar, wenn nicht sogar geradezu eine Bestätigung gewerkschaftlichen Handelns.

Blogtipp:

Arbeit&Wirtschaft-Blog und Langfassung:
tinyurl.com/ngyubdg
tinyurl.com/nnthuof

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
johnevers@gmx.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ www.marx-engels-stiftung.de/klassenanalyse.html

² Vgl.: Ekkehard Lieberam, in: Arbeitende Klasse in Deutschland: Macht und Ohnmacht der Lohnarbeiter, Bonn 2011.

Disziplinierungsverhältnisse

Unsichere und atypische Arbeitsverhältnisse werden zur Norm. Das diszipliniert. Auch die Stammebelegschaften.

Gabriele Müller
Freie Journalistin

Prekariat ist überall“, betitelte der Soziologe **Pierre Bourdieu** bereits 1998 einen Essay, in dem er sich mit den Folgen der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auseinandersetzt. Der 2002 verstorbene politische Vordenker beschrieb darin den Beginn einer Entwicklung unstabiler Arbeitsverhältnisse, bei denen vorausschauende Lebensplanung kaum möglich ist und die mühsam errungenen sozialen Mindeststandards zunehmend untergraben werden.

Über Nacht

Die Lebensplanung des Grafikers Herbert M. (47) etwa wurde fast über Nacht auf den Kopf gestellt. Er war 15 Jahre im selben Unternehmen tätig. Auch heute ist er noch dort. Allerdings als freier Dienstnehmer. „Auftragslage schlecht“, hieß es. Die Folgen: ein Reallohnverlust von rund 50 Prozent. Herbert M. fühlt sich in seiner Existenz bedroht. Wie lange er sich die Miete, die nunmehr mehr als ein Drittel seines Einkommens ausmacht, noch leisten kann, ist fraglich. Das Auto hat er verkauft, er schaut sich nach einer kleineren Wohnung um.

Maria H. (52) hat Angst. Für eine berufsbegleitende Ausbildung als Physiotherapeutin hatte sie einen Kredit aufgenommen. Doch nun ist sie arbeitslos, für die Ausübung ihres neuen Gewerbes fehlen ihr eine Prüfung und der entsprechende Kundenstock. Sie lebt, nach Abzug aller Fixkosten, von rund 180 Euro im Monat, die sie mit einigen Physiotherapiestunden

aufbessert. „Grundsätzlich sind alle Branchen von Prekarisierung betroffen“, berichtet Veronika Kronberger, Hauptansprechperson der Interessengemeinschaften *work@flex*, *work@education* und *work@social* der Gewerkschaft GPA-djp. „Auch die prestigeträchtigen, wie Medien, PR, Journalismus und Marketing.“

Verunsicherung

„In der Prekarisierungsgesellschaft sind alle – bis auf eine schmale Schicht von finanziell Superabgesicherten – existenzieller Verunsicherung ausgesetzt“, diagnostiziert der Philosoph **Oliver Marchart**, „und das schon allein deshalb, weil die sozialen Sicherungssysteme an Erwerbsarbeit gekoppelt sind, deren Status zunehmend prekär wird.“

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird häufig auf die Definition von **Robert Castel** zurückgegriffen, der eine Unterteilung der heutigen Lohnarbeitsgesellschaft in drei Zonen vorschlägt: die der Integration mit stabilen Arbeitsverhältnissen. Die der „Entkoppelung“ mit der, um im neoliberalen Jargon zu bleiben, „Reservearmee der ‚Überflüssigen‘ und sozial Ausgegrenzten“. Dazwischen fungiert die „Zone der Verwundbarkeit“, des Prekariats also, als „instabile Zwischenzone“.

Die soziale Verunsicherung, so der deutsche Soziologe Klaus Dörre, habe bereits die Zone der Integration, den Typus der „Gesicherten“, erreicht, stünde doch Prekariat als ständige Drohung vor Augen. So könne zum Beispiel eine nur kleine Gruppe von LeiharbeiterInnen „die Disziplinierung der fest angestellten Stammebelegschaft befördern“, die ein „diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit zu be-

BUCHTIPP

Oliver Marchart:
Die Prekarisierungsgesellschaft
Prekäre Proteste.
Politik und Ökonomie im
Zeichen der Prekarisierung
transcript Verlag, 248 Seiten,
2013, € 22,99
ISBN: 978-3-8376-2192-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

schleichen beginnt“. Prekär ist eine Beschäftigung dann, definiert Dörre, wenn sie nicht dauerhaft oberhalb eines gesellschaftlich definierten Minimums Existenz sichernd ist und deshalb in den Dimensionen Arbeitszufriedenheit, soziale Anerkennung, Partizipation und längerfristige Lebensplanung dauerhaft diskriminiert. Die Formen sind nach Bildung unterschiedlich und doch gleich: der/die AkademikerIn im ewigen Projekt, der/die ArbeiterIn im Niedriglohnsektor, die Zugewanderte, die im Haushalt putzt.

Irreführende Bezeichnung

Laut Sozialbericht 2013–2014 beziehen die obersten 20 Prozent der LohneinkommensbezieherInnen fast 50 Prozent aller Einkommen, die untersten 20 Prozent kommen auf nur zwei Prozent. Als eine der Ursachen der steigenden Ungleichheit der Einkommen wird die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse angeführt. „Das Phänomen atypischer Beschäftigung hat sich mittlerweile in fast allen Bereichen



„In der Prekarisierungsgesellschaft sind alle – bis auf eine schmale Schicht von finanziell Superabgesicherten – existenzieller Verunsicherung ausgesetzt“, so Oliver Marchart.

der Arbeitswelt festgesetzt, sodass die Bezeichnung nahezu irreführend geworden ist“, meint GPA-djp Vorsitzender Wolfgang Katzian in der Broschüre „Betriebsrat – Freund oder Feind atypisch Beschäftigter?“. Vielmehr müsse von rechtlich benachteiligten ArbeitnehmerInnen gesprochen werden. Unter den Forderungen der Gewerkschaften sind: gleicher Lohn für alle, Einbeziehung in die jeweiligen Kollektivverträge oder die Ausdehnung des ArbeitnehmerInnenbegriffs auf jene, die im Auftrag und auf Rechnung anderer Arbeit leisten und in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen.

Beispiele aus der Praxis zeigen, dass BetriebsrätInnen ihre „atypischen“ KollegInnen durchaus einbeziehen können. Sie können bei Verhandlungen mit der Geschäftsführung auch die Anliegen der „Freien“ einbringen, AnsprechpartnerInnen bestimmen oder zu Betriebsversammlungen einladen.

Rasch am Rand

„In den letzten Jahren hat sich die Lage unserer Klienten und Klientinnen massiv verändert“, sagt Bernhard Litschauer-Hofer, Sozialberater im Bereich Wohnungslose und Asylwerberhilfe des Arbeiter-Samariter-Bundes. „Sie sind wesentlich jünger, höher verschuldet und haben schlechte bis keine Ausbildung.“ Wobei es immer wieder vorkäme, dass auch Menschen mit einem oder mehreren akademischen Titeln auf der Straße landen. „Es geht wesentlich schneller, aus dem sozialen System herauszufallen.“

Die „klassischen Erwerbsarbeitskarrieren der Obdachlosen sind gekennzeichnet von Jobs in Branchen, wo alle so glücklich

sind, dass wir billig konsumieren können“, kritisiert Litschauer-Hofer. „Da zahlt natürlich jemand einen Preis.“ Prekär ist auch die Lage jener MitarbeiterInnen im Sozialbereich, die als „Saisonarbeitende“ tätig sind, etwa bei den Wintermaßnahmen der Stadt Wien. Dort werden einheimische Wohnungslose und „Armutsreisende“ aus den Nachbarländern betreut. Der Verdienst ist gering, viele sind in den Sommermonaten arbeitslos.

Prekäre Pflege

Prekär ist auch die Lage im sogenannten Care-Bereich, vor allem in der mobilen Pflege. Hier liegt die Entlohnung bei 30 Wochenstunden nur knapp über der bedarfsorientierten Mindestsicherung. 94 Prozent davon sind Frauen, die meisten Migrantinnen. „Sie wissen kaum über ihre Rechte Bescheid und arbeiten unter zum Teil fürchterlichen Bedingungen“, berichtet Veronika Kronberger von der Interessengemeinschaft social@care. „Die größten Probleme sind in dieser Hinsicht die hohe Teilzeit und die vielen ‚zerstückelten‘ Arbeitszeiten, die eine Existenz sichernde Beschäftigung verhindern. Gleichzeitig gibt es permanenten Personalmangel, der ad hoc Einsatz erfordert. Dadurch wird selbst die Arbeitszeit nicht planbar“, meint Ingrid Moritz, Leiterin der AK-Abteilung Frauen und Familie. Ein Thema für sich ist die Lage der 24-Stunden-Kräfte. „Das Problem ist, dass hier gesetzliche Regelungen geschaffen wurden, die nicht mit den Arbeitsrechtsstandards vereinbar sind“, sagt Ingrid Moritz. „Die Bezahlung ist sehr niedrig, die Lage der Pflegerinnen hängt davon ab, in welchen Haushalt sie kommen.“

Zunehmend prekär sind die Arbeitsverhältnisse für die junge Generation. Die im Juli 2014 eingerichtete Plattform www.watchlist-praktikum.at verzeichnet mittlerweile mehr als 80.000 Klicks. Hier können PraktikantInnen anonym Rechtswidrigkeiten melden. Die Angaben werden zur Prüfung an die jeweilige Gebietskrankenkasse weitergeleitet. Weit mehr als 300 Unternehmen aus allen Branchen wurden als schwarze Schafe identifiziert. „Die Zahl der Anfragen ist erschreckend hoch“, berichtet Kronberger von der „Plattform Generation Praktikum“.

Prekär ist auch die Lage bei Älteren, insbesondere Frauen. Ingrid Moritz: „Armut beginnt damit, dass viele Frauen für sich allein kein Existenz sicherndes Einkommen haben, wenn sie in Paarbeziehung leben. Frauen verrichten wesentlich mehr unbezahlte Arbeit. Und nun, wo für die Pension alle Versicherungsjahre zählen und nicht mehr die besten 15 Jahre, geht die Schere im Alter weiter auf. Sehr viele Frauen haben jetzt eine Pension, von der man eigentlich nicht leben kann.“

Internet:

Hier finden Sie auch den neuen Leitfaden durch den Paragraphenschungel für freie DienstnehmerInnen, freie WerkvertragsnehmerInnen und PraktikantInnen:

www.gpa-djp.at/flex

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
adsa.mueller@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kein Wohlstand ohne Mitte

Geht's uns allen gut, geht's der Wirtschaft gut! Warum Wohlstand einer breiten gesellschaftlichen Mitte bedarf.

Christa Schlager

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

In den entwickelten Industriestaaten waren die Einkommensunterschiede in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Das besagt die jüngst erschienene OECD-Studie „In It Together“ über die Entwicklung der Einkommensverteilung in den westlichen Industriestaaten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Jahre einer tief greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise hinter vielen Wirtschaftsnationen liegen, deren Folgen eigentlich so dargestellt wurden: Viel finanzieller Reichtum wurde an den Börsen vernichtet und die Bonus-Systeme der Manager begrenzt.

Keine Krise bei den Reichsten

Von Krise aber kann bei den reichsten zehn Prozent nicht unbedingt die Rede sein: Sie verdienen aktuell jährlich fast zehnmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. Anfang der 1980er-Jahre lag das Verhältnis laut OECD noch bei sieben zu eins. An oberster Stelle der Entwicklung steht die Entlohnung der Manager der USA. Ein Manager-Einkommen ist dort rund 300-mal so hoch wie ein durchschnittliches Unselbstständigen-Einkommen, wie das gewerkschaftsnahe Economic Policy Institute (EPI) festgestellt hat. Der Abstand hat sich seit Ende der 1970er-Jahre verzehnfacht. Für Österreich stellt die AK ein Verhältnis von 47:1 zwischen einem Vorstand eines im ATX-notierten Unternehmens und einem österreichischen Durchschnittseinkom-

men fest. Das Niveau der Manager-Einkommen wurde durch die Krise kaum beeinflusst.

In der Mitte angelangt

Dass die Schere weiter aufgegangen ist, hat nicht nur damit zu tun, dass die Top-Einkommen und Vermögen weiter ansteigen. Vielmehr nimmt die Spaltung in der Gesellschaft insgesamt zu. Vor allem die untersten 40 Prozent in der Verteilung, also mehr als ein Drittel, sind laut OECD in den letzten Jahren zurückgefallen, was zunehmend soziale und politische Fragen aufwirft. Denn damit sind es nicht nur „soziale Randgruppen“, die nicht mehr am Zuwachs des ökonomischen Wohlstands teilnehmen. Vielmehr ist dieses Phänomen bereits in der Mitte der Gesellschaft angelangt.

Wem nützt denn diese Entwicklung? Nicht einmal der Volkswirtschaft selbst, meint die OECD-Studie „In It Together“. Solche sozialen Schief lagen sind selbst für die Ökonomie nachteilig, wie der Bericht vorrechnet. Es ist bemerkenswert, wenn die OECD, eine Organisation, die gegründet wurde, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, zunehmende Ungleichheit kritisiert. Denn eine Lesart von zunehmender Ungleichheit ist, dass es einen sogenannten „Trickle-down-Effekt“ gebe. Wie beim Duschen werden die Menschen damit von oben bis unten nass – bzw. wohlhabender. Tatsache ist aber, dass sich der Zuwachs des Wohlstandes bei den obersten Einkommen und Vermögen konzentriert hat und wenig nach unten gesickert ist. Daraus resultiert eine starke

Spaltung der Gesellschaft. Die OECD geht davon aus, dass der Anstieg tief in den ökonomischen Strukturen verhaftet ist und es deshalb auch schwer sein wird, den Trend umzukehren. Denn mehr als die Hälfte der in den westlichen Industrienationen geschaffenen Arbeitsplätze seit 1995 sind atypische Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Trend hat sich mit der Krise verschärft. Seit 2007 sind in den OECD-Staaten insgesamt die Standardarbeitsverhältnisse gesunken, einen kleinen Beschäftigungszuwachs gab es in Summe bei den Atypischen.

Mehr Nachteile statt Flexibilität

Welche Charakteristika haben nun diese Arbeitsverhältnisse? Die gute Nachricht: Sie sind nicht zwangsläufig schlechte Jobs. Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse sind manchmal durchaus gewünschte Arbeitsformen, um die Work-Life-Balance zu verbessern. Die schlechte Nachricht: Diese Beschäftigungsformen sind in der Regel in einigen Aspekten gegenüber den durchgängigen Normalarbeitsverhältnissen schlechtergestellt. So verdienen gerade bei den schlecht bezahlten Jobs eben die Atypischen noch 20 Prozent weniger als bei vergleichbaren Standardjobs. Sie sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eines Jobverlusts konfrontiert, bekommen weniger Weiterbildung und leiden unter signifikant höherem Arbeitsdruck.

Die gewünschte Flexibilität am Arbeitsmarkt, die als Anforderung für ein erfolgreiches Wirtschaften gilt, bedeutet oft Prekarisierung und nicht ökonomi-



Weniger Ungleichheit führt zu mehr Wohlstand. Eine breite gesellschaftliche Mitte, wie sie in der Vorstellung der Gesellschaft als **Zwiebel formuliert wird, hat vielfach gute Seiten und sie rechnet sich auch.**

sche Sicherheit. Die atypischen, nicht stabilen Beschäftigungsverhältnisse befördern ein Auseinandergehen der Einkommensschere. Und es zeigt sich auch, dass sich die Hoffnung, dass atypische Verträge schlussendlich zu stabileren und damit besser bezahlten Anstellungen führen, nur in ganz bestimmten Fällen bewahrheitet. Hier hängt es vor allem von der Art der Arbeit, von den Qualifikationen und anderen sozialen Merkmalen des Arbeitssuchenden und den Arbeitsmarktinstitutionen ab, ob das gelingen kann. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Einkommensstatistiken zeigen: Gerade den Jungen gelingt es immer schwerer, solche stabilen Jobs zu erlangen.

Gesamtwirtschaftlicher Schaden

Wenn sich die Gesellschaft gerade auseinanderdividiert, warum behauptet dann die Studie, wir säßen alle in einem Boot? Die Zunahme der Ungleichheit hat der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschadet, konstatiert die OECD. Denn der Anstieg der Ungleichheit im OECD-Raum seit den 1980er-Jahren war langfristig mit einem Verlust von fast fünf Prozentpunkten BIP-Wachstum verbunden. Das Wachstum wäre also in vielen Staaten höher, wenn die Ungleichheit nicht gestiegen wäre. Der berechnete Effekt ist das Resultat des Einkommensverlustes der unteren 40 Prozent, wohl gemerkt.

Die OECD zieht daraus die Konsequenz: Weniger Ungleichheit führt zu mehr Wohlstand. Eine breite gesellschaftliche Mitte hat vielfach gute Sei-

ten. Aber sie rechnet sich auch. Freinach dem Motto: Geht's uns allen gut, geht's der Wirtschaft gut!

Trend zu Ungleichheit stoppen

Deshalb braucht es dringend eine Reihe von Maßnahmen, die dazu beitragen, den Trend zu mehr Ungleichheit zu stoppen. So bremsen eine höhere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und die Verringerung von Lohnunterschieden den Trend zu mehr Ungleichheit. Dazu ist es auch wichtig, dass sich die bezahlten Arbeitsstunden von Frauen erhöhen, um eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu ermöglichen.

Die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität – Maßnahmen für mehr und bessere Jobs – sind notwendig, um die Einkommenschancen, speziell der einkommenschwachen Gruppen, zu verbessern. Investitionen in Aus- und Weiterbildung schaffen das Potenzial für eine langfristig positive Entwicklung einer Volkswirtschaft. Bereits in den ersten Lebensjahren wird ein Grundstein dafür gelegt.

Und last, but not least: Die Verbesserung bestehender Steuer-Transfer-Systeme und eine effiziente Umverteilung helfen die sozialen Risiken abzufedern, denen sich Menschen in der Krise zunehmend gegenübersehen. Zugleich verlangen sie denjenigen einen Beitrag ab, die von immer noch steigendem Wohlstand stärker profitieren als andere. Bisher verteilen die Wohlfahrtsstaaten hauptsächlich über die Ausgabenseite, über Sozialleistungen, öffentli-

che Infrastruktur und eine allgemeine Absicherung gegen Krankheit und im Alter um. Die Staatseinnahmenseite hingegen hat kaum umverteilende Wirkung. Vermögensbezogene Steuern helfen, die Chancengleichheit in der Gesellschaft zu erhöhen, und bilden deshalb einen wichtigen Baustein. Ein zentraler Schlüssel zu mehr Steuererechtigkeit ist aber auch, die Steuervorteile und Steuerschlupflöcher von großen Unternehmen und Reichen im In- und Ausland abzustellen. Steuern sollen dort gezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden, Privilegien abgeschafft werden. Dies ist ein einfaches, aber wirkungsvolles Prinzip.

Kein Rechenstift nötig

Weniger Ungleichheit hilft gesamtgesellschaftlich und wirtschaftlich schlussendlich allen. Es braucht keinen Rechenstift, um das zu wissen. Aber man kann es auch rechnen, um zu zeigen, dass damit auch die Rechnung für den ganz überwiegenden Teil stimmt.

Internet:

OECD-Studie

„In It Together: Why Less Inequality Benefits All“:
tinyurl.com/ppovctc

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin

christa.schlager@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Trend zu noch mehr Ungleichheit

Schon jetzt ist der Netto-Wohlstand im Euroraum sehr ungleich verteilt. Koordinierte Lohnpolitik und Vermögenssteuern könnten dem entgegenwirken.

Harald Kolerus
Freier Journalist

Geld hat noch keinen reich gemacht“, soll der römische Philosoph **Seneca** zum Besten gegeben haben. Den weisen Worten zum Trotz kommt niemand ohne den „schnöden Mammon“ aus. Allerdings sprechen die wenigsten gerne über (das eigene) Geld, mangels Vermögenssteuern werden die Zahlen zu den Besitzverhältnissen etwa in Österreich hauptsächlich durch Befragungen und Schätzungen ermittelt. Deshalb ist es schwierig, an fundierte Daten zur Vermögensverteilung zu kommen, umfangreiche Studien dazu sind vor allem auf europäischer Ebene rar gesät.

Meilenstein HFCS

Ein Meilenstein bei der Erfassung von Vermögen stellt der von der Europäischen Zentralbank durchgeführte „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) dar. Dieser ist die erste umfassende Analyse zu Sach- sowie Finanzvermögen, Verbindlichkeiten und Ausgaben privater Haushalte in 15 Ländern der Eurozone (Irland und Estland nahmen nicht teil). Im Rahmen des HFCS wurden in den Jahren 2010 und 2011 in den einzelnen Euroländern per repräsentative Stichprobe Haushalte ermittelt, die dann ausführlich zu ihren Vermögensverhältnissen befragt wurden. Im Anschluss erfolgte die Auswertung der Daten und eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung. In Österreich wurden etwa 2.380 Haushalte interviewt. Die Erhebung der heimischen Daten wurde von der Öster-

reichischen Nationalbank gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung durchgeführt.

Verschuldet?

Dazu sei gesagt, dass so manches Ergebnis sehr genau betrachtet werden muss und somit mit Vorsicht zu genießen ist. So kommt der HFCS zu dem Ergebnis, dass viele EU-BürgerInnen verschuldet sind: Im Euroraum trifft dies auf 43,7 Prozent der Haushalte zu, Spitzenreiter sind die Niederlande mit 65,7 Prozent, in Österreich sind es 35,6 Prozent, am unteren Ende des Rankings findet sich Italien mit 25,2 Prozent.

Wie hoch sind nun diese Haushalte in Euroland verschuldet? Der **Median**-Wert liegt bei 21.500 Euro pro Haushalt. Die Schuldenlast ist in den Niederlanden mit 89.100 Euro pro Haushalt am größten, Österreichs Haushalte kommen „nur“ auf 13.800 Euro, am geringsten fallen die Schulden in der Slowakei mit 3.200 Euro aus. Allerdings bedeutet dies natürlich nicht, dass jeder Haushalt auf einem Schuldenberg sitzt, denn es handelt sich ja um Mittelwerte. Vor allem aber stehen den Verbindlichkeiten erhebliche Vermögenswerte wie zum Beispiel Spargbücher, Girokonten, Aktien, Investmentfonds, Immobilien oder materielle Besitztümer wie Schmuck, Kunstwerke, Automobil(e) etc. gegenüber.

Der entscheidende Wert ist deshalb der sogenannte „net wealth“, zu übersetzen als Netto-Vermögen oder Netto-Wohlstand. Der „net wealth“ ergibt sich nun aus der Differenz zwischen allen Besitztümern und Verbindlichkeiten eines

Haushalts. Laut HFCS beläuft sich dieser Wert im Median auf 109.200 Euro pro EU-Haushalt, im Durchschnitt macht er sogar 230.800 Euro aus. Somit liegt der Durchschnittswert der Netto-Vermögen mehr als doppelt so hoch wie der Median. Im HFCS wird explizit darauf hingewiesen, dass diese große Diskrepanz zwischen den beiden Messgrößen eine erhebliche Ungleichverteilung des Netto-Wohlstands nahelegt.

Die Ursache dafür: Es gibt eine Vielzahl von sehr kleinen Vermögen, vor allem am unteren Ende der Skala. So liegt der „net wealth“ der ärmsten zehn Prozent der Haushalte sehr nahe bei null, es wurde also praktisch gar kein Besitz erworben. Knapp fünf Prozent der Haushalte weisen Netto-Schulden auf. Im krassen Gegensatz dazu steht, dass die wohlhabendsten 20 Prozent der Haushalte knapp 68 Prozent des Netto-Wohlstands besitzen. Die Ungleichverteilung wird noch eklatanter, je weiter wir uns der Spitze der Pyramide annähern: Die reichsten fünf Prozent nennen stolze 37,2 Prozent des Netto-Wohlstands ihr Eigen. Die reichsten EU-Haushalte sind übrigens in Luxemburg beheimatet: Der Median liegt bei 397.800 Euro, der Durchschnittswert bei 710.100 Euro. Österreich hält im Median 76.400 Euro und im Durchschnitt 265.000 Euro. Überraschend dabei ist das auf den ersten Blick relativ große Vermögen der GriechInnen: Sie verfügen über 101.900 Euro im Median, der Durchschnittswert liegt bei 147.800 Euro. Bei genauerer Betrachtung aber stellt sich die Situation durchaus anders dar: Ursache für dieses Er-

gebnis ist vor allem, dass die Zahl der EigenheimbesitzerInnen in Österreich deutlich niedriger ist als in den Ländern Südeuropas wie eben Griechenland. Das macht die HellenInnen nicht wirklich reich, da sie durch einen Verkauf der eigenen Wohnimmobilie auf der Straße stehen würden. Auch spielt die Haushaltsgröße eine nicht zu unterschätzende Rolle. In Österreich leben weniger Personen unter einem Dach als in Griechenland, Spanien oder Italien, weshalb das Haushaltsvermögen dort durch mehr Personen dividiert werden muss.

Vorsicht: Datenunschärfe

Auch muss darauf hingewiesen werden, dass der HFCS zwar die bis dato bei Weitem umfassendste Erhebung zur Vermögenssituation in der Eurozone darstellt, dass aber selbst diese Studie nicht frei von Unschärfen ist. „Typisch für alle freiwilligen Befragungen ist es nämlich, dass einige ErhebungsteilnehmerInnen gewisse Antworten nicht geben können oder nicht geben wollen. Vor allem bei Datenerhebungen zu ‚sensiblen‘ Bereichen“, schreibt die AK in einem Papier zum HFCS. Das heißt: Solche Untersuchungen enthalten auch falsche Angaben, zahlreiche Antwortverweigerungen und „repräsentieren die Vermögensverteilung nicht vollständig, da die oberste Spitze der VermögensinhaberInnen zumeist gar nicht in der Befragung auftaucht“, so die AK weiter.

Denn vor allem die relativ überschaubare Gruppe der Superreichen „schlüpft“ leicht durch die Erfassung der Stichprobe. Auch nimmt die Auskunftsbereitschaft mit zunehmendem Vermögensbestand ab, was zu Verzerrungen führt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass es noch mehr Reiche innerhalb der EU gibt und dass sie noch wohlhabender sind, als dies der HFCS ausweist. Somit würde die Ungleichverteilung weiter steigen, was auch Länderstudien unter anderem des EZB-Ökonomen Philip Vermeulen oder von Jakob Kapeller vom Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Universität Linz nahelegen. Kapeller kommentiert dazu im Gespräch mit „A&W“: „Noch kaum waren die Vermögen in Österreich und der EU so ungleich verteilt wie heute. Und der Trend

zu wachsender Ungerechtigkeit nimmt mit der Konzentration von Vermögen weiter zu.“ Um die „Konzentrationspirale“ abzuschwächen, spricht sich der Experte für eine koordinierte Lohnpolitik in Europa aus, denn der Wohlstand der überwiegenden Mehrheit der EUBürgerInnen basiere noch immer auf Lohneinkommen. Diese seien allerdings aufgrund des harten internationalen Standortwettbewerbs unter Druck geraten, was zu real sinkenden Löhnen und einer Erosion der Mittelschicht geführt habe. „Auch sollte die EU aus einer soliden Position Druck auf Steueroasen ausüben und das Thema internationaler Vermögenssteuern mit hohen Spitzensteuersätzen aufgreifen“, so Kapeller.

Auch der Ökonom David Mum hält Vermögens- und Erbschafts- sowie Körperschaftssteuern (Unternehmenssteuern) für ein wesentliches Element im Kampf gegen Reichtums-Konzentration und für mehr Verteilungsgerechtigkeit: „Vor allem Körperschaftssteuern sollten innerhalb der EU-Staaten akkordiert werden, weil Unternehmen eher ihre Gewinne bilanziell verlagern können. Auch ist es nicht einzusehen, dass Lohneinkommen progressiv belastet werden, Kapitalertragssteuern hingegen flachen Tarifen unterliegen.“ Mum, er ist Leiter der Grundlagenabteilung in der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier), spricht sich deshalb für eine progressive Vermögenszuwachssteuer aus, wie sie heute bereits in Finnland existiert: „Auch Österreich könnte solche gestaffelten Tarife sogar im Alleingang einführen. Dazu müsste allerdings das Bankgeheimnis infrage gestellt werden.“ Im Sinne einer gerechteren Vermögensverteilung eine diskussionswürdige Forderung.

Blogtipp:

Weitere Infos finden Sie unter:

www.hfcs.at
www.jakob-kapeller.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

harald.kolerus@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



© OGB-Verlag/Michael Mazohl

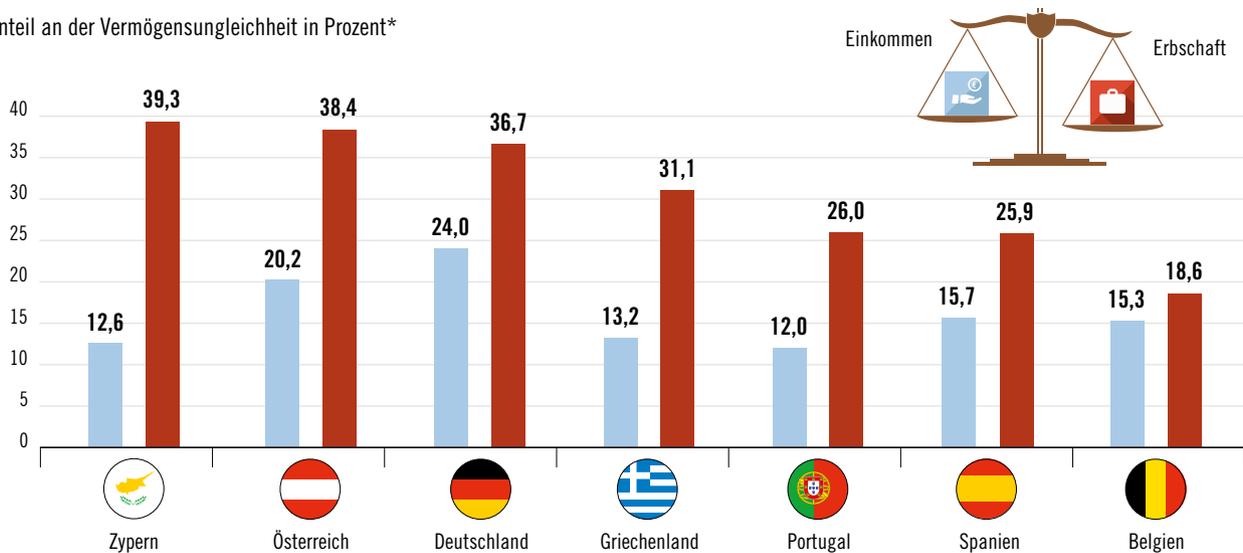
Noch kaum waren die Vermögen in Österreich und der EU so ungleich verteilt wie heute. Und der Trend zu wachsender Ungerechtigkeit nimmt mit der Konzentration von Vermögen weiter zu.

Zahlen, Daten, Fakten

Nicht Talent und Fleiß entscheiden über den Wohlstand, sondern Herkunft und Erbe. Damit wird der Sozialstaat für den Zusammenhalt wichtiger denn je.

Erbschaften tragen mehr zu Vermögensungleichheit bei als Unterschiede bei Einkommen

Anteil an der Vermögensungleichheit in Prozent*



* Übrige Erklärungsanteile (auf 100 Prozent) – Alter, Haushaltszusammensetzung, Bildung, Geburtsland, Familienstand

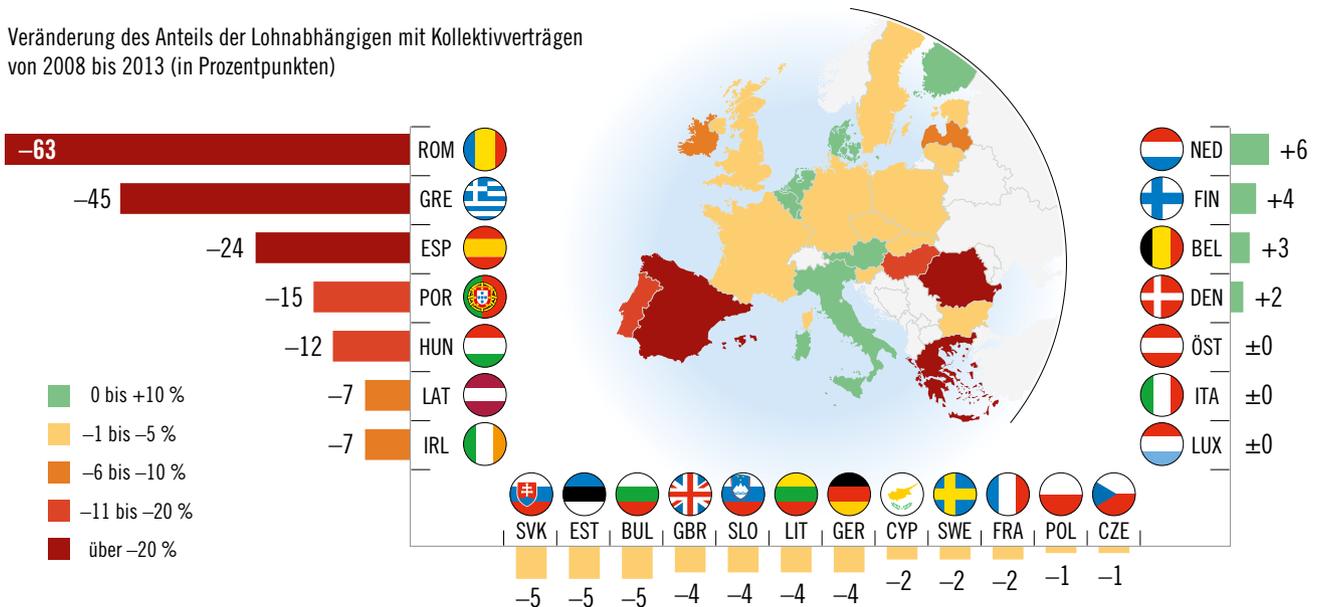
Quelle: HFCS 2010, Leitner (2015); AK/ÖGB-Darstellung.

Arbeit&Wirtschaft 6/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Ungleichheit zwischen ArbeitnehmerInnen steigt: Seit der Krise werden immer weniger durch Kollektivverträge geschützt

Veränderung des Anteils der Lohnabhängigen mit Kollektivverträgen von 2008 bis 2013 (in Prozentpunkten)

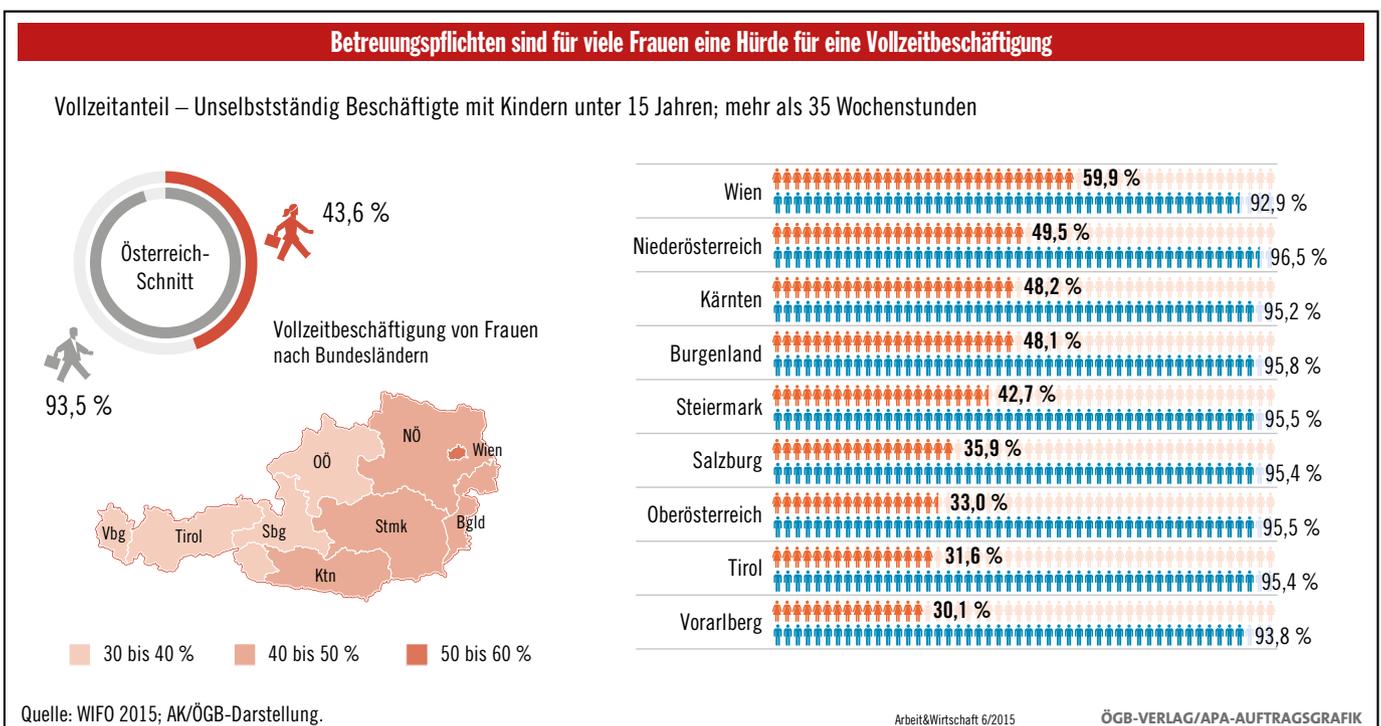
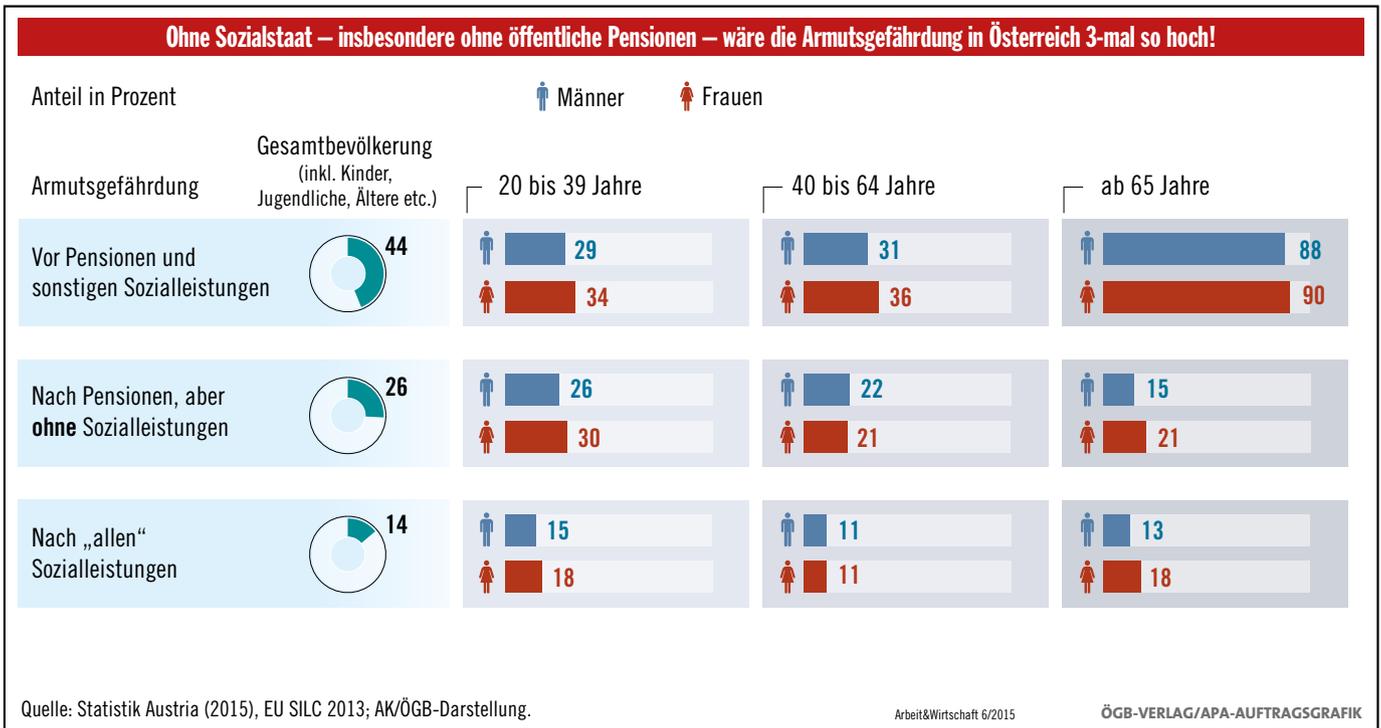


Quelle: Eurofound Yearbook 2014; AK/ÖGB-Darstellung.

Arbeit&Wirtschaft 6/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Steigende Ungleichheit ist auch auf den Arbeitsmärkten eine der zentralen Herausforderungen, insbesondere in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern. Immer weniger ArbeitnehmerInnen sind durch Kollektivverträge vor Lohndumping geschützt – auch Frauen sind am Arbeitsmarkt immer noch nicht gleichgestellt.



Ungleichheitssystem Schule

Dass viele Kinder von MigrantInnen in Österreich zu den BildungsverliererInnen zählen, hat seine Ursachen in den Strukturen des Bildungssystems.

Philipp Schnell

Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Zeynep Korkmaz (31) ist die jüngste Tochter einer fünfköpfigen Familie. Ihre Eltern kamen 1967 aus der Türkei nach Österreich, um hier zu arbeiten. Geboren in Österreich, wuchs Korkmaz in einer Siedlung im Hinterhof einer Textilfabrik auf, in der ihre Eltern abwechselnd im Schichtdienst arbeiteten. Die Mehrheit ihrer MitschülerInnen in der Volksschule kam aus der gleichen Siedlung, nur drei hatten Deutsch als Muttersprache. Es war Korkmaz' Volksschullehrerin, die ihren Eltern riet, sie im Gymnasium anzumelden. Ihre Eltern verstanden den Unterschied nicht, folgten aber der Empfehlung. Korkmaz war eine von vier SchülerInnen ihrer Klasse, die in die AHS-Unterstufe wechselten. 2002 maturierte sie als erste ihrer Familie und ist heute, nach ihrem Studium an der Fachhochschule, als Controllerin tätig.

Wachsende Diversität

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern nach Österreich zugewandert sind, wächst seit vielen Jahren. Dies liegt einerseits in der vor 50 Jahren einsetzenden Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begründet, andererseits an der Erhöhung der Mobilität innerhalb der EU und der Globalisierung. Migration und Diversität sind in Österreichs Klassen also schon lange angekommen. Aber hat sich das Schulsystem darauf eingestellt?

Ein Blick auf die Fakten verrät, dass Korkmaz' Bildungsverlauf noch immer nicht Normalität ist. Allerdings ist Vor-

sicht angebracht, denn die Ursachen dafür sind in den sozialen Verhältnissen und vor allem in den Strukturen des österreichischen Bildungssystems zu finden, nicht in der ethnischen Zugehörigkeit, wie dies immer und immer wieder fälschlicherweise behauptet wird.

Jugendliche mit Migrationshintergrund, von denen die meisten in Österreich geboren wurden, besuchen seltener höher bildende Schulen und sind auch an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Hinzu kommt, dass fast jede/r vierte Jugendliche mit Migrationshintergrund ein/e sogenannte/r „NEET“ (Not in Employment, Education or Training) ist und damit weder eine Ausbildung macht, noch einen Arbeitsplatz hat. Diese Entwicklungen sind in Zeiten steigender Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt alarmierend.

Viele zugewanderte Eltern, insbesondere wenn sie in den späten 1960er-Jahren als Arbeitskräfte angeworben wurden, verfügen oftmals nur über geringe schulische Bildung. Dazu kommen die Nichtanerkennung ausländischer Abschlüsse sowie Sprachbarrieren, die zudem häufig zu niedrigeren Positionen auf dem Arbeitsmarkt und damit zu schlechteren ökonomischen Bedingungen führen. BildungssoziologInnen sagen, dass es zugewanderten Familien deshalb an „relevanten Kapitalien“ fehlt, die für das gemeinsame Lernen und den Bildungserfolg ihrer Kinder so wichtig seien. Das war auch bei Korkmaz so. „Meine Eltern konnten mir nie bei den Hausübungen helfen, weil sie sich nicht auskannten und zu wenig Deutsch verstanden“, erzählt sie. „Ich machte sie meistens alleine oder mit

BUCHTIPP

Heidi Schrodtt:
**Sehr gut oder
Nicht genügend?**
Schule und Migration
in Österreich
Molden-Verlag, 208 Seiten,
2014, € 19,99
ISBN: 978-3-85485-327-5



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

meinen Geschwistern.“ Es ist eine Situation, die wohl vielen ÖsterreicherInnen ohne Migrationshintergrund bekannt vorkommen wird, deren Eltern keine höhere Bildung genießen konnten.

Kinder, die aus bildungsferneren Familien stammen, können ihren Startnachteil im Laufe der Schulzeit nur mit großer Anstrengung überwinden und zählen somit häufiger zu den sogenannten BildungsverliererInnen. Gerade weil Kinder von MigrantInnen in Österreich häufig aus sozial schwächeren Familien kommen, sind sie im hiesigen Schulsystem benachteiligt. Oft sind es dann Einzelne wie Korkmaz' Lehrerin, die über den Bildungsweg eines Kindes entscheiden.

Schlechtere Chancen

Kinder mit Migrationshintergrund aus sozial benachteiligten Familien sind durchaus in der Lage, Bildungserfolge zu erzielen. Ein ForscherInnenteam untersuchte beispielsweise vor Kurzem die Bildungschancen von Nachkommen türkischer MigrantInnen in sieben europäischen Ländern,

Ausschlaggebend für geringere Lern- und Bildungserfolge von Kindern zugewanderter Eltern ist die Struktur des Bildungssystems, das auch Nicht-MigrantInnen benachteiligt.



darunter auch Österreich. Die Grundfrage: Wie gestalten sich Bildungschancen für Kinder, deren Eltern als ArbeitsmigrantInnen in den 1960er-Jahren mit nur geringem Bildungsstand aus der Türkei nach Europa gekommen sind, die aber allesamt in den jeweiligen Ländern zur Welt gekommen sind und dort die Schule besucht haben?

In Schweden (9 Prozent) und Frankreich (14 Prozent) haben vergleichsweise wenige Nachkommen türkischer MigrantInnen einen Pflichtschulabschluss. In Österreich ist die Zahl wesentlich höher (25 Prozent), am höchsten ist sie in Deutschland (31 Prozent). Umgekehrt ist die Chance auf einen hohen Bildungsabschluss für die Nachkommen türkischer EinwanderInnen in anderen Ländern dreis- bis viermal so groß wie in Österreich.

Drei strukturelle Eigenschaften sind laut Barbara Herzog-Punzenberger von der Johannes Kepler Universität Linz dafür verantwortlich: erstens das Eintrittsalter in vorschulische Einrichtungen – und damit der Zeitraum, in dem Eltern das Lernen des Kindes alleinverantwortlich beeinflussen. „Hier schlägt der in Österreich vergleichsweise späte Eintritt der Kinder negativ für deren spätere Bildung zu Buche“, erklärt die Bildungsforscherin. Ähnlich gelagert ist der zweite Punkt: Der Zeitpunkt, zu dem über den weiteren Bildungsweg entschieden wird, hat großen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder. In Österreich liegt dieser sehr früh – der Einfluss der Eltern und ihrer Bildungsgeschichte ist zu diesem Zeitpunkt noch sehr groß. Drittens ist der zeitliche Umfang der schulischen Betreuung wichtig. Auch hier verliert Österreich aufgrund des vorherrschenden Halbtagsystems im

Vergleich mit Ländern wie Schweden oder Frankreich. „In Österreich, wo SchülerInnen verhältnismäßig viel Lernzeit außerhalb der Schule erbringen müssen, setzen sich familiäre Ausgangsbedingungen eher fort als in Ländern mit ganztägigen Schulformen. Dadurch sind gerade Kinder von Eltern benachteiligt, die weder mit dem Lernstoff noch mit Sprache oder Schulsystem vertraut sind“, so Herzog-Punzenberger.

Zu frühe Entscheidung

Folglich ist der Migrationshintergrund ebenso wie die ethnisch-kulturelle Herkunft an sich nicht ausschlaggebend für geringere Lern- und Bildungserfolge von Kindern zugewanderter Eltern. Wesentlich sind vielmehr die Struktur des Bildungssystems, der Bildungsstand der Eltern sowie die andere Erstsprache als Deutsch. Wer aus bildungsfernen Familien kommt und darüber hinaus eine andere Erstsprache als Deutsch spricht, hat es im österreichischen Bildungssystem also schwer, den Schulalltag erfolgreich zu meistern. Die Zeit bis zur ersten Schullaufbahnentscheidung im Alter von zehn reicht für viele nicht aus, ihre schlechteren Startbedingungen zu überwinden und mit anderen SchülerInnen gleichzuziehen. Die Betreuung weiterer schulischer Leistungen am Nachmittag kann durch die Eltern in zugewanderten Familien oftmals nicht ausreichend geleistet werden. Diese Benachteiligungen führen nicht nur zu geringeren Leistungen, sondern nicht selten auch zu Frustration bei den Jugendlichen, die sich im Laufe der Zeit steigert und zum frühzeitigen Abbrechen der Schule führen kann.

Wie lassen sich Benachteiligungen für Kinder von MigrantInnen in Österreich abbauen? Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres. Zum anderen, das zeigen die Ländervergleiche, wäre ein verstärkter Ausbau von Ganztagschulen notwendig, um Kinder erfolgreich schulisch zu fördern und deren Bildungserfolg möglichst unabhängig vom Elternhaus zu gestalten. Speziell für die Bedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund wäre ebenfalls der Ausbau der Deutschförderung auf allen Schulebenen bei gleichzeitiger Förderung der Erstsprachen notwendig. Nicht zuletzt sollten sich LehrerInnen bereits in der Ausbildung mit der sprachlich-kulturellen Diversität auseinandersetzen, um der Normalität im Schulalltag gewachsen zu sein. Nur mit einer Kombination aus diesen Maßnahmen kann erreicht werden, dass künftig alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft gleiche Chancen im Bildungssystem und damit später am Arbeitsmarkt haben.

Internet:

OECD 2015, Indicators of Immigrant Integration:
tinyurl.com/nhstaly

The Integration of the European Second Generation – TIES:
www.tiesproject.eu/index3322.html?lang=de

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
philipp.schnell@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Land ist nicht gleich Land

Zwischen Stadt und Land gibt es viele Ungleichheiten. Verschiedene Projekte versuchen den ländlichen Raum attraktiver zu machen.

Alexandra Rotter
Freie Journalistin

Viele Menschen in unseren Breiten haben Glück, denn sie können frei entscheiden, wo sie leben möchten. Sie können sich die Grundfrage stellen: Will ich in der Stadt oder auf dem Land leben? Diese Entscheidung fällt schon länger zugunsten der Stadt. Diese wachsen rasant, Speckgürtel verwandeln sich in Stadtgebiete und vormals ländliche Regionen werden zu Vororten. Schon jetzt lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten und die Entwicklung scheint sich sogar noch zu beschleunigen. Die UNO schätzt, dass 2070 mehr als drei Viertel der Menschen in Städten leben werden. Ländliche Regionen stellt dies vor große Herausforderungen: Viele können die Bevölkerung nicht halten und verlieren damit nicht nur Humanressourcen, sondern auch handfest Geld. Und je mehr Menschen aus einer Region abwandern, desto weniger wollen hinziehen, auch wenn die Vögel zwitschern, die Landschaft schön und die Luft rein ist.

Zurück aufs Land

Irmi Salzer ist 2002 wieder in die Nähe ihrer Heimat im Südburgenland gezogen, nachdem sie unter anderem in Wien und Brasilien studiert und gearbeitet hatte. Der wesentliche Grund: Sie und ihr Mann betreiben eine Landwirtschaft. Die beiden schätzen es, dass das Leben mit Kindern einfacher zu organisieren ist als in der Stadt. „Wenn das Kind auf dem Spielplatz spielen muss, weil ich Zeit habe – und nicht, weil es Lust hat“: Das gibt es bei ihr nicht. Vielmehr spielen die Kinder im Garten, wenn

sie möchten, und sie müssen nicht immer beaufsichtigt werden.

Begleitung brauchen sie aber, wenn sie in den Fußballverein oder zum Musikunterricht müssen. Salzer: „Am Anfang habe ich das noch nicht realisiert: Wenn die Kinder größer werden, muss man am Land ständig Taxi fahren.“ In ihrer Gemeinde Litzelsdorf wurde eine Kinder-Nachmittagsbetreuung organisiert, die von rund der Hälfte der Familien genutzt wird. Am Anfang wurden Salzer und andere Frauen schief angesehen, weil sie ihre Kinder in die Nachmittagsbetreuung schickten. Heute ziehen Familien deshalb sogar in den Ort. Und auch alte Menschen finden ein Angebot: Es gibt kleine, ebenerdige SeniorInnenwohnungen im Dorf.

Feministische Strategie fehlt

So positiv Salzer das Landleben sieht, ihr fehlt eine „feministische Strategie“ – und das hat Folgen. „Viele junge Frauen gehen in die Stadt und kommen nicht zurück“, weiß sie. Die Gründe: wenig Perspektiven und das Gefühl der Enge, ganz zu schweigen vom oftmals fehlenden Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Und so sehr sie die Vorteile des Landlebens genießt, so kommt auch sie zu dem Schluss: Sie würde ebenfalls die Stadt wählen, wenn sie keine Kinder hätte.

Jene, die sich mit dem Thema wissenschaftlich beschäftigen, betonen, dass Stadt nicht immer Stadt und Land nicht immer Land ist. „Den“ ländlichen Raum gebe es nur als abstrakte Kategorie, sagt Michael Fischer von der Österreichischen Regionalberatung (ÖAR). In einer ländlichen Region entlang einer Hauptverkehrs-

BUCHTIPP

Manuela Larcher, Theresia Oedl-Wieser, Mathilde Schmitt, Gertraud Seiser (Hrsg.):
Frauen am Land
Potentiale und Perspektiven
Studien Verlag, 264 Seiten,
2014, € 26,90
ISBN: 978-3-7065-5315-5



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

achse sieht die Lage eben deutlich anders aus als in einer Grenzregion im Norden und Osten Österreichs.

Fischer hat in seiner sozialwissenschaftlichen Diplomarbeit die Lebensqualität in Stadt und Land verglichen. Dafür wertete er einen Teil der Studie „European Quality of Life Survey“ aus. Einige Erkenntnisse: „Menschen, die am Land wohnen, fühlen sich in Summe zufriedener und glücklicher als Menschen, die in der Stadt wohnen.“ So zeigten sich „große Unterschiede dahingehend, dass Sozialkontakte zu Familie, Freunden sowie das Vereinsleben im ländlichen Raum intensiver und positiver bewertet werden als in der Stadt“.

Oft entscheiden allerdings berufliche Möglichkeiten über die Wahl des Wohnortes. Daher versuchen ländliche Regionen, etwa durch Cluster das Jobangebot zu erweitern. Interessant sind Ansätze wie die Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ), um Regionen für ArbeitnehmerInnen attraktiver zu machen. Die Idee: Kleine und mittelgroße Betriebe brauchen MitarbeiterInnen in der Buchhaltung, Raumpflege



© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Fehlende berufliche Möglichkeiten sowie das mangelnde Angebot an sozialen Dienstleistungen machen das Land oftmals wenig attraktiv für junge Menschen.

oder IT nur wenige Stunden pro Woche, viele ArbeitnehmerInnen streben aber eine Vollzeit-Beschäftigung an. Also schließen sich mehrere Unternehmen zusammen und teilen sich die Arbeitszeit der MitarbeiterInnen auf. In Frankreich und Deutschland gibt es dieses Modell schon länger. Der Regionalentwicklungsberater Leo Baumfeld, der den ersten AGZ Österreichs Ende 2014 begleitet hat, hält dies für eine gute Möglichkeit für Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen.

„Gerechtigkeit – eine Tochter des Ortes?“ So lautet der Titel eines Arbeitskreises beim Forum Alpbach. Geleitet wird er von Barbara Guwak, Geschäftsführerin der Promitto Organisationsberatung. In Alpbach lässt sie die TeilnehmerInnen Gedankenexperimente machen. So müssen sie sich etwa für Stadt oder Land entscheiden und ihnen werden Fragen rund um Infrastruktur und Verkehr, Bildung oder soziales Leben gestellt. Zusätzlich sollen die TeilnehmerInnen bestimmte Haltungen einnehmen. Eine Gruppe geht mit dem Gedanken in das Experiment: „Gerecht ist, wenn die Ungleichheit verringert wird“; eine zweite wiederum nimmt an, dass gerecht sei, „wenn das, was möglich ist, geschehen kann“ – also gewissermaßen ein Innovations-Ansatz; die dritte Gruppe definiert gerecht, „wenn die Generationen nach uns auch noch etwas davon haben“. Guwak will auf diese Weise neue Aspekte in die Diskussion einbringen, denn: „Wenn man das Thema immer nur unter der Brille Gleichheit/Ungleichheit diskutiert, macht man den Raum sehr eng.“

Für Theresia Oedl-Wieser gehört es zu den entscheidenden Unterschieden von Stadt- und Landleben, dass junge Men-

schen und Frauen auf dem Land oft schlechtere Chancen haben. Sie ist Senior Researcher an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen und hält fest: „Das Arbeitsplatzangebot ist nicht so stark ausdifferenziert wie in städtischen Regionen, die Löhne sind deutlich niedriger. Und das kleinbürgerliche Ideal der Familie hat noch große Gültigkeit.“ Die Erwerbstätigkeit von Frauen nehme zwar zu, aber vielfach handle es sich um Teilzeitarbeit. Und das Gender Pay Gap sei in ländlichen Regionen besonders ausgeprägt.

Gesellschaft schon weiter

Oedl-Wieser streicht Ansätze wie jenen des EU-Förderprogramms **LEADER** hervor, das Initiativen im ländlichen Raum fördert. Im Nationalpark Kalkalpen etwa wurde 2010 bis 2012 ein Aus- und Weiterbildungsprojekt namens REWITEG durchgeführt. Dabei erhielten Frauen eine Bildungsberatung, unter anderem zu handwerklichen und technischen Berufen, und sie konnten mobile Weiterbildungsangebote in EDV und Kommunikation in Anspruch nehmen, Seminare zur Vorbereitung des Wiedereinstiegs besuchen und eine Ausbildung im Bereich Pflege und Gesundheit absolvieren.

Um das Leben auf dem Land wieder für mehr Menschen interessanter zu machen, sieht Theresia Oedl-Wieser die Politik in der Pflicht – besonders bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf: „Zum Beispiel sollten flexiblere Arbeitszeitmodelle für Väter möglich sein. Die Entwicklung in der Gesellschaft ist hier schon viel weiter fortgeschritten als in der Politik und der Wirtschaft.“

Kooperationen zwischen Gemeinden wären denn auch ein gutes Rezept, um das Angebot an sozialen Dienstleistungen im ländlichen Raum auszubauen. Denn oftmals kann sich das eine Gemeinde allein finanziell nicht leisten und/oder die Einrichtung wäre möglicherweise nicht ausgelastet, obwohl es durchaus Bedarf geben würde. Dazu kommt die oftmals schwierige Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Gibt es kein ausreichendes Angebot an sozialen Dienstleistungen, hat dies vor allem eins zur Folge: dass Frauen die jeweiligen Tätigkeiten übernehmen – und damit ihre Qualifikationen und Potenziale am Arbeitsmarkt nicht einsetzen können. In Österreich arbeiten manche Gemeinden bereits zusammen. Abhängig ist dies allerdings oftmals von einzelnen engagierten Personen, wie eine Studie im Auftrag von AK und ÖGB im Jahr 2011 feststellte. Es müssten deshalb mehr Anreize für die Kooperation auf regionaler Ebene geschaffen werden – und das müsste sich auch in den Budgets niederschlagen.

Internet:

Netzwerk Land:
www.netzwerk-land.at

Netzwerk für regionale Entwicklung:
www.progressnetz.at

AK zum Thema Soziale Dienstleistungen:
tinyurl.com/ouwws87

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Hilfe im Gesundheits-Dschungel

*Ungleichheit macht krank – vor allem MigrantInnen.
Projekte wie „MiMi-GesundheitslotsInnen“ schaffen Abhilfe.*

Christian Resei
Freier Journalist

Ungleichheit macht krank: Gesundheitsstudien zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen schwacher sozioökonomischer Situation und schlechter Gesundheit. Besonders davon betroffen sind MigrantInnen, denn beinahe die Hälfte der eingebürgerten MigrantInnen und 60 Prozent der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind HilfsarbeiterInnen (jeweils Nicht-EU/EFTA). MigrantInnen sind weniger in den Arbeitsmarkt integriert und verfügen häufiger über ein geringes Einkommen als ÖsterreicherInnen. Von daher sollte die Formel adaptiert werden: Ungleichheit macht vor allem MigrantInnen krank.

Inklusive Politik als Grundlage

Die Studie „Migration und Gesundheit“ zeigt insbesondere auf, dass sich der (sozio-)kulturelle Hintergrund indirekt auf die Gesundheit auswirkt. Denn Diskriminierungserfahrungen haben eine Auswirkung auf die psychische Gesundheit, als chronischer Stressfaktor können sie zu körperlichen Beschwerden führen. Diskriminierung könnte über den Umweg der ökonomischen und sozialen Benachteiligung gesundheitsschädigend wirken: Man lebt am Rand der Gesellschaft, ist von Existenzängsten geplagt, krank und leidet an Schmerzen – zögert aber den Weg zum Arzt oder zur Ärztin hinaus.

Josef Wallner, Leiter der AK-Wien-Abteilung Arbeitsmarkt und Integration, setzt auf eine moderne Gesundheitspolitik: „Besonders einbezogen werden sollten

jene, die mit weniger Einkommen und Bildung, oft bedingt durch ein hartes Arbeitsumfeld, mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben.“ Eine inklusive Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sei die Grundlage jeder erfolgreichen Gesundheitspolitik. Denn derzeit nehmen, im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung, Menschen mit Migrationshintergrund das österreichische Gesundheitswesen im niedergelassenen Bereich seltener in Anspruch – besonders Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention. Im Einwanderungsland Österreich betrifft das etwa jeden fünften Menschen, in Wien sogar 40 Prozent. MigrantInnen gehen seltener zur Mammografie-Untersuchung (55 Prozent) als Frauen ohne Migrationshintergrund (70 Prozent). Extreme Unterschiede bei Männern: Die Prostata-Untersuchung nehmen nur 18 Prozent der MigrantInnen, aber immerhin 51 Prozent der Männer ohne Migrationshintergrund wahr.

AK-Experte Wallner hält es für besonders wichtig, dass Praxisprojekte, die der Stärkung von Gesundheitsbewusstsein und Selbsthilfekompetenz zur Überwindung kultureller Schranken dienen, ausgebaut und unterstützt werden. Inzwischen gibt es in Österreich bereits eine Reihe solcher Projekte. „Migrant-Friendly Hospitals“ lautet etwa der Titel eines entsprechenden EU-Projekts. Das Wiener Kaiser-Franz-Josef-Spital ist eines von zwölf Pilot-Krankenhäusern in der EU, in denen erprobt wurde, wie mehr Diversität im Krankenhaus stattfinden kann. Im Jahr 2004 wurden dort zudem folgende Subprojekte durchgeführt: Professionalisierung des Dolmetschwesens im Spital; muttersprachliche Kurse für schwangere MigrantInnen rund um die Geburt; Personal-Kurse zur Überwindung kultureller Schranken und Verbesserung der Kommunikation im Krankenhausalltag.

Prävention stärken

Um Krankheiten im Vorfeld zu vermeiden, will das Projekt „Nachbarinnen in Wien“ die Gesundheitsprävention in MigrantInnen-Communities stärker verankern. Dort werden unter anderem Frauen mit türkischer, arabischer, somalischer und tschetschenischer Muttersprache in einem fünfmonatigen Lehrgang ausgebildet: Nachbarinnen begleiten, unterstützen und helfen bei integrationsfördernden Maßnahmen. Hauptanliegen ist die Förderung der Schulbildung der Kinder sowie Hilfe zur Selbsthilfe. Im Schuljahr 2013/2014 fanden 191 Familien Nachbarinnen-Hilfe.

In Oberösterreich wurden für das „Projekt Nachbarinnen“ 15 Frauen aus zehn Ländern sieben Monate lang für „aufsuchende Familienarbeit im transkulturellen Kontext“ ausgebildet. Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich eine umso konkretere Arbeit: Die „Nachbarinnen“ gehen in die Familien, sollen für Partizipation in der Gesellschaft sorgen, Isolation durchbrechen oder Bildung und Gesundheit in der Familie fördern.

Ein Weg zur grenzenlosen Verständigung ist das Volkshilfe-Projekt „MiMi-GesundheitslotsInnen“. Die Kurzform bezeichnet „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“. MigrantInnen fühlen sich am ehesten zur Gesundheitsvorsorge motiviert, wenn sie direkt angesprochen



Wer der Sprache nicht mächtig ist, wähnt sich im österreichischen Gesundheitssystem schnell verloren.

werden. Doch neben verschiedenen Zugangsbarrieren sind spezifische Hürden entscheidend.

Sprachbarrieren abbauen

Zu einem tragischen Missverständnis kam es vor zwei Jahren: Eine schwangere Irakerin ohne Krankenversicherung wurde in zwei Wiener Spitälern abgewiesen. Ihre Odyssee endete in Linz. Das Missverständnis: Sie wäre in Wien aufgenommen worden, da sie aber weder Sprache noch den Hausgebrauch kannte, glaubte sie, dass sie nicht behandelt werden würde. Mit der Ausbildung von MiMi-GesundheitslotsInnen in Wien und Oberösterreich will die Volkshilfe seit 2012 diesem riesigen Problem der Fehlkommunikation entgegenwirken. Gesamt wurden 135 HelferInnen (70 Prozent Frauen) ausgebildet – Schulung, Informationsveranstaltungen, Gesundheitswegweiser, Vernetzung und Evaluation gehören dazu. Die meisten LotsInnen (93 in Wien, 42 in Oberösterreich) stammen aus der Türkei, den BKS-Staaten (Bosnien, Kroatien, Serbien) und Gebieten wie Tschetschenien oder der Ukraine.

Das österreichische Gesundheitssystem ist freilich ein umfassender Teil der Ausbildung. Es werden Fragen beantwortet wie: Wie funktioniert das System? Was ist eine E-Card? Wie bekomme ich sie? Wie oft kann ich mit ihr zum Arzt gehen? Was für manche geradezu logisch klingen mag, liegt für Menschen, die in anderen Gesundheitssystemen aufgewachsen sind, nicht immer auf der Hand. Wer der Sprache nicht mächtig ist, wähnt sich da schnell verloren. Darauf nimmt die Ausbildung Rücksicht. „Das gesamte Sozial-

versicherungssystem wird beschrieben oder was bei einer geringfügigen Beschäftigung an Versicherungen inkludiert ist“, erzählt Barbara Kuss, stellvertretende Gesamtleiterin der MiMi-GesundheitslotsInnen und Mitarbeiterin der Volkshilfe. „Viele MigrantInnen kennen das Hausarztssystem nicht, auch ist für manche gewöhnungsbedürftig, dass nicht jede Ambulanz für jede Krankheit zuständig ist“, weiß Kuss.

Wegen sprachlichen Missverständnissen sind MigrantInnen bisweilen sogenannte Arzt-Hopper: Da nicht genau verstanden wird, was der jeweilige Arzt vorschlägt, wird der nächste Arzt oder die nächste Ärztin aufgesucht. Das Fehlen von Dolmetsch-Diensten wiederum wird durch die Familie kompensiert. In einer deutschen Untersuchung aus dem Jahr 2003 wurde etwa festgestellt: Bei einem Drittel der PatientInnen mit türkischem Migrationshintergrund übersetzen begleitende Familienangehörige. Es ist unangenehm, wenn Vertraute u. a. intime Fragen stellen müssen, oft wird auch aus Scham nicht nachgefragt, wenn etwas nicht verstanden wird. Besonders problematisch ist es, wenn Kinder als Informationsvermittler eingesetzt werden.

Voraussetzung Interesse

MiMi-GesundheitslotsInnen müssen aber nicht in Gesundheitsberufen arbeiten, Bedingung ist vielmehr das Interesse. Dennoch waren unter den KursteilnehmerInnen bereits ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und KindergartenpädagogInnen. Entscheidend sind außerdem ein guter Anschluss in der Community und gute

Deutschkenntnisse. „GesundheitslotsInnen dürfen nur Information weitergeben. Sie bringen die Basisinfos und verweisen an ExpertInnen, in medizinischen Angelegenheiten sind die MiMis nicht selber beratend tätig. Das ist wichtig, denn darin sind sie nicht ausgebildet“, stellt Barbara Kuss klar. Eigenständige Info-Veranstaltungen werden in Kulturzentren, Moscheen oder Bildungseinrichtungen durchgeführt, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Die Arbeit der MiMis ist freiwillig. Für ihren Aufwand erhalten sie eine geringe finanzielle Entschädigung. Im Herbst startet ein neues Projekt zum Thema Kindergesundheit, für das unter den ausgebildeten MiMis 24 Menschen ausgewählt werden. MiMis schützen: Je früher die Menschen zum Arzt gehen, desto eher kann eine Krankheit geheilt werden. Auch hier spart sich der Staat auf lange Sicht Geld.

Internet:

Studie „Migration und Gesundheit“:
tinyurl.com/o8eba7n

Migrant-Friendly Hospitals:
www.mfh-eu.net/public/home.htm

Projekt Nachbarinnen:
www.nachbarinnen.at

Projekt Nachbarinnen in OÖ:
tinyurl.com/ptq4hee

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
resei@gmx.de
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gleichheit mit Vielfalt

Ist es möglich, Differenzen zwischen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und dennoch für Gleichheit einzustehen?

Irene Steindl
Freie Journalistin

Wenn man „Vielfalt“ in Google eintippt, landet man schnell in der Welt eines tanzenden Regenbogens: bunte Farben und lachende Kinder aller Couleurs, die sich die Hände reichend um die Erdkugel tanzen. Es riecht nach Gutmenschen und WeltverbesserInnen. Dabei ist der Umgang mit Vielfalt und mit Differenzen keiner, der das Herz erwärmt. Denn Vielfalt ist in Österreich und vielen Teilen Europas nur bedingt erwünscht. Die zunehmende Diversität in den Lebensverhältnissen von Menschen wirft die dringliche Frage nach Zusammenhalt unter ethischen, rechtlichen oder sozialpolitischen Aspekten auf. Wie wollen wir mit gesellschaftlicher Vielfalt umgehen? Ist es möglich, Differenzen zwischen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und dennoch für Gleichheit einzustehen? Die Antworten auf diese Fragen bestimmen ein großes Stück weit auch den Umgang mit Migration in Österreich.

Die Macht der Differenz

Vielfalt basiert auf der Unterschiedlichkeit von Menschen. Differenzen, vor allem im Zusammenhang mit Migrationshintergrund, Klasse oder Geschlecht, wirken schon sehr früh prägend auf die Biografie. Die nicht österreichische Herkunft als Differenz geht über unterschiedliche Lebensstile weit hinaus. Vegane Ernährung markiert Differenz in Form eines differenten Lebensstils, hat jedoch kaum sozial relevante Auswirkungen auf

die Biografie eines Menschen. Keinen österreichischen Pass zu besitzen markiert hingegen eine Differenz, die Probleme wie Diskriminierung, Rassismus oder Ungleichbehandlung nach sich ziehen kann.

Für die berufliche Entwicklung, die schulischen Bildungschancen oder die Positionierung innerhalb der Gesellschaft ist diese Differenz äußerst relevant. Differenzen sind nicht machtfrei. Sie bedeuten für Menschen, die wir als „anders“ wahrnehmen, oft Benachteiligungen. MigrantInnen sind zum Beispiel überproportional stark von Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Qualifikationen werden vielfach nicht anerkannt. Gleiches gilt für Menschen mit einer sexuellen Orientierung, die vom Mainstream abweicht, und auch für Personen mit psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen. „Ursache für diese Diskriminierungen ist häufig nicht einfach individuelles, etwa rassistisch motiviertes Fehlverhalten“, so Robert Reithofer vom **Verein Innovative Sozialprojekte** (ISOP), „sondern ein strukturelles Ausgrenzungsmuster gegenüber Menschen, die bestimmten Gruppen angehören und damit ‚anders‘ sind.“

„Wir“ und „die anderen“

Individuen oder Gruppen auf eine bestimmte Differenz wie beispielsweise den Migrationshintergrund festzulegen geht einher mit der Konstruktion von „wir“ und „die anderen“. Wir neigen dazu, Menschen, die vom Mainstream abweichen, als „die anderen“ zu bezeichnen und „uns“ als national einheitliche Ge-

BUCHTIPP

Katharina Scherke (Hrsg.):
Spannungsfeld
„Gesellschaftliche Vielfalt“
Begegnungen zwischen
Wissenschaft und Praxis
transcript Verlag,
236 Seiten, 2015, € 32,99
ISBN: 978-3-8376-2964-4



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

sellschaft. Die „anderen“ werden zumeist als homogene Gruppe angesehen, während das „Wir“ bunt und vielfältig ist.

Individualität verkannt

Dieser Zugang verkennt die Individualität von Menschen und steht der Akzeptanz von Vielfalt massiv im Weg. So werden beispielsweise MigrantInnen kollektiv als ungelernete Hilfskräfte in eine Schublade gesteckt – unabhängig von ihren tatsächlichen Qualifikationen. Um die Schublade zu schließen, werden im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse einfach nicht anerkannt. „Fakt ist“, so Reithofer, „dass es das ‚Wir‘ und ‚die anderen‘ real nicht gibt. Migrantinnen und Migranten sind so vielfältig wie Österreicherinnen und Österreicher.“ Wer „die anderen“ sind, ist abhängig davon, wo wir gerade unser Augenmerk hinwenden. „Als ich Anfang der Neunzigerjahre mit Antirassismuserbeit in Österreich begonnen habe, lag das Augenmerk auf schwarzen Menschen, die angeblich so anders seien. Das ist abgelöst worden durch die



Das eigentliche Problem ist sicherlich nicht die Zuwanderung, sondern der Umgang mit Vielfalt.

plötzliche internationale Fokussierung auf den Islam“, erzählt der Menschenrechtsexperte Dieter Schindlauer. Unlängst hat er in einem Antirassismus-Seminar im Justizbereich von einem Teilnehmer gehört: „Die Schwarzen sind eh ganz gut ausgebildet, da haben wir keine Probleme. Aber die Tschetschenen, die sind das eigentliche Problem!“ Die Mode hat also umgeschlagen, das Bummerl hat jemand anderer zu tragen. „Wir merken gar nicht, dass wir dasselbe vor zehn Jahren über andere Gruppen gesagt haben, die wir jetzt ganz normal finden“, so Schindlauer.

Migration ist Alltag

„Die anderen“ sind aber längst keine Fiktion einer befristeten Gastarbeiterpolitik mehr, sondern im Alltag verankert. Der österreichische Blick auf Integration ist stark geprägt von der Vorstellung, dass Zuwanderung die Ausnahme ist und nur ein kurzfristiges Phänomen darstellt. Dieses Bild hat nichts mit der Realität zu tun. Gewollt oder nicht – Migration ist Alltag. „Es muss sich rasch was tun, um den vielfältigen Bedürfnissen von Menschen in einer Migrationsgesellschaft gerecht zu werden“, alarmiert der Menschenrechtsexperte. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Branchen, weltweite Fluchtbewegungen, die auch Österreich erreichen, Familiennachzug sowie sich vertiefende Prozesse der Globalisierung und Prekarisierung und damit einhergehende Mobilität werden eher zu- als abnehmen. Österreichische Politik verkennet diese Entwicklungen. „Wir wollen hoch qualifizierte Leute über die Rot-

Weiß-Rot-Karte nach Österreich holen, die anderen sollen draußen bleiben. Damit verlassen wir uns darauf, dass Immigration ausschließlich über das Asylwesen und über illegale Wege verläuft“, beklagt Schindlauer. Die Hilflosigkeit im Umgang mit Vielfalt manifestiert sich auch in der Sprache. „Wir sprechen in Europa von Lastenverteilung. Gemeint ist: Wo sollen die Menschen hin?“ Schindlauer betont den fehlenden Pioniergeist im Umgang mit Vielfalt: „Wir fokussieren uns auf Probleme und vergessen dabei, die Potenziale zu nutzen.“ Hört die Einwanderungsgesellschaft etwa da auf, wo die Probleme anfangen?

Neue Antworten auf alte Fragen

„Das eigentliche Problem ist sicherlich nicht Zuwanderung“, ist der Menschenrechtsexperte überzeugt, „sondern neue Antworten auf bestimmte Phänomene zu finden.“ Die Arbeitswelt hat sich komplett verändert, Gesellschaften driften auseinander, ebenso Lebensstile. Wie gehen wir mit einer spürbaren globalen Vernetzung um? Wie gehen wir mit Verteilung um? „Das sind die Themen, die nur vorsichtig aufgegriffen werden, weil sie wahnsinnig viel an Nachdenken erfordern. Mehr noch: Sie erfordern ein Umdenken und Mut, sich von überholten Konzepten zu verabschieden“, sagt Schindlauer. Es brauche neue Orientierungen, aber es sei einfacher zu sagen: Die AusländerInnen können wir uns nicht leisten! „Wir müssen bald eine Entscheidung treffen, wie wir uns sehen und wie wir mit Vielfalt umgehen wollen“, so Schindlauer, andernfalls komme es zu

schweren Verlusten an Standards. „Wenn wir zulassen, dass mit Flüchtlingen alles Mögliche passiert, das mit Menschenrechten nichts mehr zu tun hat, dann gehen diese Standards nicht nur für ‚die anderen‘ verloren, sondern für alle. Das kennen wir aus der Geschichte.“

Die Illusion vom Regenbogen

Vielfalt im Zusammenhang mit Migration ist kein Regenbogen-Thema. Es glitzert nichts, und so einen Schein zu erwecken ist verlogen. Laut Schindlauer bringe es nichts, nur das Gute an Migration hervorzuheben und zu wiederholen, dass alles gar nicht so schlimm sei. „Es bringt viel mehr, bei sich anzusetzen und sich zu fragen: Warum glaube ich, dass ein anderer Mensch so fundamental anders ist, dass er weg muss?“ Sich mit Vielfalt auseinanderzusetzen – als Individuum und als Staat – sei notwendig, um nicht ständig an Grenzen zu stoßen. „Na super, jetzt müssen wir Frauentoiletten einbauen. Jetzt müssen wir Kopftücher akzeptieren. Jetzt müssen wir unseren Speiseplan umstellen“, nennt Schindlauer Beispiele für einzelne Korrekturmaßnahmen. „Kommen wir doch in der Wirklichkeit an und richten die Sachen gleich so ein, dass sie funktionieren!“ Nicht bunt, nicht tanzend, sondern praktisch.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
steindlirene@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Hilfe für die, die es brauchen

Wer nicht krankenversichert ist, muss entweder für die Behandlung zahlen oder auf karitative Einrichtungen hoffen. Seit elf Jahren hilft AmberMed.

Christian Resei und Sophia T. Fielhauer-Resei
Freie JournalistInnen

Kein lindgrünes Stück Plastik im Scheckkartenformat und nicht wohlhabend = keine medizinische Hilfe. Von dieser bedrohlichen Gleichung sind in Österreich nur allzu viele Menschen betroffen, Erwachsene wie Kinder. Es ist ein heißer Tag, in einem kleinen Wartezimmer sitzen und stehen rund 40 Menschen, untergebracht in einer ehemaligen Lagerhalle. Die Tür steht offen, drinnen ist es drückend schwül. Leises Gemurmel, munteres Sprachgewirr, leicht gelangweilte Kinder, die lieber im Freien spielen würden. Es können Stunden vergehen, nicht jeder hat Geduld – die Stimmung entspricht durchaus der einer regulären Praxis, doch bei AmberMed (www.amber-med.at) in Wien-Liesing werden an vier Tagen in der Woche Menschen behandelt, die keine Krankenversicherung haben.

Breites medizinisches Angebot

Angeboten werden u. a. allgemeinmedizinische Untersuchungen, im Team sind zudem GynäkologInnen, NeurologInnen oder KinderärztInnen. Oft vergeht viel Zeit, weil auch DolmetscherInnen, die hier mitarbeiten, hinzugezogen werden müssen. Wer an Zahnschmerzen leidet, wird zumeist nicht bei AmberMed versorgt: „Wir schicken sie in der Regel ins Neunerhaus, die in Notfällen helfen, oder zu Zahnärzten, die sie kostenlos behandeln“, erklärt Carina Spak, die diplomierte Sozialarbeiterin ist und AmberMed seit 2009 leitet.

Hinter den Schicksalen der PatientInnen stehen nur zu oft tragische Geschichten. Spak berichtet von einem Mann, der über 20 Jahre in einer Firma gearbeitet hatte. Nach einem Arbeitsunfall konnte er seinen bisherigen Job nicht mehr ausüben, wurde arbeitslos und erkrankte, während er beim AMS gemeldet war, an Krebs. „Er ist mit dem Schläuchel am Bett geblieben und hat von dort seine AMS-Betreuerin angerufen“, erzählt Spak. Diese Frau hatte nichts Besseres zu tun, als den Bettlägerigen von der Krankenversicherung abzumelden, weil er zum vereinbarten Termin nicht persönlich beim AMS erschienen war. Sein Hausarzt kümmerte sich um ihn, behandelte ihn gratis und erhielt die nötigen Medikamente von AmberMed. Inzwischen ist der Mann wieder versichert.

Rund 100.000 Menschen in ganz Österreich sind nicht krankenversichert, schätzt das Rote Kreuz. Sicher ist, dass sie nicht in einem unselbstständigen regulären Arbeitsverhältnis sind, meist keiner legalen Arbeit nachgehen und nicht ins österreichische Sozialsystem integriert sind. Ohne legalen Job, auch kein geregeltes Leben – Arbeit nur fallweise und oft unter inhumanen, körperlich fordernden Bedingungen. Schmerzen werden verdrängt, medizinische Hilfe oft nur dann gesucht, wenn die Pein nicht mehr länger zu ertragen ist.

Beinahe alle AmberMed-PatientInnen leben auch in prekären Wohnverhältnissen: teure Kleinstunterkünfte, oft ohne Fließwasser und mit schlechten oder keinen Kochgelegenheiten. Ein

Leben ohne gesunde Ernährung und adäquate Bewegungsmöglichkeiten.

Derzeit behandelt AmberMed etwa 2.000 PatientInnen pro Jahr. Zwar ist der Migrationsanteil unter den Behandelten hoch, doch 2014 hat sich die Zahl der „echten ÖsterreicherInnen“, die versorgt werden müssen, verdoppelt. Waren es im Gründungsjahr 2004 noch 370 Menschen, die medizinisch betreut wurden, so hat sich das schlagartig verändert: „Es gab einen Hype von 2011 auf 2012. Wir gewannen einen Preis und FM4 machte uns damals zum Spendenprojekt für ‚Licht ins Dunkel‘. Das hat aber auch die Zahl der PatientInnen verdoppelt“, erzählt Leiterin Carina Spak.

Als das Projekt Amber am 12. Jänner 2004 vom Diakonie Flüchtlingsdienst gestartet wurde, war noch die medizinische Versorgung der zahlreichen Obdachlosen und nicht krankenversicherten Asylsuchenden das Ziel der Einrichtung. „Obdachlose kommen inzwischen nicht mehr zu uns, weil ich ihnen zu wenig Sozialarbeit anbieten kann. Wir können diese PatientInnen nicht zu einem Facharzt begleiten, sie benötigen intensive Betreuung und Motivationsarbeit, um Schritt für Schritt ins Leben zurückzufinden“, berichtet Spak.

Großteils durch Spenden finanziert

Schon seit August 2006 läuft die Einrichtung als Kooperation mit dem Österreichischen Roten Kreuz unter dem Namen AmberMed (ambulant-medizinische Versorgung, soziale Beratung, Medikamentenhilfe). Die Kooperation mit dem



Rund 100.000 Menschen sind in Österreich nicht krankenversichert und müssten deshalb für eine Behandlung beim Arzt bzw. einer Ärztin bezahlen.

Roten Kreuz funktioniere sehr gut, so Spak: „Wir kümmern uns um Inhaltliche, die Ärzte und das Finanzielle. Das Rote Kreuz stellt uns dafür die Räume und die Medikamente zur Verfügung.“ Darüber hinaus gibt es finanzielle Unterstützung von der Wiener Gebietskrankenkasse, dem Bundesministerium für Gesundheit und der Stadt Wien – ein großer Teil der Arbeit von AmberMed wird allerdings durch Spenden finanziert.

Vielfältige Ursachen

Selbst „Durchschnittsexistenzen“ kann es schnell treffen – Menschen, die lange im Ausland gelebt haben und nach Österreich zurückkehren, oder UnternehmerInnen, die in den Konkurs geschlittert sind. Viele Personen schämen sich, aufs Sozialamt zu gehen. Daneben sind auch „Totalverweigerer“, eine Gruppe, die bei AmberMed betreut wird. Carina Spak: „Eine unserer Patientinnen wollte einfach nichts vom Staat annehmen.“ Als die Frau dann schwanger wurde, konnte sie überzeugt werden, sich zum Wohle ihres Babys krankenversichern zu lassen. Andere werden mit Absicht von der Krankenversicherung abgemeldet: etwa Frauen, die sich wegen häuslicher Gewalt von ihren Ehemännern trennen wollen und die Versicherung dann als „Strafsanktion“ verlieren. Einen Rechtsanspruch, dass ein/e Ehe-PartnerIn mitversichert ist, gibt es nicht.

Im Warteraum von AmberMed führen StudentInnen derweil erste Gespräche, lokalisieren gesundheitliche Probleme. „Wir arbeiten mit der Sigmund Freud Privatuniversität zusammen. Es

gibt dort viele Studierende verschiedener Kultur- und Sprachkreise“, berichtet Spak. Mehr als 40 ÄrztInnen arbeiten hier ehrenamtlich, weitere 40 Freiwillige sind als HelferInnen, AssistentInnen oder DolmetscherInnen im Einsatz. Dazu koordinieren vier hauptberufliche MitarbeiterInnen das Team. Viele der MitarbeiterInnen wollen einfach helfen, ÄrztInnen etwas zurückgeben oder mit einer anderen Klientel als sonst zu tun haben und aus Gewohntem ausbrechen.

Doch die Arbeit ist nichts für sanfte Gemüter – bei AmberMed sind unter anderem sexuelle Gewalt gegen Frauen oder Kriegsgräuere Themen. Andere Fälle muten beinahe schon skurril an. Spak weiß von einer stillenden Mutter, die sich wunderte, weshalb ihr Baby ständig schreit und nicht einschläft: „Dann kamen wir drauf, dass die Mutter einhalb Liter Energydrink pro Tag zu sich nimmt – den hat sie dann abgesetzt und das Baby konnte endlich schlafen.“

Jeder hat das Recht, anonym zu bleiben – trotzdem werden Daten aufgenommen, um Befunde zuzuordnen. „Es wäre auch unklug, ein falsches Alter anzugeben, denn das würde die Diagnose beeinflussen“, erklärt Spak.

Bei schweren Erkrankungen ist es schwierig, eine/n PatientIn in ein Krankenhaus zu überweisen – zwar darf ein Spital niemanden abweisen, wenn es um Leben und Tod geht, doch die Auslegung ist höchst unterschiedlich. Steht eine Geburt bevor, müssen Spitäler die werdende Mutter aufnehmen. Die Leistung des Krankenhauses ist zwar nicht gratis, aber die Rechnung kann erst im Nachhinein ausgestellt werden. Ist das

Leben nicht unmittelbar bedroht, gibt es in der Regel ohne Geld oder E-Card plus Ausweis keine Behandlung – da bleibt die Verwaltung hart. Kleinere Eingriffe, etwa die Abnahme eines Gipses, können da schon verweigert werden. Spak: „Es wurde argumentiert, wenn der Patient den Gips behält, ist das nicht lebensbedrohlich.“ Allerdings sind die MitarbeiterInnen in der Aufnahme kein medizinisches Fachpersonal und „können oft nicht beurteilen, ob die Symptome vielleicht lebensbedrohlich sind“, kritisiert Spak.

Ehrenamtliche immer willkommen

Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sind bei AmberMed übrigens stets willkommen: Fast jeder medizinische Bereich ist gefragt – außer Psychotherapie, die dort einfach nicht geleistet werden kann. Carina Spak: „Bei uns können persönliche Skills und interkulturelle Kompetenzen trainiert werden. Auch wenn es manchmal mühsam ist, bleiben wir immer höflich.“

Internet:

Medizinische Behandlung für Unversicherte:
www.amber-med.at
www.neunerhaus.at
tinyurl.com/pmub6gj
 (Marienambulanz Graz)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
resei@gmx.de
sophia.fielhauer@chello.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Alle gleich vor dem Recht?

*Die Verfahrenshilfe soll sozial Schwachen den Zugang zum Recht erleichtern.
Die hohen Gerichtskosten in Österreich belasten den Mittelstand.*

Sonja Fercher

Chefin vom Dienst der Arbeit&Wirtschaft

Einen Anwalt muss man sich halt auch leisten können. „Aussagen wie diese hört man immer wieder. Doch wie weit her ist es mit der Gleichheit der BürgerInnen vor dem Gesetz, wenn es von den finanziellen Ressourcen abhängt, ob man zu seinem Recht kommt? In der Tat zwingt ein oftmals schwer abschätzbares finanzielles Risiko eines Verfahrens manche dazu, ihre Rechte nicht wahrzunehmen. Just aus diesem Grund gibt es in einem Rechtsstaat Erleichterungen für die Betroffenen, um ihre Rechte in einem fairen Verfahren sicherzustellen: die sogenannte Verfahrenshilfe.

Die gesetzliche Grundlage dafür existiert sogar schon seit über 200 Jahren, eingeführt wurde sie unter dem Titel „Armenrecht“. Ob im Zivil-, Straf- oder Verwaltungsstrafverfahren: Mit der Verfahrenshilfe soll sichergestellt werden, dass der Zugang zum Recht allen möglich ist und niemand an finanziellen Hürden scheitert. Erst kürzlich erklärte es im Übrigen der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig, dass man bei verwaltungsrechtlichen Verfahren keine Verfahrenshilfe beantragen kann – ein Spruch, der sowohl in der Arbeiter- als auch in der Anwaltskammer (ÖRAK) begrüßt wird.

Grundlage Vertrauen

Fast 23.000 Menschen haben im Jahr 2013 Verfahrenshilfe zugesprochen bekommen. Große Kanzleien wie Schönherr Rechtsanwälte haben eine eigene Abteilung, welche für die über 100 Anwälte

und Anwältinnen die Verfahrenshilfe-Verfahren übernimmt. Bei Schönherr sind Anwältin Klara Jaroš und der Konzipient Matthias Cernusca für diese Fälle zuständig. Meist haben sie mit Strafverfahren zu tun, die laut ÖRAK drei Viertel der Verfahrenshilfe-Fälle ausmachen. Ihre Aufgaben reichen dabei von Besuchen der Beschuldigten in Untersuchungshaft oder dem Stellen von Enthaltungsanträgen über die Inaugenscheinnahme von Tatorten bis hin zu Kooperationen mit SozialhelferInnen. Oft betreuen sie auch Fälle von jugendlichen StraftäterInnen. Besonders wichtig sei es, Vertrauen zu den KlientInnen aufzubauen. „Das ist die Grundlage für unsere Arbeit. Da wir vom Gericht bestellt werden, bringen uns die Klienten manchmal Misstrauen entgegen. Wir wählen aber unsere Verteidigungsstrategie nur nach deren Wünschen“, betont Cernusca.

Derzeit betreut Jaroš Abteilung zehn laufende Verfahren. Doch werden Verfahrenshilfe-Fälle wirklich gleich behandelt wie jene Fälle der zahlenden MandantInnen? Neben einer moralischen Verpflichtung gibt es eine explizite Regelung in der Rechtsanwaltsordnung, die sicherstellen soll, dass bei der Verfahrenshilfe der gleiche Sorgfaltsmaßstab anzulegen ist wie bei anderen. Dennoch wird häufig kritisiert, dass dies durch den Kostendruck und die fehlende Fachkompetenz nicht der Fall sei. Zwar gäbe es sicherlich „schwarze Schafe“ unter den KollegInnen, meint Jaroš, verallgemeinern lasse sich die Kritik aber keinesfalls.

Ein Problem sieht die Rechtsanwältin darin, dass sie erst in einem relativ späten Stadium eines Verfahrens beige-

BUCHTIPP

Peter Kolba, Anne Marie Kosesnik-Wehrle, Hans Peter Lehofer:

Ihre Rechte als Konsument

UWG – Vertragsfallen und Rücktrittsrechte – Produkthaftung und Schadenersatz – E-Commerce
ÖGB-Verlag, 500 Seiten, 2015, € 29,90
ISBN: 978-3-99046-110-5



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

zogen werde. Zwar werden die Beschuldigten über das Recht der Beiziehung eines Rechtsbeistandes aufgeklärt, gerade Jugendlichen sei aber oft nicht bewusst, welche Tragweite es haben kann, wenn sie ohne Rechtsbeistand eine Aussage machen. Wenn die erste Vernehmung ohne VerteidigerIn stattfindet, macht dies „einen Riesenunterschied fürs Verfahren“, so Jaroš.

Viele unentgeltliche Angebote

Die Verfahrenshilfe ist nicht die einzige Leistung, die man in Anspruch nehmen kann, viele sind unentgeltlich. Darunter fällt etwa die Erstberatung des anwaltlichen Journaldienstes, welcher 24 Stunden am Tag erreichbar ist – insbesondere bei Festnahmen. Außerdem gibt es den Amtstag an den Gerichten, an dem sich BürgerInnen gratis beraten lassen können. In arbeitsrechtlichen Angelegenheiten und beim KonsumentInnenschutz stehen Arbeiterkammern und Gewerkschaften ihren Mitgliedern zur Seite.



Ein oftmals schwer abschätzbare finanzielles Risiko eines Verfahrens zwingt manche dazu, ihre Rechte nicht wahrzunehmen.

Aber reicht all das aus, um den gleichen Zugang zum Recht zu gewährleisten? Ein Problem sehen viele in den in Österreich verhältnismäßig hohen Gerichtsgebühren. „Diese schrecken Menschen ab, gerade, wenn es um kleinere Beträge geht“, weiß Gabriele Zgubic. Sie leitet die Abteilung KonsumentInnen-schutz in der AK Wien, bei der sich ArbeitnehmerInnen beraten lassen können. Als Beispiel für kleinere Fälle nennt sie Gewährleistungen. Das Risiko, dass man später mit mehr Kosten aussteigt, ist in diesen Fällen hoch. „Teuer wird es zum Beispiel, wenn Sachverständige oder Gutachter nötig sind“, erzählt Zgubic.

Ähnliches weiß auch Volker Frey aus seinem Arbeitsalltag zu berichten. Der Jurist arbeitet beim Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsoffern. „Wenn man beispielsweise 1.000 Euro einklagt, sind die Kosten schon nach zwei Verhandlungstagen höher“, illustriert er das Problem. Dies könne bei Fällen wie etwa Einlassverweigerungen in Diskotheken oder bei Verstößen gegen die Barrierefreiheit dazu führen, dass die Betroffenen von einer Klage absehen.

Österreich sei im EU-Vergleich „Spitzenreiter“ bei den Gebühren, kritisiert die Anwaltskammer. In ihrem Wahrnehmungsbericht aus dem Jahr 2013 kritisiert die Kammer, dass dies vielen den Zugang zur Justiz erschweren würde. Im Interview hebt Präsident Rupert Wolff positiv hervor, dass die Gebühren im Familien- und Scheidungsrecht mit 1. Juli 2015 gesenkt wurden. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, so der Anwalt.

In ihrem Wahrnehmungsbericht hält die ÖRAK fest, dass sie schon „seit Jahren“ kritisiere, dass der Zugang zur Justiz „stark beschränkt“ werde. Einen Beleg sieht sie in der sinkenden Zahl an Fällen vor Gericht. „Die hohe Gebührenbelastung hat mittlerweile dazu geführt, dass Rechtsuchende genau prüfen müssen, ob sie sich den Gang zu Gericht überhaupt leisten können“, heißt es im Bericht. Dies treffe vor allem die breite Mittelschicht, die eine Klage eben nicht aus der eigenen Tasche zahlen könnte, zugleich aber keinen Anspruch auf Verfahrenshilfe habe. „Wenn man an der Grenze des Mindestlohns verdient, hat man es leichter, als wenn man 2.500 Euro brutto verdient“, so Wolff. „Das ist eine echte Hürde, und die Leute überlegen es sich, ob sie vor Gericht gehen.“ Zugleich kritisiert er die in Österreich fehlende Deckelung, die wiederum bei großen Streitwerten ebenfalls eine Abschreckung darstellen könne – und zwar für UnternehmerInnen. Eine Senkung der Gebühren könne auch den Wirtschaftsstandort stärken, findet er. Er plädiert für mehr Innovation in der Justiz. „Man könnte beispielsweise Schiedsverfahren oder Online-Mediationsverfahren ausbauen. Die Justiz täte gut daran, Online-Gerichtsverfahren anzubieten“, findet Wolff.

Zusammen sind wir stark

Eine weitere wichtige Institution ist die Sammelklage österreichischer Prägung. Diese Möglichkeit zur Geltendmachung von Massenschäden ist in den letzten Jahren besonders durch prominente Beispiele wie etwa die Klage des VKI im Namen

von geschädigten AnlegerInnen gegen die AWD bekannt geworden. Bedingung für eine solche Sammelklage ist es, dass die Sachverhalte ähnlich sind. In einem solchen Fall können die Geschädigten ihre Ansprüche beispielsweise an die AK oder den VKI abtreten. Diese wiederum bringen für die Betroffenen gesammelt Klage ein. Die Idee dahinter: Durch die Bündelung der Forderungen kann das Prozessrisiko minimiert werden. Mit der gesammelten Beurteilung der Rechtsansprüche soll sich die Qualität der Betreuung verbessern. Aber auch die Prozesskosten können verringert oder durch Einschaltung eines Prozessfinanzierers sogar gänzlich ausgeschaltet werden. Damit können KleinanlegerInnen mit den Finanzriesen „auf Augenhöhe mit gleichen Waffen fechten“, wie Paul Oberhammer von der Universität Wien im Gutachten „Kollektiver Rechtsschutz in Anlegerklagen“ schreibt. AK-Expertin Zgubic wünscht sich weitere Verbesserungen: Noch ausständig aus dem Regierungsübereinkommen sei die Einführung einer Gruppen- oder Sammelklage.

Internet:

Anwaltlicher Journaldienst:
tinyurl.com/op7hnhg

Wahrnehmungsbericht der ÖRAK 2014/15:
tinyurl.com/po6c9xl

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Umweltschädling Ungleichheit

Gleichheit ist besser für die Umwelt. Ungleichheit wiederum kann zu Verzicht zwingen, der zwar ressourcenschonender ist, aber auch ins soziale Ausführen kann.

Susanne Wolf

Freie Journalistin und Autorin

Bewusst konsumieren, Müll vermeiden, Ressourcen schonen – all das fällt unter den Begriff Nachhaltigkeit. Eine wachsende Zahl an KonsumentInnen will diese Ziele in ihren Lebensalltag integrieren und achtet beim Einkauf auf regionale Produkte oder kauft lieber auf lokalen Märkten statt in großen Lebensmittelketten.

Viele lassen sich allerdings von vermeintlich höheren Ausgaben abschrecken: Bio da, Fairtrade dort – auf den ersten Blick scheint nachhaltiger Konsum teuer und damit unerschwinglich. „Es stimmt schon, dass Bio- oder Fairtrade-Produkte in den meisten Fällen mehr kosten“, sagt Ludger Heidbrink, deutscher Philosoph mit Forschungsschwerpunkt Klimawandel und Nachhaltigkeit. Er gibt jedoch zu bedenken: „Durch bewussten Konsum lässt sich auch wieder Geld einsparen – etwa indem ich mir immer wieder die Frage stelle: ‚Brauche ich das wirklich?‘“

Nachhaltigkeit versus Konsum

Heidbrink bringt es auf den Punkt: Nachhaltiger Konsum muss nicht zwangsläufig teuer sein. Hochwertige Produkte lassen sich durch den Verzicht auf andere ausgleichen. Wer sich etwa dafür entscheidet, weniger Fleisch zu essen, kann sich dafür das eine oder andere Stück in Bio-Qualität leisten. Auch durch den Kauf von hochwertigen, langlebigen Produkten lässt sich langfristig Geld einsparen. Und die sogenannte Sharing Economy, bei der

das Tauschen und Teilen von Produkten und Dienstleistungen – Beispiel Carsharing – im Vordergrund steht, hilft gerade einkommensschwächeren Familien. Verzicht zu müssen kann in unserer konsumorientierten Gesellschaft allerdings zum Nachteil werden. Laut einer Studie der Wiener Arbeiterkammer müssen sozial benachteiligte Gruppen oft aus finanziellen Gründen ihren Konsum reduzieren. Das zieht zwar einen geringeren Ressourcenverbrauch nach sich, kann aber zu sozialem Ausschluss führen.

Belastende Alltagsfahrten

Sind also gut verdienende Bevölkerungsgruppen, die sich nachhaltigen Konsum leicht leisten können, besser für die Umwelt? Wie eine Studie des VCO aus dem Jahr 2009 zeigt, stimmt diese Vermutung nicht. Ein österreichischer Haushalt des obersten Einkommensviertels erzeugt demnach fast viereinhalbmal so viele CO₂-Emissionen wie ein Haushalt des untersten Einkommensviertels, und zwar durch Alltagsfahrten mit Auto und öffentlichem Verkehr (Flugreisen sind in dieser Rechnung nicht berücksichtigt).

Die britischen SozialforscherInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett kommen in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück“ zu dem Schluss, dass Ungleichheit in ökologischer Hinsicht problematische Auswirkungen hat. Wilkinson und Pickett zufolge erhöht soziale Gleichheit das Gefühl der Verantwortlichkeit zwischen den Menschen, was tendenziell auch zu mehr Umweltbewusstsein führt. Ihre Forschungen legen nahe, dass soziale Ungleichheit die Beziehung des Men-

BUCHTIPP

Ludger Heidbrink:
Die Verantwortung des Konsumenten
Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum
Campus Verlag, 329 Seiten,
2011, € 34,90
ISBN: 978-3-5933-9537-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

schen nicht nur zur Gesellschaft, sondern zur Welt im Allgemeinen verschlechtert. So schneiden Länder mit großer Ungleichheit etwa beim Abfallrecycling schlechter ab als Länder mit gerechterer Aufteilung. Staaten mit größerer Einkommensgerechtigkeit geben einen höheren Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe aus. Auch im Rahmen des Forschungsprojekts „Feasible Futures“ des Österreichischen Klima- und Energiefonds wurden Belege einer negativen Umweltwirkung von sozialer Ungleichheit erbracht.

Gleichheit schont Umwelt

Ein Beispiel ist der Anteil von Radfahrten gemessen in Kilometern pro Person und Jahr im Vergleich zu anderen Fahrten: je größer die Einkommensgerechtigkeit, desto höher ist die Bedeutung des Radfahrens, und zwar unabhängig vom Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in einem Land. „Umgekehrt hängt auch die Kfz-Dichte stark von der Einkommensverteilung ab: je größer die Gleichheit, desto



Soziale Gleichheit erhöht das Gefühl der Verantwortlichkeit zwischen den Menschen, was tendenziell auch zu mehr Umweltbewusstsein führt.

weniger Kfz“, heißt es in der Studie. Global gesehen herrscht ein großes Ungleichgewicht bei Umweltthemen, etwa beim weltweit wachsenden Fleischkonsum. Während Menschen in China und Indien dem westlichen Vorbild folgend immer mehr Fleisch verzehren, werden in Brasilien große Teile des Regenwaldes für den Sojaanbau gerodet – allein das kleine Österreich importiert jährlich rund 550.000 Tonnen Soja für Tierfutter. 70 Prozent der weltweit gerodeten Regenwaldflächen werden heute für Weiden und die Produktion von Nutztierfutter eingesetzt. Die Folgen für Entwicklungsländer sind schwerwiegend: Je mehr Getreide Bauern für den Futtermittelexport anbauen, desto weniger Produktionsflächen bleiben ihnen für die eigene Nahrungserzeugung.

Ungleiche Klimaerwärmung

Auch der Klimawandel zeigt die wachsende Ungerechtigkeit zwischen reichen und armen Ländern: Die Folgen der Klimaerwärmung, die in erster Linie auf das Konto von Industrieländern wie den USA oder China gehen, haben vor allem Menschen in Entwicklungsländern zu tragen. Diese Länder haben weniger Möglichkeiten als reiche Nationen, durch Schutzmaßnahmen die Folgen klimatischer Veränderungen zu bewältigen. Die afrikanischen Länder trifft der Klimawandel besonders hart: Dürreperioden nehmen zu und die Wüsten weiten sich auf bisher fruchtbare Gebiete aus. Trinkwasser wird immer knapper und die Ernten der Landwirte gehen zurück. In küstennahen Gebieten der Erde tritt das Gegenteil ein:

Rund die Hälfte der Bevölkerung Asiens lebt in Küstennähe und ist daher vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht.

Der Weltklimarat IPCC warnt in seinem neuen Sachstandsbericht vor einem Anstieg der Meeresspiegel, der um ein Drittel höher sein wird als bislang prognostiziert. „Während sich die Ozeane erwärmen und Gletscher und Eisdecken schmelzen, wird der globale Meeresspiegel weiter steigen, schneller, als wir es in den letzten 40 Jahren erlebt haben“, sagte Qin Dahe, einer der Autoren des Berichts. Bereits 2008 hat der Präsident des pazifischen Inselstaates Kiribati bei Australien und Neuseeland offiziell um die Anerkennung seiner mehr als 100.000 BürgerInnen als permanente Flüchtlinge angesucht. Der Grund: Der steigende Meeresspiegel wird bis spätestens Ende dieses Jahrhunderts den Inselstaat überflutet haben. Zwei unbewohnte Inseln des Kiribati-Archipels sind bereits im Meer versunken.

Ein voranschreitendes Abschmelzen der Himalaja-Gletscher wiederum stellt für 1,3 Milliarden Menschen in Asien eine Bedrohung dar. Denn diese Gletscher speisen sieben der großen Flüsse Asiens mit Süßwasser und sind damit überlebenswichtig für die Menschen. Hier gilt es zwei Fragen zu beantworten: Wie geht man zunächst mit zu viel Wasser und in weiterer Folge mit zu wenig davon um?

Nachhaltige Entwicklungsziele

Im Jahr 2015 laufen die im Jahr 2000 beschlossenen Millennium Development Goals der Vereinten Nationen aus. Auf-

bauend auf diesen Entwicklungszielen arbeitet eine Arbeitsgruppe der UNO zurzeit an den Sustainable Development Goals (Nachhaltige Entwicklungsziele). Stand bei den Millenniums-Zielen die soziale Entwicklung im Mittelpunkt, so soll es nunmehr das Thema Nachhaltigkeit sein. Ein wesentlicher Punkt in der Ausgestaltung der Ziele ist die Wahrung von Menschenrechten. Um die Menschen mit den Zielen besser ansprechen zu können, sollen die neuen Ziele zudem eine starke regionale Dimension bekommen.

Zu den Nachhaltigkeitszielen gehören: Sicherung und nachhaltiges Management von Wasser, sanitären Einrichtungen und Abwassersystemen, Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen, der Schutz der Ökosysteme, nachhaltige Nutzung der Forste, Wiederbelebung von unfruchtbarem Land und die Rettung der Artenvielfalt sowie die Sicherung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsstrukturen. Insgesamt wurden 17 Ziele formuliert, die auf einem UN-Gipfel in New York kommenden September fixiert werden sollen.

Internet:

AK-Studie „Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit“:
tinyurl.com/nuybkcw

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
susannewolf@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Never Ending Story

Ob Standesunterschiede, Gender Gap oder digitale Kluft: Ungleichheit ist ein altes Phänomen. Was sich ändert, sind die Erscheinungsformen und Reaktionen darauf.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Gottgewollte, „natürliche“ Unterschiede oder nicht akzeptable Ungleichheit? Mit dieser Differenzierung hielten sich die meisten Gelehrten von der Antike bis zur Neuzeit nicht lange auf. Die Teilung der Gesellschaft in Arme und Reiche, Freie und Sklaven, Herrscher und Untertanen galt gewissermaßen als Naturerscheinung.

Im Sinne des christlichen Glaubens versuchte man zwar, durch Mildtätigkeit und Almosen für Waisen, Arme und Kranke das Leid und den Hunger zu lindern – beziehungsweise Bonuspunkte für den Eintritt ins Himmelreich zu sammeln. Doch bereits am Ende des Mittelalters wurde zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen unterschieden: Erstere waren unverschuldet in Not geraten, während Letztere ihr Unglück selbst verschuldet hatten. „Einheimische, Arbeitswillige, aber Arbeitsunfähige, Verschämte, in die Ordnung integrierte waren ‚gut‘ [...] Fremde, Arbeitsunwillige, aber Arbeitsfähige, Faule, sich der Ordnung Entziehende oder gegen sie Agierende erhielten das Etikett ‚böse‘“, schreibt der Historiker Helmut Bräuer im Buch „Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs“.

Soziale Umwälzungen

Kinderarbeit war lange Zeit durchaus an der Tagesordnung. Zum Teil mussten schon Fünfjährige arbeiten, etwa beim Spitzenklöppeln. Dies legitimierte man etwa damit, dass sie frühzeitig an die Ar-

beitswelt gewöhnt werden sollten, Waisenkinder trugen so zu ihrem eigenen Lebensunterhalt bei. Der Gedanke, dass Ungleichheit und Armut bekämpft bzw. verhindert werden sollten, wurde erst im 18. Jahrhundert durch die Aufklärung populär, die unter anderem die bisherige Gesellschaftsordnung infrage stellte. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde in Großbritannien und den USA die Sklaverei verboten. Innerhalb von Afrika allerdings florierte der Sklavenhandel bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. So konnte auf den Feldern und in den Bergwerken der Kolonien maximaler Profit erzielt werden. Noch in den 1960er-Jahren schätzte man, dass in Afrika ein Viertel der Beschäftigten zur Arbeit gezwungen und wie Sklaven behandelt wurde.

Doch zurück nach Europa: Die industrielle Revolution mit den gravierenden Veränderungen der Produktionsmethoden sorgte für extreme soziale Umwälzungen. Durch die neuen fabrikmäßigen Maschinenspinnereien verloren ab ca. 1801 allein im heutigen Niederösterreich innerhalb von zehn Jahren rund 90.000 Menschen ihre Arbeitsmöglichkeiten. In dieser Zeit entwickelte Karl Marx seine Theorie der kapitalistischen Gesellschaft mit unversöhnlichen Klassegegensätzen, eine Gesellschaft des Elends, der Ausbeutung und Entfremdung. 1867 entstand „Das Kapital“.

Erst ab etwa 1870 zeigten sich die positiven Auswirkungen der Industrialisierung, Löhne und Lebenserwartung stiegen allmählich. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung begannen Früchte zu tragen: Später wurden Unfall- und Krankenversicherung eingeführt. Sozial- und

BUCHTIPP

Daron Acemoglu,
James A. Robinson:
Warum Nationen scheitern
Die Ursprünge von Macht,
Wohlstand und Armut
Fischer Verlag, 608 Seiten,
2013, € 15,50
ISBN: 978-3-596-19558-9



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

Transferleistungen bewirkten, dass Kinderreichtum, Krankheit und Alter für die große Masse der „Werk tätigen“ nicht mehr automatisch soziale Ausgrenzung, Elend und die Abhängigkeit von Almosen bedeuteten.

Neue Herausforderungen

Soziale Ungleichheit besteht dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung in sozialen Beziehungsgefügen von den „wertvollen Gütern“ einer Gesellschaft regelmäßig weniger als andere erhalten – so die Definition des deutschen Soziologen **Stefan Hradil**. Zu den wertvollen Gütern zählen unter anderem auch Wissen oder persönliche Autonomie. Für liberal oder konservativ gesinnte WissenschaftlerInnen stellt Ungleichheit bis heute einen unverzichtbaren Leistungsanreiz dar. Sie argumentieren, dass das Gefühl von Ungleichheit ein wichtiger Antrieb für Kreativität und Wirtschaftswachstum wäre.

Anfang der 1970er-Jahre entstand mit der Wohlfahrtsökonomie ein neuer Teilbereich der Volkswirtschaftslehre.



Neues aus der SOZAK

Als Netz besser in der Krise

Wenn BetriebsrätInnen gegen Unternehmenskrisen vorgehen, ist das wohl deren schwerste Aufgabe. Es gibt jedoch einen Ratgeber, der sie dabei unterstützt.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Seit 2008 vergeht kein Tag, an dem nicht einmal das Wort „Krise“ ausgesprochen wird: Finanzkrise, Wirtschaftskrise. Krise in Griechenland, in Spanien, in Portugal, in Italien. Man liest von Krisengipfeln, Krisengesprächen und Krisenländern, hört von Krisenplänen und Maßnahmen gegen die Krise. Das Wort „Krise“ stammt – ironischerweise – vom griechischen Wort κρίσις (krísis), das ursprünglich so viel wie „Beurteilung“ oder „Entscheidung“ meinte. Später wurde dem Wort die Bedeutung „Zuspitzung“ zugeordnet.

In Zeiten wie diesen, in denen sich die Medien vor allem auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008 stürzen, werden oft die Folgen auf mikroökonomischer Ebene außer Acht gelassen. In den heimischen Betrieben und Unternehmen können BetriebsrätInnen die Zuspitzung der Situation spätestens daran ablesen, dass bei Meetings Wörter wie „Kosteneinsparungen“ und „Kostenoptimierung“ fallen – die meist im „Personalabbau“ enden.

Im Jahr 2013 hatten es sich Thomas Giner, Manfred Scherer, Hermann Edler, Friedrich Schinagl und Roland Wastian im Rahmen ihrer SOZAK-Projektarbeit zur Aufgabe gemacht, Krisensituationen in Unternehmen zu beleuchten und einen umfangreichen Ratgeber für PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen zu erstellen, der sie durch wirtschaftlich und finanziell düstere Zeiten des Unternehmens begleiten soll. Denn BetriebsrätInnen sind durch ihre Vorbildfunktion gezwungen, vorzeitig und besonnen zu agieren und vor allem keine unnötige Panik unter der Belegschaft entstehen zu lassen. Meist kursieren bereits Gerüchte im Betrieb, noch bevor die Unternehmensleitung offiziell Stellung nehmen konnte. Das wiederum schafft Verunsicherung unter den ArbeitnehmerInnen. Eine weitere Herausforderung ist die unterschiedliche Wahrnehmung von BetriebsrätInnen und UnternehmerInnen in Krisenzeiten. Für BetriebsrätInnen ist es die wichtigste und zugleich größte Herausforderung, sich mit der Geschäftsleitung auf eine Basis zu einigen, die auf gegenseitigem Vertrauen, Loyalität und Transparenz beruht.

Damit BetriebsrätInnen die richtigen Schritte überhaupt setzen können, müssen sie sich in einem ersten Schritt der Situation bewusst werden. Vor allem müssen sie rechtzeitig erkennen, was eine Krise überhaupt ist. Denn wenn ein Unternehmen von einer Krise spricht, kann dieses Wort kurzfristige Beeinträchtigungen bedeuten oder aber eine Insolvenz. Erstere sind oft nur saisonale Phänomene und können teilweise sogar einkalkuliert werden und somit durch kluge Geschäftspolitik und geschickte Planung überwunden werden. Dies ist aber selten der Fall.

Wann ist eine Krise eine Krise?

Eine „richtige“ Krise wird meist durch unvorhergesehene Entwicklungen hervorgerufen, die die Stabilität und in Folge auch den Fortbestand des Betriebes ins Wanken bringen können. Im schlimmsten Fall führt sie die Belegschaft in die Arbeitslosigkeit. Daher ist es die wichtigste Aufgabe von BetriebsrätInnen, die Situation richtig einzuschätzen, um rechtzeitig Maßnahmen zur Rettung der Belegschaft und gleichzeitig auch des Unternehmens setzen zu können. Die ersten Anzeichen müssen unbedingt

erst genommen werden, da man sonst an Lösungsmöglichkeiten verliert: Je früher man einer Krise entgegensteuert, desto mehr kann man einen radikalen Umbau vermeiden.

Eine Unternehmenskrise lässt sich in drei Phasen einteilen, wie die BetriebsrätInnen in ihrer Arbeit darlegen. Die Situation des Betriebs wird in der sogenannten Strategiekrise auf eine harte Probe gestellt, die unter anderem auch durch externe Faktoren wie Konjunkturreinbruch, Marktverschiebungen oder politische Veränderungen herbeigeführt wird. In dieser Zeit werden die betrieblichen „Erfolgspotenziale“ wie beispielsweise Produktqualität, Marktposition, das Markenimage oder Wettbewerbsvorteile eingeschränkt oder gemindert, es können allerdings durchaus noch Gewinn und Umsatz erzielt werden. Die Herausforderung: Aus einer Bilanz kann man die Strategiephase nicht auf den ersten Blick erkennen, dafür müsste man auf Krisenindikatoren wie stockende Produktentwicklung, Abnahme der Produktqualität, sinkende Auftragslage, steigende Lagerbestände oder Fluktuation unter der Belegschaft achten.

Folgen auf die ersten Krisenindikatoren keine Gegenmaßnahmen, führt die Strategiephase zur Ertragskrise. Wie der Name schon sagt, schmälert diese in weiterer Folge die Erträge des Betriebes. Anzeichen der Ertragskrise sind beispielsweise das Sinken des Umsatzes, der Produktivität oder von Gewinn- und Rentabilitätswerten. Infolgedessen werden oft die Bilanzen verschönt, indem Rückstellungen aufgelöst oder Anlagevermögen verkauft werden. Die Geschäftsführung greift zu ersten Einsparungsmaßnahmen, beginnt die Sozialleistungen der MitarbeiterInnen zu kürzen.

Diese Ertragskrise ist sehr wohl in der Bilanz erkennbar und fordert augenblickliche Reaktionen, bevor der zeitliche und finanzielle Rahmen immer kleiner wird. Wenn diese Phase länger andauert, gerät das Unternehmen in die nächste Krise: die Liquiditätskrise. Anfangs können temporäre finanzielle Schwierigkeiten mit Verpfändungen oder Umschuldungen ausgeglichen werden, richtig gefährlich wird es dann, wenn die Zahlungsunfähigkeit zum permanenten Zustand wird und ein Insolvenzverfahren droht. Indikatoren der Liquiditätskrise sind ein negativer Cashflow,

keine oder verspätete Auszahlung der Löhne und Gehälter, Überstundenstopp oder Zwangsurlaub, Verlust von KundInnen, Häufung von Mahnungen. Wenn nun auch die Öffentlichkeit auf die Zahlungsunfähigkeit des Betriebs aufmerksam wird, ist eine Imagekrise unvermeidlich.

Sensibilisierung notwendig

Die wichtigste Voraussetzung, um Krisen vermeiden zu können oder glimpflich davonzukommen, ist eine frühe Erkennung ebendieser. Dies ist bei einer Strategiekrise, die durch innerbetriebliche Fehlentscheidungen oder externe Ursachen hervorgerufen wird, eine besondere Herausforderung. Denn diese ist nicht anhand von Zahlen messbar und es sind noch keine Auswirkungen erkennbar. Wird aber diese Phase nicht frühzeitig erkannt, führt dies zur Ertrags- und in weiterer Folge zur Liquiditätskrise.

So wie Kinder spüren, wenn die Eltern eine Ehekrise haben, merken MitarbeiterInnen im Grunde sehr schnell, wenn im Betrieb etwas nicht stimmt. Wenn LieferantInnen plötzlich nur gegen sofortige Bezahlung liefern oder die Lagerbestände steigen, spricht sich dies schnell herum. Dann sind die BetriebsrätInnen gefragt, die Belegschaft für alle Vorgänge, die auf eine beginnende Krise hinweisen, in Gesprächen regelmäßig zu sensibilisieren. In einer Krise wird auch deutlich, wie unumgänglich es für BetriebsrätInnen ist, mit den unterschiedlichsten Abteilungen gut vernetzt zu sein. Nur so nämlich können sie rechtzeitig Informationen über Veränderungen im Unternehmen erkennen und Gegenmaßnahmen planen.

Kommt es zur Ertragskrise, spürt das Unternehmen dies erstmals in den Zahlen. Hier kommt zum Tragen, dass der Betriebsrat Zugang zu internen Dokumenten wie Bilanzen, Kostenrechnungen und Liquiditätsplänen hat. Diese ermöglichen es ihm, sich einen Überblick zu verschaffen und rechtzeitig festzustellen, ob ein Unternehmen tatsächlich in einer Krise ist – und die UnternehmerInnen die Wirtschaftskrise nicht nur als Vorwand nehmen, um Löhne zu kürzen und Personal abzubauen.

Unterstützung finden die BetriebsrätInnen bei der Arbeiterkammer, die bei der Analyse der Bilanz hilft und den BetriebsrätInnen dabei behilflich ist, entspre-

INFO & NEWS

Die TeilnehmerInnen der Sozialakademie der Arbeiterkammer (SOZAK) arbeiten im Zuge des Lehrgangs jedes Jahr in Kleingruppen an von den Gewerkschaften beauftragten Projektarbeiten zu unterschiedlichen gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen sowie Interessierte können diese Projektarbeiten unter www.ichwardabei.at downloaden oder im Verlag bestellen (Michael Musser, +43 1 662 32 96-39732, michael.musser@oegbverlag.at). In unserer neuen Serie stellen wir ausgewählte Projektarbeiten vor, die zum jeweiligen Schwerpunktthema des Hefts passen.

chende Maßnahmen vorzubereiten. Denn kommt es tatsächlich zur Liquiditätskrise, haben die BetriebsrätInnen nur noch eingeschränkte Mittel, um Schaden von der Belegschaft abwehren oder mindern zu können. Zu diesem Zeitpunkt verfügen sie nämlich nur mehr über Maßnahmen wie Überstundenkürzungen, verpflichtende Urlaubskonsumation oder die Möglichkeit der Kurzarbeit.

Netzwerk als Frühwarnsystem

Ein gutes Netzwerk von Gewerkschaften, Arbeiterkammer, AMS, AbteilungsleiterInnen, internationalen Kontakten, dem Controlling und der Finanzabteilung hilft, an Informationen zu kommen und somit die ersten Anzeichen zu deuten. Die größte Unterstützung kommt jedoch von den MitarbeiterInnen. Denn wenn die Belegschaft hinter den BetriebsrätInnen steht und gewerkschaftlich organisiert ist, haben diese die besten Chancen, einen positiven Ausgang für ihre KollegInnen zu erkämpfen.

Internet:

Der Leitfaden Betriebsrat & Krise:
tinyurl.com/o6lm5pq

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debattenforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf blog.arbeit-wirtschaft.at.

WEBTIPPS DER WOCHE

Wir legen euch diese drei Beiträge besonders ans Herz:

- » Als Österreich Griechenland war (Valentin Schwarz)
- » Spanien: Der stille wirtschaftspolitische Kurswechsel (Georg Feigl)
- » Die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist gut für Österreich (Eva Maltschnig & Rafael Wildauer)

ALS ÖSTERREICH GRIECHENLAND WAR

Valentin Schwarz zeigt verblüffende Parallelen zwischen Österreich in der Zwischenkriegszeit und Griechenland nach der Finanzkrise auf. Er warnt davor, weitere Fehler zu wiederholen. In Österreich ist die Wirtschaftsleistung zwischen 1929 und 1933 um 22,5 Prozent gefallen, in Griechenland von 2009 bis 2013 um 21,6 Prozent. Die Arbeitslosenquoten betrug in Österreich 1933 knapp 26 Prozent, fast 28 Prozent sind es heute in Griechenland. In beiden Fällen bedeutet das eine Verdreifachung gegenüber dem Vorkrisenniveau.

Damals wie heute reagierten die Verantwortlichen mit einer radikalen Austeritätspolitik. Die Leidtragenden sind breite Bevölkerungsschichten. In beiden Fällen wurde der Zugang zum Sozialsystem verschärft. Die Mehrheit der Arbeitslosen muss ohne Unterstützung und damit auch ohne Krankenversicherung auskommen. Damals wie heute richtete sich die Krisenpolitik aber auch gegen jene, die noch Arbeit haben, antigewerkschaftliche Gesetze werden erlassen, Kollektivverträge aufge-

hoben. Auf der anderen Seite stehen die ökonomischen Eliten, die kaum bis gar nicht betroffen sind. Das Geld ging und geht an die Banken. Mit 883 Millionen Schilling rettete die Regierung 1931 die Credit-Anstalt, 58,2 Milliarden Euro der internationalen Hilfskredite für Griechenland flossen an Banken.

In beiden Krisen unterstützten führende ÖkonomInnen die verfehlte Austeritätspolitik, doch „Hayek und Mises lagen damals so falsch wie Reinhart und Rogoff heute“, analysiert Schwarz.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/povjkpc

DER STILLE KURSWECHSEL IN SPANIEN

Aufgrund des zuletzt überdurchschnittlichen Wachstums wird Spanien gerne als Musterbeispiel für den Erfolg harter Spar- und Reformpolitik herangezogen. Georg Feigl hat einen genauen Blick auf die jüngsten Entwicklungen geworfen und das Gegenteil festgestellt: „Während weiterhin exportorientierte Strukturreformen propagiert wurden, war es vor allem die anziehende Inlandsnachfrage, die zur ökonomischen Trendwende führte.“

So hat die spanische Regierung entgegen des – auch von ihr propagierten – Austeritätskurses einen stillen budgetpolitischen Kurswechsel vollzogen. Dieser schlug sich in einer höheren öffentlichen Nachfrage nieder. Geholfen hat dabei die Ankündigung der EZB, die Eurozone um jeden Preis zu stabilisieren, wodurch die Zinslast Spaniens gesenkt und Spielraum geschaffen wurde.

Während die neoliberale Wirtschaftspolitik ihren Fokus einzig auf den Export richtet, ging der jüngste Impuls in Spanien von der Binnennachfrage aus. Eigentlich nur logisch, macht diese doch über drei Viertel der Gesamtnachfrage aus, so Feigl.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/p7nj66b

GUT GEGEN STEUERHINTERZIEHUNG

Im Zuge der geplanten Abschaffung des Bankgeheimnisses „wimmelt es in Österreich nur so vor DatenschützerInnen“, die sich dem entgegenstellen. Eva Maltschnig und Rafael Wildauer kontern in ihrem Beitrag, warum Datenschutzargumente nicht greifen.

Unselbstständig Beschäftigte können nicht darüber entscheiden, ob sie ihre gesetzlich vorgeschriebenen Steuern und Abgaben an den Staat abführen oder nicht. Denn das machen die ArbeitgeberInnen im Zuge der Lohnverrechnung für sie. Bei UnternehmerInnen ist das anders. Sie können sich überlegen, was sie aus den Büchern draußen halten. Ein Grund dafür ist das Bankgeheimnis, welches den Behörden eine effektive Verfolgung von Steuerhinterziehung verunmöglicht.

Die Strategie ist nicht neu. Damit wird suggeriert, dass alle BürgerInnen gleich betroffen wären. Es wird so getan, „als wären alle Leute reich, als wären alle Menschen potenzielle Erben und als wären alle Leute ohne den Staat besser dran als mit“.

Tatsächlich aber sind die geplanten Maßnahmen wesentliche Voraussetzungen dafür, international effektiv gegen Steuerhinterziehung vorgehen zu können.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/ogod6dy

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren: blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook: facebook.com/arbeit.wirtschaft

Zu langsame Fortschritte

Gläserne Decke“, Einkommensnachteile und Teilzeitbeschäftigung: Dies sind Schlagworte, die viele kennen und die leider bis heute absolut nichts an Aktualität verloren haben. Besonders häufig fallen sie in Verbindung mit Frauenbeschäftigung.

Denn Frauen sind in der Arbeitswelt nach wie vor benachteiligt: Obwohl sie in den vergangenen Jahrzehnten im Bildungsbereich massiv aufgeholt haben und heute allgemein qualifizierter sind als Männer, suchen Frauen Chancengleichheit am Arbeitsmarkt meist vergebens.

Nützt auch der Wirtschaft nicht

Mit weniger als zehn Prozent sind sie die absolute Ausnahmerecheinung in den Führungsebenen österreichischer Unternehmen, und nur die wenigsten schaffen es, die gläserne Decke zum Top-Management zu durchbrechen. Sie verdienen fast um ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen.

In fast keinem EU-Land ist die Lohnschere für Geschlechter so groß, laut aktuellem Gender Pay Gap belegt Österreich im internationalen Vergleich den beschämenden vorletzten Platz. Auch die Teilzeitbeschäftigung von Frauen steigt ständig. 70,6 Prozent der Frauen arbeiten in Teilzeit, aber nur 6,5 Prozent der Männer. Diese Zahlen verdeutlichen, dass trotz zahlreicher Verbes-

serungen in den vergangenen Jahren die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern nur langsame Fortschritte macht. Und das nützt niemandem: den Frauen nicht, den Familien nicht und auch der Wirtschaft nicht.

Erfolgreicher mit Frauen

Die Diskriminierung am Arbeitsmarkt trägt dazu bei, dass Frauen eine völlig andere Einkommens- und Karriereentwicklung als Männer haben. Die Benachteiligungen verhindern aber auch eine optimale Nutzung der getätigten Bildungsinvestitionen und Potenziale als Beitrag für Wachstum und wirtschaftliche Stabilität. Wir brauchen daher ganz dringend ein Umdenken der Gesellschaft, denn Frauen leisten täglich tolle Arbeit und sind dabei sehr erfolgreich. Zahlreiche Studien bestätigen, dass Unternehmen mit Frauen in der Chefetage sich wirtschaftlich wesentlich besser entwickeln als Firmen, in denen ausschließlich Männer das Sagen haben.

Obwohl viele Studien genau das Gegenteil beweisen, werden viele nicht müde, immer wieder zu betonen: Frauen arbeiten freiwillig in Teilzeit. Frauen wünschen sich eine Vollzeitbeschäftigung und wollen Karriere machen.

Wegen fehlender Kinderbetreuung, Mangel an familienfreundlichen Arbeitsmodellen und traditioneller Rol-

lenverteilung in den Familien können sie diesen Wunsch aber nicht verwirklichen.

Solange Chancengleichheit am Arbeitsmarkt keine Selbstverständlichkeit ist, müssen Frauen nicht nur härter für den Erfolg kämpfen, sondern auch häufig private Lebensbereiche einer potenziellen Karriere unterordnen. Es ist die Aufgabe der Politik, Wünsche möglich zu machen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Lebensqualität der Menschen und die Einkommens- und Karriereentwicklung von Frauen zu verbessern.

Mehr Einkommensgerechtigkeit

In Österreich ist zum Beispiel noch immer keine flächendeckende Versorgung mit Kinderbildungsplätzen gegeben. Das wäre eine Möglichkeit, um Frauen ein angemessenes Einkommen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Denn nach wie vor wird Vollzeitbeschäftigung in gut dotierten Positionen vorausgesetzt.

Qualifizierte Teilzeit und geteilte Führungsmodelle werden von Unternehmen sehr selten praktiziert. Gerade weil auch mehr Frauen als Männer in Niedriglohnbranchen arbeiten, ist ein kollektivvertraglicher Mindestlohn von 1.500 Euro bei Vollzeitarbeit ein notwendiger Schritt, um zu mehr Einkommensgerechtigkeit zu gelangen.

Atkinson, Anthony Barnes: britischer Ökonom, geb. 1944; entwickelte das Atkinson-Maß, mit dem Einkommens- und Vermögensungleichheiten in einer Gesellschaft berechnet werden können. (Seite 41)

Bourdieu, Pierre: französischer Soziologe (1930–2002); beschäftigte sich vor allem mit Kulturosoziologie. Nach Bourdieu gibt es für die menschliche Freiheit viele Begrenzungen, unter anderem durch unbewusste verinnerlichte Faktoren, Illusionen, durch sozioökonomische Strukturen, historische Gegebenheiten, Geschlecht, Nationalität und Weltanschauung. Innerhalb seiner Grenzen hat jeder Mensch einen individuellen Handlungsspielraum, der umso größer ist, je komplexer die Gesellschaft organisiert ist. (Seite 18)

Castel, Robert: französischer Soziologe (1933–2013); arbeitete in den 1960er-Jahren mit Pierre Bourdieu. Danach widmete er sich vor allem den Phänomenen der sozialen Ausgrenzung. (Seite 18)

feasible: machbar. (Seite 38)

Hatzfeldt, Sophie von: Die preußische Gräfin (1805–1881) war viele Jahre Lebensgefährtin des Arbeiterführers Ferdinand Lassalle, der sie in ihrer Scheidungssache auch juristisch vertrat. Die „rote Gräfin“ gehörte nach Lassalles Tod zunächst weiter zur Führung des ADVA. Nach Differenzen mit den Männern in der Vereinsführung gründete sie 1867 den „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (LADVA), der sich zwei Jahre später aber wieder mit dem Stammverein zusammenschloss. (Seite 11)

Hradil, Stefan: deutscher Soziologe, geb. 1946; der Schüler von Karl Martin Bolte beschäftigt sich besonders mit sozialer Ungleichheit sowie der Entwicklung moderner gesellschaftlicher Phänomene. (Seite 40)

imminent: baldig, bevorstehend, drohend. (Seite 8)

Lassalle, Ferdinand: deutscher Philosoph, Publizist und Politiker (1825–1864); gründete mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADVA) die erste sozialdemokratische Parteiorganisation im deutschen Sprachraum. Er verehrte Karl Marx, seine Theorien wurden von diesem aber nicht ernst genommen. Lassalle setzte zur sozialen Besserstellung der ArbeiterInnenschaft auf vom Staat finanziell geförderte Arbeiter-Produktivgenossenschaften und auf Bildung als Voraussetzung für politische Demokratisierung. Gewerkschaften lehnte er ab. Wegen der angestrebten Staatsunterstützung für Produktivgenossenschaften wurden die Lassalleaner aller Spielarten „Staatshilfler“ genannt. (Seite 11)

LEADER: Förderprogramm der Europäischen Union, mit dem seit 1991 modellhaft innovative Aktionen im ländlichen Raum gefördert werden. Lokale Aktionsgruppen erarbeiten dabei vor Ort Entwick-

lungskonzepte. LEADER wird finanziert durch den 2005 eingerichteten Strukturfonds ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums). In der Periode 2014–2020 gibt es österreichweit 77 LEADER-Regionen. (Seite 29)

Marchart, Oliver: österreichischer politischer Philosoph und Soziologe, geb. 1968; Publikationen: Die politische Differenz, Das unmögliche Objekt, Die Prekarisierungsgesellschaft etc. (Seite 18)

Median: Bezeichnung für jenen Wert, der exakt in der Mitte einer Verteilung liegt. Das bedeutet, eine Hälfte der Werte ist höher, die andere Hälfte ist niedriger als der Median. Im Gegensatz zum Durchschnitt wird der Median nicht durch einzelne „Ausreißer“ nach oben oder unten verfälscht. (Seite 22)

Mises, Ludwig von: österreichisch-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler (1881–1973), Theoretiker des Liberalismus und einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert. (Seite 44)

Reinhart, Carmen: US-Wirtschaftswissenschaftlerin, geb. 1955 in Kuba; die Harvard-Professorin findet sich auf der Bloomberg-List der „Most Influential 50 in Global Finance“. (Seite 44)

Rogoff, Ken(neth) Saul: US-Wirtschaftswissenschaftler und Schach-Großmeister, geb. 1953; während seiner Tätigkeit als Chef-Ökonom des IWF (2001–2003) geriet er in einen öffentlichen Konflikt mit dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der den IWF kritisiert hatte. Kontrovers diskutiert wird sein zusammen mit Carmen Reinhart 2010 veröffentlichter Essay „Growth in a Time of Debt“. Rogoff hatte Wirtschaftsdaten der vergangenen 800 Jahre aus insgesamt 66 Ländern analysiert und schloss daraus, dass das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft sich dann stark verringert, wenn die Verschuldung auf mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigt. Dieser Beitrag wurde von vielen PolitikerInnen aufgegriffen, um Austeritätsmaßnahmen zu begründen. 2014 machte Rogoff international von sich reden, als er die Abschaffung von Bargeld vorschlug. (Seite 44)

Schulze-Delitzsch, Hermann: deutscher Jurist und liberaler Politiker (1808–1883); propagierte die Errichtung von Spar- und Konsumvereinen und von Produktivgenossenschaften, um die Position der kleinen selbstständigen Handwerker und Gesellen gegen die Konkurrenz der Industrialisierung zu stärken. Im Gegensatz zu Ferdinand Lassalle lehnte er staatliche Unterstützung beim Genossenschaftsaufbau ab, er setzte ausschließlich auf Solidarhaftung und Anteilserwerb. Seine Anhänger in den frühen gewerkschaftlichen Fachvereinen Österreichs wurden deshalb „Selbsthilfler“ genannt. (Seite 11)

Schweitzer, Johann Baptist von: deutscher Jurist und Dramatiker (1833–1875); Nachfolger Ferdinand Lassalles als Präsident des ADVA. Auch er vertrat das Konzept der Arbeiter-Produktivgenossenschaften als geeignetes Mittel im Kampf gegen das Elend der ArbeiterInnenschaft, aber im Gegensatz zu Lassalle lehnte er Gewerkschaftsgründungen nicht ab. Die ADVA-Gewerkschaften waren im „Arbeiterchaftsverband“ zusammengeschlossen. (Seite 11)

Sen, Amartya: indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933. Er beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Auf Sens Vorschläge geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 1990 regelmäßig herausgibt. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften; Werke: Die Idee der Gerechtigkeit, Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Ökonomie für den Menschen etc. (Seite 41)

Seneca: römischer Philosoph, Dramatiker und Politiker (1–65 n. Chr.), Lucius Annaeus Seneca, genannt Seneca der Jüngere, gilt als bedeutender Stoiker und war unter anderem wegen der leichten Lesbarkeit seiner philosophischen Schriften einer der meistgelesenen Schriftsteller seiner Zeit. Ab dem Jahr 49 war er Erzieher und Berater des späteren Kaisers Nero. Seneca galt als geistiger Wegbereiter einer Verschwörung zur Ermordung des despotischen Nero. Obwohl er daran nicht persönlich beteiligt war, erhielt Seneca von Nero den Befehl zur Selbsttötung. (Seite 22)

Showcase(-Projekt): Vorzeigeprojekt. (Seite 8)

stringent: streng. (Seite 9)

Verein Innovative Sozialprojekte (ISOP): 1987 gegründete steirische Non-Profit-Organisation, die MigrantInnen, Flüchtlinge, (Langzeit-)Arbeitslose und Menschen mit Basisbildungsbedarf unterstützt – durch Beratung, Bildung und Beschäftigungsprojekte. (Seite 32)

Zwiebel: Gemeint ist hier das soziale Schichtenmodell der Bevölkerung nach dem deutschen Soziologen Karl Martin Bolte (1925–2011). Die Schichten der Bolte-Zwiebel entstehen durch die Einteilung der Bevölkerung nach Bildung, Höhe des Einkommens, Ähnlichkeit der Berufe. Wird die Gesellschaft nach diesen Kriterien untersucht und eingeteilt, entsteht die typische Zwiebelform. Das in den 1960er-Jahren entwickelte Modell unterscheidet insgesamt fünf Kategorien und sieben Statuszonen. In der breiten Mitte finden sich nach Bolte sowohl Angehörige des neuen und alten Mittelstands als auch Angehörige der sogenannten Arbeiterschaft. (Seite 17, 21)

Die Kommentierung der österreichischen Arbeitsverfassung

Gesamtwerk in 5 Bänden im Schuber + Online-Datenbank + e-book inside

Sieglinde Gahleitner, Rudolf Mosler (Hrsg.)

Gesetze und Kommentare / 2015
3.224 Seiten / Hardcover / EUR 269,00
ISBN 978-3-99046-105-1

Der fünfbandige Kommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) ist die bewährte, vollständige und unverzichtbare Kommentierung des österreichischen kollektiven Arbeitsrechts. Das Werk umfasst neben den gedruckten Bänden im Schuber auch das e-book sowie die Zugangsberechtigung zur laufend aktualisierten Online-Datenbank mit benutzerfreundlicher Suchfunktion und weiterführenden Verlinkungen.



www.arbeitsverfassungsrecht.at



BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS
www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at
F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132
oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare		
Name		Vorname
Firma/Institution		
Telefon		E-Mail
Anschrift		PLZ Ort
Datum, Unterschrift		



blog.arbeit-wirtschaft.at

Geld kann vieles kaufen.

GUTE ARGUMENTE GEHÖREN ALLEN.



blog.arbeit-wirtschaft.at



twitter.com/AundW



facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW